

# FRIEDEN IN DER UKRAINE - WIE?

Jörn Burmeister, Hrsg.



Januar 2023



Herausgegeben von  
Jörn Burmeister

*Frieden in der Ukraine - wie?*  
*Ein Dossier*

Gesetzt GaramondJoern 11 Pt.  
L<sup>A</sup>T<sub>E</sub>X TeXstudio 4.7.3

*Nie ist die Ehre der im Zweiten Weltkrieg, im Kampf gegen Hitler gefallenen sowjetischen Soldaten so sehr  
beschmutzt worden wie von diesem niederträchtigen Diktator und Kriegsverbrecher.  
Mariupol' wird nicht nur zum Symbol seiner Schande, sondern es ist jetzt schon das Symbol für die  
Tapferkeit und Ehre der Ukrainer geworden –  
vielleicht auch zum Menetekel des Versagens der Europäer, unseres Versagens.*

*Karl Schlögel*



# Frieden in der Ukraine... wer will den nicht?

von Jörn Burmeister

Wie aber kann der Friede, wenigstens ein Waffenstillstand erreicht werden? Letztlich durch eine diplomatische Einigung. Soweit sind sich alle einig. Wie die Einigung aber zustande kommen soll, dazu gibt es fundamental gegensätzliche Meinungen.

## Verhandlungen sollen zum Ende des Krieges führen

In einem Offenen Brief<sup>1</sup> forderten einige deutsche Intellektuelle sofortige Verhandlungen mit Russland, denn „*die Lieferung großer Mengen schwerer Waffen ... könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen. Und ein russischer Gegenschlag könnte so dann den Beistandsfall nach dem NATO-Vertrag und damit die unmittelbare Gefahr eines Weltkriegs auslösen.*“

Also: Wenn keine Waffenlieferungen an die überfallene Ukraine, dann auch kein Krieg, der „*das Maß an Zerstörung und menschlichem Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung*“ durch den berechtigten Widerstand gegen einen Aggressor in ein unerträgliches Missverhältnis bringt.

Am 29.06.2022 folgte ein neuer offener Brief in der ZEIT mit der Überschrift: *Waffenstillstand jetzt!* wieder mit der Forderung, Verhandlungen der internationalen Gemeinschaft - vor allem der USA - mit Russland zu beginnen.<sup>2</sup> Juli Zeh – Mitunterzeichnerin des Briefes sagte in einem Interview mit dem NDR auf die Frage, wie solche Verhandlungen erreicht werden könnten:

„*Man kann in einem Konflikt, der so rabiat und brutal geführt wird, nicht erwarten, dass die Parteien sich freiwillig an den Tisch setzen und alle ihre Ambitionen fallen lassen. Sondern man muss das international begleiten - da ist die internationale Gemeinschaft gefragt, vor allem unter Führung der USA. Solange das nicht passiert, solange kein konzertierter, ernst gemeinter Vorstoß in diese Richtung erfolgt, können wir auch gar nicht wissen, ob es möglich ist oder nicht. Denn wir haben es schlicht und ergreifend noch gar nicht mit ganzer Macht versucht.*“<sup>3</sup>

Richard David Precht machte den Vorschlag, eine Initiative einzelner Nato-Staaten sollte Russland verbindlich garantieren, dass sie – Mitglieder der Initiative - eine Aufnahme der Ukraine in das Verteidigungsbündnis mit ihrem Veto verhindern würden. Das würde zur Deeskalation der Lage beitragen.<sup>4</sup>

Daniela Dahn meinte in der Berliner Zeitung, eine erfolgreiche Verhandlung zwischen Russland und der Ukraine zu einem Waffenstillstand wäre durch westliche Intervention verhindert worden. D.h. wenn der Westen nur wolle, könnte ein Waffenstillstand mit Putin erreicht werden.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup>EMMA, 29.04.2022: Der Offene Brief an Kanzler Scholz <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>

<sup>2</sup>ZEIT online, 29.06.2022

<https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>

<sup>3</sup>NDR, Offener Brief zum Ukraine-Krieg: „*Es geht darum, fatale Schäden zu vermeiden*“, Interview mit Julie Zeh <https://www.ndr.de/kultur/Offener-Brief-zum-Ukraine-Krieg-Es-geht-darum-fatale-Schaeden-zu-vermeiden,offenerbrief172.html>

<sup>4</sup>Podcast „Geyer & Niesmann“ des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND)

<https://www.rnd.de/politik/richard-david-precht-einzelne-nato-staaten-sollten-russland-nicht-aufnahme-der-ukraine.html>

<sup>5</sup>Berliner Zeitung, 11.10.2022: Vom Wirbel des Krieges gepackt: Daniela Dahn zu Waffenlieferungen

<https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/vom-wirbel-des-krieges-gepackt-daniela-dahn-zu-waffenlieferungen-275218>

## Wer wäre der Verhandlungspartner?

Zu dem ehrenwerte Wunsch, durch diplomatische Verhandlungen den Konflikt zu lösen und Frieden zu erreichen, meinte Serhij Zhadan<sup>6</sup>: *„Darin liegt der größte Fehlschluss der deutschen Intellektuellen: Die Russen wollen nicht mit uns verhandeln, sie wollen uns vernichten. Und wenn die deutschen Intellektuellen andeuten, eine allzu große Unterstützung für die Ukraine lohne nicht, weil die Ukrainer sowieso keine Chance hätten, lassen sie es zu, dass durch den russischen Chauvinismus und Revanchismus Normen und Gesetze verletzt werden und das ukrainische Volk ausgelöscht wird.“*<sup>7</sup>

Die Russen wollen die Ukraine vernichten! - eine extreme Meinung, wie ich beim Lesen dachte. Doch dann stieß ich auf die Übersetzung eines Artikels von Timofej Sergejzew in den Blättern für deutsche und internationale Politik vom Juli 2022,<sup>8</sup> der den Wunsch zur Vernichtung allen Ukrainischen als Kriegsziel klar ausspricht. Er schreibt u.a.:

*„Die notwendigen ersten Schritte der Entnazifizierung (der Ukraine - JB) können wie folgt definiert werden:*

- *Liquidierung der bewaffneten Nazi-Formationen (damit meinen wir alle bewaffneten Formationen der Ukraine, einschließlich der ukrainischen Streitkräfte) sowie der militärischen, informationellen und pädagogischen Infrastruktur, die ihre Tätigkeit gewährleistet*
- *Bildung einer Volkselbstverwaltung und von Polizeikräften (Verteidigung und öffentliche Ordnung) in den befreiten Gebieten zum Schutz der Bevölkerung vor dem Terror der nazistischen Untergrundgruppen Einrichtung des russischen Informationsraums Rücknahme von Unterrichtsmaterialien und Verbot von Bildungsprogrammen auf allen Ebenen, die nazistische ideologische Haltungen verbreiten*
- *Massenermittlungsaktionen zur Feststellung der persönlichen Verantwortung für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbreitung der NS-Ideologie und Unterstützung des NS-Regimes*
- *Lustration, Offenlegung der Namen von Kollaborateuren des Naziregimes und ihre Zwangsarbeit zum Wiederaufbau zerstörter Infrastrukturen als Strafe für Nazi-Aktivitäten (aus dem Kreis derjenigen, die nicht mit der Todesstrafe oder einer Haftstrafe belegt werden)*
- *Verabschiedung von primären Entnazifizierungsmaßnahmen „von unten“ auf lokaler Ebene unter russischer Kuratel, die jede Form der Wiederbelebung der NS-Ideologie verbieten die Errichtung von Gedenkstätten, Mahnmalen und Denkmälern für die Opfer des ukrainischen Nazismus und die Bewahrung des Andenkens an die Helden, die gegen ihn gekämpft haben*
- *die Aufnahme einer Reihe von antifaschistischen und entnazifizierenden Normen in die Verfassungen der neuen Volksrepubliken*
- *Einrichtung von ständigen Entnazifizierungsstellen für einen Zeitraum von 25 Jahren.*

Der Artikel ist das Produkt eines kranken Hirns dachte ich. Doch er ist veröffentlicht auf der Website von *RIA Nowosti*, der vom Kreml kontrollierten Nachrichtenagentur, und ... *„Da Dmitrij Medwedjew,*

<sup>6</sup>Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2022

<sup>7</sup>ZEIT online 6. 7. 22

<https://www.zeit.de/2022/28/offener-brief-waffenstillstand-jetzt-ukraine-krieg>

<sup>8</sup>Was Russland mit der Ukraine tun sollte

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/mai/dokumentiert-was-russland-mit-der-ukraine-tun-sollte>

von 2008 bis 2012 Präsident Russlands und heute Vizechef des russischen Sicherheitsrates, nur zwei Tage später einen ganz ähnlich gelagerten Artikel verfasst hat (siehe: <sup>9</sup> ), kann davon ausgegangen werden, dass Sergejzews Text in seiner Grundausrichtung der staatlichen Linie entspricht,“ lese ich in der Einleitung zu dem abgedruckten Artikel in den Blättern.

Zum Ziel des Krieges in der Ukraine schrieb Medwedjew: „Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich das Ziel der Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine gesetzt. Diese komplexen Aufgaben werden nicht gleichzeitig ausgeführt. Und sie werden nicht nur auf den Schlachtfeldern entschieden. Das wichtigste Ziel ist, das blutige und voller falscher Mythen stehende Bewusstsein eines Teils der gegenwärtigen Ukrainer zu ändern. Das Ziel ist der Frieden zukünftiger Generationen von Ukrainern selbst und die Möglichkeit, endlich ein offenes Eurasien aufzubauen – von Lissabon bis Wladiwostok.“

Demnach geht es der russischen Führung in dem Krieg nicht um die eigene Sicherheit, die angeblich von der NATO, von den USA, vom Westen bedroht wird. Nein: Alles Ukrainische soll beseitigt werden, der Start zum Aufbau eines unter russischer Kontrolle stehenden sogenannten Eurasiens ist das Ziel. Nicht eigene Sicherheit und friedliches Zusammenleben mit westlichen Nachbarn, nicht die Anerkennung der Unverletzlichkeit von Grenzen und die Herstellung eines kollektiven Sicherheitssystems ist angestrebt. Nein Russlands alte territoriale Größe – zunächst – in den Grenzen nach dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 soll erreicht werden. Und dann kann man auf dem Wege zum offenen *offenen Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok* voranschreiten. Dazu muss zunächst die „Russische Erde zurückgeholt“ werden:

Kriege machten die Länder an den Rändern des Zarenreichs zu Russischer Erde: Peter I. 1710 die heutigen Länder Estland und einen großen Teil Lettlands nach den Nordischen Kriegen. Neurussland (Noworossija) – die historische Bezeichnung einer Region unmittelbar nördlich des Schwarzen Meeres – wurde ab 1774<sup>10</sup> endgültig in das Russische Kaiserreich eingegliedert<sup>11</sup>. Die Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 machten das heutige Litauen, Belarus, die Westukraine und den östlichen Teil Lettlands (Kurland) zu russischer Erde.

In der Interpretation Putins war es ein unverzeihlicher Fehler der Bolschewiki, das Selbstbestimmungsrecht der in den genannten Kriegen an Russland angegliederten Völker in die Verfassung der UdSSR aufzunehmen und ein Verbrechen Gorbatschows, die ehemaligen Sowjetrepubliken 1991 in die Unabhängigkeit entlassen zu haben zu haben. Für Putin war der Unabhängigkeitsdruck allein das Werk von Nationalisten:

„Warum musste man partout mit Gutsherrengeste alle möglichen, immer weiter in den Himmel schießenden nationalistischen Ansprüche an den Rändern des ehemaligen Imperiums befriedigen? Warum musste man den neu geschaffenen, oft völlig willkürlich zugeschnittenen Verwaltungsein-

---

<sup>9</sup>Über Fälschungen und echte Geschichte

<http://www.glasnarod.ru/news/dmitrij-medvedev-o-fejkah-i-nastoyashhej-istorii>

<sup>10</sup>Ende des Russisch-Türkischen Krieges 1768-1774: Sieg Russlands. Das Krim-Khanat wird formell vom Osmanischen Reich unabhängig, gerät aber unter den Einfluss Russlands. Es wird 1783 annektiert und als Oblast Taurien ein Teil Neurusslands.

<sup>11</sup>Der Beginn der politischen Inkorporation der Ukraine durch das Zarenreich wird in der Regel auf das Jahr 1654 datiert, als der Kosakenführer Bohdan Chmelnyzkyj in Perejaslaw einen Treueschwur auf den russischen Zaren leistete. Dies geschah im Kontext des Kosakenaufstands gegen Polen-Litauen, den Chmelnyzkyj 1648 mit dem Ziel losgetreten hatte, die eigenen Privilegien zu verteidigen. Der Schwur von Perejaslaw gehört bis heute zu den zwischen der Ukraine und Russland umstrittensten historischen Episoden. Es gibt einen zentralen russisch-imperialen Mythos, demzufolge dieser Schwur die „Wiedervereinigung“ zweier Völker markierte. Aus ukrainischer Sicht gab es zum Zeitpunkt des Schwures nicht die Vorstellung einer „Wiedervereinigung“ eines Volkes von Russländern und ukrainischen Kosaken. Beide Seiten hatten unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Beziehung sie mit der Vereinbarung eingingen. Aus Moskauer Perspektive handelte es sich um die Unterwerfung der Kosaken unter die Herrschaft des Zaren, aus ukrainisch-kosakischer Perspektive war es der Beginn einer jederzeit kündbaren Allianz zwischen zwei gleichberechtigten Partnern.

Franziska Davies: Schauplatz und Akteur europäischer Geschichte

<https://www.soziopolis.de/schauplatz-und-akteur-europaeischer-geschichte.html>

heiten, den Unionsrepubliken, riesige Gebiete übergeben, die oft nicht den geringsten Bezug zu ihnen hatten? Und zwar Gebiete, ich sage es noch einmal, mitsamt ihrer Bevölkerung, die zum historischen Russland gehörte.

Mehr noch: Diesen Verwaltungseinheiten wurde faktisch der Status und die Form nationalstaatlicher Gebilde verliehen. Noch einmal die Frage: Wozu solche großzügigen Geschenke, von denen nicht einmal die glühendsten Nationalisten geträumt hatten, und wozu wurde dann noch den Unionsrepubliken das Recht verliehen, ohne Voraussetzungen aus dem Staatsverband auszutreten? Auf den ersten Blick lässt sich das überhaupt nicht erklären, es ist völliger Irrsinn.<sup>12</sup>

Der Plan jetzt ist, diese Fehler zu korrigieren, und ein Teil davon ist aus Putins Sicht erfolgreich erledigt:

Belarus ist schon lange vollständig von Russland abhängig, die sogenannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk, Saporischja, Cherson und die Krim sind durch Kriegsführung russisch. Jetzt soll die ganze Ukraine, die angeblich schon immer zu Russland gehörte und erst von Lenin erfunden wurde<sup>13</sup> in den Machtbereich Russlands zurück. Die Baltischen Staaten können dann folgen.

Der Beitritt der Baltischen Staaten zur NATO steht deren Eingliederung im Wege. Darum waren die Verhandlungsbedingungen Putins zum Waffenstillstand mit der Ukraine die gleichen wie im Ultimatum an die NATO und die USA vom Dezember 2021: Die Nato sollte sich verpflichten, keine neuen Mitglieder mehr aufzunehmen und von jeder Form militärischer Aktivität in der Ukraine und anderen Nachbarstaaten Russlands abzusehen. Zudem sollte das Bündnis seine militärische Infrastruktur auf den Stand von 1997 zurückbauen<sup>14</sup>.

---

<sup>12</sup>V. Putin: Rede an die Nation vom 21.2.2022

<sup>13</sup>V. Putin: Über die historische Einheit von Russen, Rede am 12. Juli 2021

<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>

<sup>14</sup>Sabine Fischer : Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible

<https://www.swp-berlin.org/publikation/friedensverhandlungen-im-krieg-zwischen-russland-und-der-ukraine-mission-imp>



## Verhandlungen kann man führen, wenn...

Solange diese Kriegsziele Russlands bestehen, gibt es für die Ukraine nichts zu verhandeln, es sei denn sie stimmen ihrer „Inkorporation“ zu. Das sind bisher die Bedingungen, zu denen die russische Führung zur Einstellung von Kampfhandlungen bereit ist.

Russland muss also gezwungen werden, diese imperialistischen Pläne zu aufzugeben und muss Bereitschaft zeigen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Dann kann man über den Zeitraum, die Durchführung, die Voraussetzungen des Rückzugs verhandeln, natürlich auch über Reparationen für das zerstörte Land. (Natürlich jetzt schon über Fluchtkorridore, Gefangenaustausch, Getreideausfuhr und solche Dinge.)

Solange Putin und seine Clique die macht hat, werden diese Verhandlungsvoraussetzungen kaum eintreten, es sei denn, Russland verliert die Fähigkeit zu weiterer Aggression. Das kann nur durch militärische und wirtschaftliche direkte Hilfe aus den westlichen Ländern und durch ökonomische Schwächung Russlands erreicht werden.

Ich hätte nie gedacht, Waffenlieferungen, Kriegsunterstützung, wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, die natürlich die Bürger Russlands schädigen, gutzuheißen. Angesichts der imperialen Absichten, die dieser Aggression zugrunde liegen, sehe ich keinen anderen Weg.

Leider wird dieser Krieg neben allem unmittelbaren Leid, Tod und Zerstörung auch mentale Verwüstungen anrichten: den Nationalismus, den es in der Ukraine gewiss auch schon vor dem Krieg gegeben hat, enorm verstärken, den Völkerhass schüren, antidemokratische Strömungen in der Ukraine anwachsen lassen. Ob die baldige Mitgliedschaft eines solchen Landes der europäischen Idee und der EU nützen wird, wage ich zu bezweifeln.

Hilfe muss diesem Land in den kommenden Jahren aber uneingeschränkt gewährt werden!



# Was Russland mit der Ukraine tun sollte

von Timofej Sergejzew <sup>15</sup> <sup>16</sup>

Übersetzung von Manfred Quiring

*Der Historiker und Osteuropa-Experte Timothy Snyder nennt dieses Manifest eine „Anleitung zum Völkermord“.<sup>17</sup>*

Bereits im April vergangenen Jahres schrieben wir über die Unvermeidbarkeit der Entnazifizierung der Ukraine. Wir brauchen keine nazistische Bandera-Ukraine, einen Feind Russlands und ein Instrument des Westens, um Russland zu vernichten. Heute ist die Frage der Entnazifizierung in die Praxis umgesetzt worden.

Die Entnazifizierung ist notwendig, wenn ein bedeutender Teil des Volkes – höchstwahrscheinlich seine Mehrheit – vom Naziregime beherrscht und in dessen Politik hineingezogen wird. Das heißt, wenn die Hypothese „das Volk ist gut – die Regierung ist schlecht“ nicht funktioniert. Die Anerkennung dieser Tatsache ist die Grundlage der Entnazifizierungspolitik und aller ihrer Aktivitäten; und die Tatsache selbst ist ihr Gegenstand.

Die Ukraine befindet sich genau in einer solchen Situation. Die Tatsache, dass die ukrainischen Wähler für „Poroschenkos Frieden“ und „Selenskyjs Frieden“ gestimmt haben, sollte nicht in die Irre führen – die Ukrainer waren mit dem kürzesten Weg zum Frieden durch einen Blitzkrieg, den die letzten beiden ukrainischen Präsidenten bei ihrer Wahl offen angedeutet haben, durchaus zufrieden. Genau diese Methode der „Befriedung“ der Antifaschisten im Innern – durch totalen Terror – wurde in Odesa, Charkow, Dnepropetrowsk, Mariupol und anderen russischen Städten angewendet. Und das passte dem ukrainischen Durchschnittsbürger ganz gut.

Die Entnazifizierung besteht dagegen aus einer Reihe von Maßnahmen gegenüber der nazifizierten Masse der Bevölkerung, die technisch gesehen nicht direkt als Kriegsverbrecher bestraft werden kann. Nazis, die zu den Waffen gegriffen haben, sollten auf dem Schlachtfeld so weit wie möglich vernichtet werden. Es sollte kein signifikanter Unterschied gemacht werden zwischen der ukrainischen Armee und den sogenannten nationalen Bataillonen sowie den Milizen zur territorialen Verteidigung, die sich diesen beiden Arten von militärischen Formationen angeschlossen haben. Sie alle sind gleichermaßen an abscheulichen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung beteiligt, gleichermaßen verantwortlich für den Völkermord am russischen Volk und halten sich nicht an die Gesetze und Gebräuche des Krieges.

Kriegsverbrecher und aktive Nazis müssen hart und exemplarisch bestraft werden. Es muss eine vollständige Lustration (Reinigung) durchgeführt werden. Alle Organisationen, die sich mit der Praxis des Nazismus verbunden haben, müssen beseitigt und verboten werden. Neben den Spitzenkräften ist jedoch auch ein erheblicher Teil der Masse des Volkes schuldig, nämlich die passiven Nazis, die Kollaborateure des Nazismus. Sie unterstützten und umschmeichelten die Nazi-Regierung. Die angemessene

---

<sup>15</sup><https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/mai/dokumentiert-was-russland-mit-der-ukraine-tun-sollte>

<sup>16</sup>Politologe, Autor und Filmproduzent, der der Ukraine schon früher wiederholt das Existenzrecht abgesprochen hatte und seit 2014 Kolumnist der vom Kreml kontrollierten Nachrichtenagentur RIA Nowosti ist.

Russisches Original des Textes unter <https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html>

Übersetzung von Manfred Quiring:

<sup>17</sup><https://www.nzz.ch/meinung/snyder-ein-russisches-handbuch-zum-voelkermord-in-der-ukraine-ld.1678933>

Strafe für diesen Teil der Bevölkerung kann nur darin bestehen, dass die Betroffenen die Lasten hinzunehmen haben, die der gerechte Krieg gegen das nazistische System unvermeidlich mit sich bringt; die Lasten eines Krieges im übrigen, der mit Blick auf die Zivilbevölkerung nach Möglichkeit schonend und vorsichtig geführt wird.

### **„Die Entnazifizierung der Bevölkerung besteht in ihrer Umerziehung.“**

Die weitere Entnazifizierung dieser Masse der Bevölkerung besteht in der Umerziehung, die durch ideologische Unterdrückung nazistischer Einstellungen und strenge Zensur erreicht wird: nicht nur im politischen Bereich, sondern notwendigerweise auch im Bereich der Kultur und der Bildung. Durch Kultur und Bildung wurde die tiefgreifende Nazifizierung der Bevölkerung vorbereitet und durchgeführt, die durch das Versprechen von Dividenden aus dem Sieg des Naziregimes über Russland, durch Nazi-propaganda, interne Gewalt und Terror gefestigt wurde sowie durch den achtjährigen Krieg gegen das Volk des Donbass, das sich gegen den ukrainischen Nazismus erhoben hatte.

Die Entnazifizierung kann nur vom Sieger durchgeführt werden, was voraussetzt, dass er (1) die unbedingte Kontrolle über den Entnazifizierungsprozess hat und (2) die Macht, diese Kontrolle zu gewährleisten. In dieser Hinsicht kann das entnazifizierte Land nicht souverän sein. Der entnazifizierende Staat – Russland – kann bei der Entnazifizierung nicht von einem liberalen Ansatz ausgehen. Die Ideologie des Entnazifizierers kann von dem Schuldigen, der entnazifiziert wird, nicht in Frage gestellt werden.

Wenn Russland die Notwendigkeit der Entnazifizierung der Ukraine anerkennt, bedeutet dies, dass das Krim-Szenario für die Ukraine als Ganzes unmöglich ist. Dieses Szenario war jedoch auch 2014 im aufständischen Donbas unmöglich. Erst acht Jahre Widerstand gegen die Gewalt und den Terror der Nazis führten zu einem inneren Zusammenhalt und zu einer bewusst unmissverständlichen Weigerung der Massen, irgendeine Art von Einheit und Verbindung zu einer Ukraine aufrechtzuerhalten, die sich selbst als eine Nazigesellschaft definierte.

Der Zeitrahmen für die Entnazifizierung kann auf keinen Fall kürzer sein als eine Generation, die unter den Bedingungen der Entnazifizierung geboren, heranwachsen und reifen muss. Die Nazifizierung der Ukraine hat über 30 Jahre gedauert – mindestens seit 1989, als der ukrainische Nationalismus legale und legitime Formen des politischen Ausdrucks erhielt und die Bewegung für die „Unabhängigkeit“ in Richtung Nazismus führte.

### **„Der Ukronazismus ist eine größere Bedrohung für den Frieden und für Russland als der deutsche Nationalsozialismus.“**

Die Besonderheit der heutigen nazifizierten Ukraine ist ihr amorpher und ambivalenter Charakter, der es ermöglicht, den Nazismus als Bestreben nach „Unabhängigkeit“ und einem „europäischen“ (westlichen, pro-amerikanischen) Weg der „Entwicklung“ (in Wirklichkeit – zur Degradierung) zu tarnen und zu behaupten, dass „es in der Ukraine keinen Nazismus gibt, sondern nur private sporadische Exzesse“. Es gibt keine führende Nazi-Partei, keinen Führer, keine vollwertigen Rassengesetze (nur eine abgespeckte Version in Form der Unterdrückung der russischen Sprache). Infolgedessen gibt es keine Opposition und keinen Widerstand gegen das Regime.

All dies macht den ukrainischen Nazismus jedoch nicht zu einer „Light-Version“ des deutschen Nationalsozialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Im Gegenteil: Da der ukrainische Nazismus frei von solchen „Genre“-Rahmen und -Einschränkungen ist, entfaltet er sich frei als grundlegende Basis des gesamten Nazismus – als europäischer und, in seiner ausgeprägtesten Form, amerikanischer Rassismus. Daher kann die Entnazifizierung nicht auf kompromisshafte Weise auf der Grundlage einer

Formel wie „Nato – nein, EU – ja“ durchgeführt werden. Der kollektive Westen selbst ist der Konstrukteur, die Quelle und der Sponsor des ukrainischen Nazismus, während die westlichen Bandera-Kader und ihr „historisches Gedächtnis“ nur eines der Instrumente für die Nazifizierung der Ukraine sind. Der Ukronazismus stellt keine geringere, sondern eine größere Bedrohung für den Frieden und für Russland dar als Hitlers Version des deutschen Nationalsozialismus.

Der Name „Ukraine“ kann offensichtlich nicht als Bezeichnung für ein vollständig entnazifiziertes Staatsgebilde auf einem vom Naziregime befreiten Gebiet beibehalten werden. Die in den von den Nazis befreiten Gebieten neu gegründeten Volksrepubliken müssen und werden aus der Praxis der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und der sozialen Fürsorge, der Wiederherstellung und Modernisierung der Existenzgrundlagen der Bevölkerung erwachsen.

Ihre politischen Bestrebungen können in der Tat nicht neutral sein – die Tilgung der Schuld gegenüber Russland, weil es als Feind behandelt wurde, kann nur in Abhängigkeit von Russland in den Prozessen des Wiederaufbaus, der Erneuerung und der Entwicklung erfolgen. Ein „Marshallplan“ für diese Gebiete sollte nicht zugelassen werden. Es kann keine „Neutralität“ im ideologischen und praktischen Sinne geben, die mit einer Entnazifizierung vereinbar ist. Die Kader und Organisationen, die in den neuen, entnazifizierten Republiken Instrumente der Entnazifizierung sind, können sich nur auf die direkte Macht und organisatorische Unterstützung Russlands verlassen.

### **„Die Entnazifizierung wird unweigerlich eine Entukrainisierung sein.“**

Die Entnazifizierung wird unweigerlich eine Entukrainisierung sein – eine Absage an die von den sowjetischen Behörden eingeleitete künstliche Aufblähung der ethnischen Komponente der Selbstidentifikation der Bevölkerung in den Gebieten des historischen „Malorossia“ und „Novorossia“. Als Instrument der kommunistischen Supermacht blieb der künstliche Ethnozentrismus auch nach dem Fall des Kommunismus nicht herrenlos. In dieser Funktion wurde er von einer anderen Supermacht übernommen - der Supermacht des Westens. Er muss auf seine natürlichen Grenzen zurückgeführt und seiner politischen Funktion entledigt werden.

Im Gegensatz etwa zu Georgien und den baltischen Staaten ist die Ukraine, wie die Geschichte gezeigt hat, als Nationalstaat unmöglich, und Versuche, einen solchen „aufzubauen“, führen unweigerlich zum Nazismus. Das Ukrainertum ist eine künstliche antirussische Konstruktion ohne eigenen zivilisatorischen Inhalt, ein untergeordnetes Element einer fremden und entfremdeten Zivilisation. Die Entnazifizierung an sich wird nicht ausreichen, um die Ukraine zu entnazifizieren – das Bandera-Element ist nur Erfüllungsgehilfe und Vorwand, eine Maskierung für das europäische Projekt der Nazi-Ukraine, so dass die Entnazifizierung der Ukraine auch ihre unvermeidliche Ent-Europäisierung ist.

Die Bandera-Spitzenkräfte müssen beseitigt werden, es ist unmöglich, sie umzuerziehen. Der gesellschaftliche „Sumpf“, der sie aktiv und passiv durch Handeln und Nichthandeln unterstützt hat, muss die Härten des Krieges durchleben und diese Erfahrung als historische Lektion und Sühne für seine Schuld verarbeiten. Diejenigen, die das Naziregime nicht unterstützt haben, die unter ihm und dem Krieg, den es im Donbass entfesselt hat, gelitten haben, müssen konsolidiert und organisiert werden; sie müssen zur Stütze der neuen Regierung werden, sowohl vertikal als auch horizontal. Die historische Erfahrung zeigt, dass die Tragödien und Dramen der Kriegszeit den Völkern von Nutzen sind, die sich zur Rolle des russischen Feindes verführen und mitreißen lassen.

Die Entnazifizierung als Ziel der speziellen Militäroperation selbst wird als militärischer Sieg über das Kiewer Regime, die Befreiung von Gebieten bewaffneter Anhänger der Nazifizierung, die Beseitigung unversöhnlicher Nazis, die Ergreifung von Kriegsverbrechern und als die Schaffung der systemischen Voraussetzungen für eine spätere Entnazifizierung in Friedenszeiten verstanden.

## **„Die Organisation der lokalen Selbstverwaltung, der Polizei und der Verteidigung muss von nazistischen Elementen gesäubert werden.“**

Diese wiederum sollte mit der Organisation der lokalen Selbstverwaltung, der Polizei und der Verteidigung beginnen, die von nazistischen Elementen gesäubert werden und auf deren Grundlage die Gründungsprozesse zur Schaffung einer neuen republikanischen Staatlichkeit eingeleitet werden, wobei diese Staatlichkeit in enger Zusammenarbeit mit der russischen Entnazifizierungsbehörde (die neu geschaffen oder beispielsweise aus Rossotrudnichestvo hervorgehen wird) integriert wird und der republikanische Regelungsrahmen (Gesetzgebung) für die Entnazifizierung unter russischer Kontrolle angenommen wird, wobei die Grenzen und der Rahmen direkt festgelegt werden. In dieser Hinsicht sollte Russland als Hüter der Nürnberger Prozesse auftreten.

All dies bedeutet, dass zur Erreichung der Ziele der Entnazifizierung die Unterstützung der Bevölkerung notwendig ist, ihr Übergang auf die Seite Russlands nach der Befreiung von Terror, Gewalt und ideologischem Druck des Kiewer Regimes und nach der Aufhebung der informationellen Isolation. Natürlich wird es einige Zeit dauern, bis sich die Menschen von dem Schock der Militäraktion erholt haben und von den langfristigen Absichten Russlands überzeugt sind und davon, dass „sie nicht im Stich gelassen werden“. Es ist unmöglich, im Voraus zu sagen, in welchen Gebieten diese Bevölkerungsmasse eine dringend benötigte Mehrheit bilden wird. Es ist unwahrscheinlich, dass die „katholische Provinz“ (Westukraine, die fünf Regionen umfasst) zu den pro-russischen Gebieten gehören wird. Wo die Linie der Entfremdung verläuft, wird jedoch durch Erfahrung herausgefunden.

Hinter dieser Linie wird eine Russland feindlich gesinnte, aber zwangsneutrale und entmilitarisierte Ukraine mit offiziell verbotenem Nazismus erhalten bleiben. Russlandhasser werden dorthin gehen. Eine Garantie dafür, dass diese Rest-Ukraine neutral bleibt, sollte die Androhung einer sofortigen Fortsetzung der Militäroperation sein, wenn die aufgeführten Anforderungen nicht erfüllt werden. Dies würde wahrscheinlich eine ständige russische Militärpräsenz auf dem Territorium des Landes erfordern. Von der Entfremdungslinie bis zur russischen Grenze läge dann das Territorium der potentiellen Integration in die russische Zivilisation, das in seinem inneren Wesen antifaschistisch ist.

## **„Die Entnazifizierung der Ukraine folgt in Friedenszeiten der gleichen Logik wie die militärische Operation.“**

Die Operation zur Entnazifizierung der Ukraine, die mit der militärischen Phase begann, wird in Friedenszeiten der gleichen Logik der Phasen folgen wie die militärische Operation. Auf jeder dieser Stufen müssen unumkehrbare Veränderungen erreicht werden, die das Ergebnis der entsprechenden Phase sind. Die notwendigen ersten Schritte der Entnazifizierung können wie folgt definiert werden:

- Liquidierung der bewaffneten Nazi-Formationen (damit meinen wir alle bewaffneten Formationen der Ukraine, einschließlich der ukrainischen Streitkräfte) sowie der militärischen, informationellen und pädagogischen Infrastruktur, die ihre Tätigkeit gewährleistet
- Bildung einer Volksselbstverwaltung und von Polizeikräften (Verteidigung und öffentliche Ordnung) in den befreiten Gebieten zum Schutz der Bevölkerung vor dem Terror der nazistischen Untergrundgruppen
- Einrichtung des russischen Informationsraums
- Rücknahme von Unterrichtsmaterialien und Verbot von Bildungsprogrammen auf allen Ebenen, die nazistische ideologische Haltungen verbreiten
- Massenermittlungsaktionen zur Feststellung der persönlichen Verantwortung für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbreitung der NS-Ideologie und Unterstützung des NS-Regimes

- Lustration, Offenlegung der Namen von Kollaborateuren des Naziregimes und ihre Zwangsarbeit zum Wiederaufbau zerstörter Infrastrukturen als Strafe für Nazi-Aktivitäten (aus dem Kreis derjenigen, die nicht mit der Todesstrafe oder einer Haftstrafe belegt werden)
- Verabschiedung von primären Entnazifizierungsmaßnahmen „von unten“ auf lokaler Ebene unter russischer Kuratel, die jede Form der Wiederbelebung der NS-Ideologie verbieten
- die Errichtung von Gedenkstätten, Mahnmalen und Denkmälern für die Opfer des ukrainischen Nazismus und die Bewahrung des Andenkens an die Helden, die gegen ihn gekämpft haben
- die Aufnahme einer Reihe von antifaschistischen und entnazifizierenden Normen in die Verfassungen der neuen Volksrepubliken
- Einrichtung von ständigen Entnazifizierungsstellen für einen Zeitraum von 25 Jahren

Russland wird bei der Entnazifizierung der Ukraine keine Verbündeten haben. Denn dies ist eine rein russische Angelegenheit. Und auch deshalb, weil nicht nur die Bandera-Version der Nazi-Ukraine der Ausrottung unterworfen sein wird, sondern auch und vor allem der westliche Totalitarismus, die aufgezwungenen Programme der zivilisatorischen Degradierung und des Zusammenbruchs, die Mechanismen der Unterordnung unter die Supermacht des Westens und der USA.

### **„Russland muss endlich seine pro-europäischen und pro-westlichen Illusionen aufgeben.“**

Um den Plan der Entnazifizierung der Ukraine umzusetzen, muss Russland selbst endlich seine pro-europäischen und pro-westlichen Illusionen aufgeben, um sich als letzte Instanz des Schutzes und der Bewahrung jener Werte des historischen Europas (der Alten Welt) zu begreifen, die es verdient haben und die der Westen schließlich aufgegeben hat, nachdem er den Kampf um sich selbst verloren hatte. Dieser Kampf setzte sich im gesamten 20. Jahrhundert fort und manifestierte sich im Weltkrieg und in der Russischen Revolution, die untrennbar miteinander verbunden waren.

Russland hat im 20. Jahrhundert alles getan, um den Westen zu retten. Es verwirklichte das wichtigste westliche Projekt, die Alternative zum Kapitalismus, die die Nationalstaaten besiegte – das sozialistische, rote Projekt. Es hat den deutschen Nazismus zerschlagen, die monströse Ausgeburt der Krise der westlichen Zivilisation. Der letzte Akt des russischen Altruismus war Russlands ausgestreckte Hand der Freundschaft, für die Russland in den 1990er Jahren einen ungeheuren Schlag erhielt.

Alles, was Russland für den Westen getan hat, hat es auf eigene Kosten getan, indem es die größten Opfer gebracht hat. Der Westen lehnte schließlich all diese Opfer ab, wertete Russlands Beitrag zur Lösung der westlichen Krise ab und beschloss, sich an Russland für die selbstlos geleistete Hilfe zu rächen. Von nun an wird Russland seinen eigenen Weg gehen, ohne sich um das Schicksal des Westens zu kümmern, und dabei auf einem anderen Teil seines Erbes aufbauen: der Führungsrolle im globalen Entkolonialisierungsprozess.

Im Rahmen dieses Prozesses verfügt Russland über ein hohes Potential für Partnerschaften und Bündnisse mit Ländern, die der Westen jahrhundertlang unterdrückt hat und die nicht die Absicht haben, erneut sein Joch anzulegen. Ohne die Opfer und den Kampf Russlands wären diese Länder nicht befreit worden. Die Entnazifizierung der Ukraine ist gleichzeitig ihre Entkolonialisierung – eine Tatsache, die die ukrainische Bevölkerung verstehen muss, wenn sie beginnt, sich von den Gespenstern, Versuchungen und Abhängigkeiten der sogenannten europäischen Wahl zu befreien.





## 75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft

von Wladimir Putin

veröffentlicht am 19. Juni 2022

Es sind 75 Jahre vergangen, seit der Große Vaterländische Krieg beendet wurde. In diesen Jahren sind mehrere Generationen aufgewachsen. Die politische Karte des Planeten hat sich geändert. Es gibt die Sowjetunion nicht mehr, die einen grandiosen, vernichtenden Sieg über den Nazismus errungen und die ganze Welt gerettet hatte. Und die Ereignisse des Krieges selbst sind sogar für seine Teilnehmer eine ferne Vergangenheit geworden. Warum wird der 9. Mai in Russland als der wichtigste Feiertag begangen, und scheint das Leben am 22. Juni für einen Moment still zu stehen und man hält den Atem an, als hätte man einen Klotz im Hals?

Man pflegt zu sagen: Der Krieg hat eine tiefe Spur in der Geschichte jeder Familie hinterlassen. Hinter diesen Worten stehen das Schicksal von Millionen Menschen, ihr Leiden und der Schmerz des Verlustes. Stolz, Wahrheit und Erinnerung.

Für meine Eltern ist der Krieg die schrecklichen Qualen des belagerten Leningrads, wo mein zweijähriger Bruder Witja starb, wo meine Mutter durch ein Wunder am Leben blieb. Mein Vater, der unabhkömmlich gestellt war, ging freiwillig an die Front, um die Heimatstadt zu verteidigen – handelte ebenso wie Millionen sowjetische Bürger. Er kämpfte am Brückenkopf „Newski Pjatatschok“ und wurde schwer verletzt. Und je weiter diese Jahre vergangen sind, desto größer ist das Bedürfnis, mit den Eltern zu sprechen, um mehr von ihrem Leben während des Krieges zu erfahren. Es ist aber unmöglich, etwas zu fragen; deswegen bewahre ich die Gespräche mit meinem Vater und meiner Mutter zu diesem Thema, ihre kargen Emotionen heilig im Herzen.

Für mich und meine Altersgenossen ist es wichtig, dass unsere Kinder, Enkel und Urenkel begreifen, welchen Prüfungen und Qualen ihre Vorfäter standgehalten haben. Wie, warum konnten sie standhalten und siegen? Woher kam ihre wahrlich eiserne Geisteskraft, die die ganze Welt erstaunte und verwunderte? Ja, sie haben ihr Haus, ihre Kinder, ihre Angehörigen, ihre Familie verteidigt. Die Liebe zur Heimat, zum Vaterland hat aber alle vereint. Dieses tiefe, persönliche Gefühl spiegelt sich in seiner ganzen Fülle im Wesen unseres Volkes wider und wurde zu einem der entscheidenden in seinem heldenhaften, opferreichen Kampf gegen die Nazis.

Oft fragt man: Wie würde sich die jetzige Generation in einer kritischen Situation benehmen und handeln? Vor meinen Augen sind junge Ärzte, Krankenschwestern, manchmal gestrige Studenten, die heute in die „rote Zone“ gehen, um Menschen zu retten. Unsere Militärangehörigen, die während des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus im Nordkaukasus, in Syrien um Leben und Tod kämpfen – ganz junge Menschen! Viele Soldaten der legendären, unsterblichen sechsten Fallschirmjägerkompanie waren 19 bis 20 Jahre alt. Sie haben aber gezeigt, dass sie der Heldentat der Soldaten unserer Heimat, die sie im Großen Vaterländischen Krieg verteidigten, würdig sind.

Daher bin ich mir sicher, dass es im Charakter der Völker Russlands liegt – ihre Pflicht zu erfüllen, sich selbst nicht zu schonen, wenn die Umstände dies erfordern. Selbstlosigkeit, Patriotismus, Liebe zur Heimat, zur Familie, zum Vaterland – diese Werte sind auch heute für die russische Gesellschaft fundamental. Grundsätzlich darauf beruht unsere Souveränität.

Mittlerweile hat unser Volk neue Traditionen, in etwa das „Untersterbliche Regiment“, ins Leben gerufen. Es ist ein Marsch unseres dankbaren Andenkens, unserer leiblichen, lebendigen Verbindung zwischen den Generationen. Millionen Menschen gehen mit Fotos ihrer Verwandten, die das Vaterland verteidigt und den Nazismus besiegt haben, zur Teilnahme an Umzügen auf die Straßen. Das bedeutet, dass ihr Leben, ihre Prüfungen und Opfer, ihr Sieg, den sie uns übergeben haben, niemals vergessen werden.

Unsere Verantwortung gegenüber der Vergangenheit und Zukunft ist es, alles zu tun, um eine Wiederholung der schrecklichen Tragödien zu verhindern. Deshalb habe ich es für meine Pflicht gehalten, mit dem Artikel über den Zweiten Weltkrieg und den Großen Vaterländischen Krieg aufzutreten. Ich habe diese Idee mehrmals bei Gesprächen mit Staats- und Regierungschefs diskutiert und bei ihnen Verständnis gefunden. Ende vorigen Jahres, beim Gipfel der Spitzenpolitiker der GUS- Staaten waren wir alle darin einig, dass es wichtig ist, das Andenken daran, dass der Sieg über den Nazismus vor allem vom sowjetischen Volk erreicht wurde, dass in diesem heldenhaften Kampf – an der Front und im Hinterland, Schulter an Schulter – Vertreter aller Republiken der Sowjetunion gestanden haben, den Nachkommen zu überliefern. Damals habe ich mit meinen Kollegen auch über die schwierige Vorkriegszeit gesprochen.

Dieses Gespräch löste eine große Resonanz in Europa und in der Welt aus. Dies bedeutet, dass der Zugriff auf die Lehren der Vergangenheit wirklich notwendig und aktuell ist. Zugleich gab es auch viele Emotionen, schlecht versteckte Komplexe, laute Anklagen. Eine Reihe von Politikern beeilte sich aus Gewohnheit zu erklären, dass Russland versucht, die Geschichte neu zu schreiben. Jedoch konnten sie dabei keinen einzigen Fakt, kein angeführtes Argument widerlegen. Natürlich ist es schwierig und unmöglich, mit Originaldokumenten zu streiten, die übrigens nicht nur in russischen, sondern auch in ausländischen Archiven aufbewahrt werden.

Daher besteht die Notwendigkeit, die Analyse der Ursachen, die zum Weltkrieg geführt hatten, Überlegungen über seine komplizierten Ereignisse, Tragödien und Siege, über seine Lehren – für unser Land und die ganze Welt – fortzusetzen. Und hier, ich wiederhole, ist es grundsätzlich wichtig, sich nur auf Archivakten, Zeugnisse von Zeitgenossen zu verlassen, jegliche ideologischen und politisierten Spekulationen auszuschließen.

Ich erinnere noch einmal an offensichtliche Dinge: Die eigentlichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs ergeben sich in vieler Hinsicht aus den Entscheidungen, die zu den Ergebnissen des Ersten Weltkrieges getroffen wurden. Der Vertrag von Versailles wurde für Deutschland zu einem Symbol tiefer Ungerechtigkeit. Tatsächlich ging es um die Beraubung des Landes, das den westlichen Verbündeten riesige Reparationen zahlen musste, die seine Wirtschaft erschöpften. Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen, Marschall von Frankreich, Ferdinand Foch, gab dem Versailler Vertrag eine prophetische Bezeichnung: „Das ist kein Frieden. Das ist ein Waffenstillstand auf 20 Jahre“.

Gerade die nationale Demütigung bildete den Nährboden für radikale und revanchistische Stimmungen in Deutschland. Die Nazis spielten geschickt mit diesen Gefühlen, bauten ihre Propaganda darauf auf und versprachen, Deutschland vom „Erbe von Versailles“ zu befreien, seine ehemalige Stärke wiederherzustellen und drängten das deutsche Volk eigentlich zu einem neuen Krieg. Paradoxerweise trugen westliche Staaten, vor allem Großbritannien und die USA, direkt oder indirekt dazu bei. Ihre Finanz- und Industriekreise investierten durchaus aktiv in deutsche Fabriken und Werke, die Rüstungserzeugnisse produzierten. Und unter der Aristokratie und dem politischen Establishment gab es viele Anhänger radikaler, rechtsextremer, nationalistischer Bewegungen, die sowohl in Deutschland als auch in Europa an Stärke gewannen.

Die Versailler „Weltordnung“ brachte zahlreiche latente Widersprüche und offensichtliche Konflikte hervor. Ihnen liegen die von den Siegern im Ersten Weltkrieg willkürlich gestalteten Grenzen der neuen

europäischen Staaten zugrunde. Fast sofort nach ihrem Erscheinen auf der Karte begannen Gebietsstreite und gegenseitige Ansprüche, die sich in Zeitminuten verwandelten.

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Ersten Weltkrieges war die Gründung des Völkerbundes. Auf diese internationale Organisation wurden große Hoffnungen zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens, der kollektiven Sicherheit gesetzt. Es war eine progressive Idee, deren konsequente Umsetzung ohne Übertreibung eine Wiederholung der Schrecken des globalen Krieges hätte verhindern können.

Der Völkerbund, in dem die Siegermächte – Großbritannien und Frankreich – dominierten, zeigte jedoch ihre Ineffizienz und ertrank einfach in leeren Gesprächen. Im Völkerbund, ja auf dem europäischen Kontinent wurden die mehrmaligen Aufforderungen der Sowjetunion, ein gleichberechtigtes System der kollektiven Sicherheit zu gestalten, nicht gehört. Unter anderem ging es darum, einen ost-europäischen und pazifischen Pakt zu schließen, die der Aggression im Wege hätten stehen können. Diese Vorschläge wurden ignoriert.

Der Völkerbund konnte auch Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt nicht verhindern, wie den Angriff Italiens auf Äthiopien, den Bürgerkrieg in Spanien, die Aggression Japans gegen China oder den Anschluss Österreichs. Und im Fall des Münchner Abkommens, an dem neben Hitler und Mussolini die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs teilnahmen, kam es mit voller Zustimmung des Völkerbundrates zu einer Zergliederung der Tschechoslowakei. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass sich Stalin im Unterschied zu vielen damaligen europäischen Führern nicht mit einem persönlichen Treffen mit Hitler befleckte, der damals in westlichen Kreisen als ein durchaus respektabler Politiker galt, und ein willkommener Gast in den europäischen Hauptstädten war.

Bei der Zergliederung der Tschechoslowakei agierte neben Deutschland auch Polen. Sie entschieden im Voraus und gemeinsam, wer und welche tschechoslowakische Ländereien bekommen wird. Am 20. September 1938 teilte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, dem Außenminister Polens, Jozef Beck, die Versicherungen Hitlers mit, dass, wenn es zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu einem Konflikt bezüglich der polnischen Interessen in Tschechien komme, das Reich sich auf die polnische Seite stellen werde. Der Nazi-Führer gab sogar Hinweise und Ratschläge, dass der Beginn der polnischen Aktionen erst nach der Besetzung des Sudetenlands durch die Deutschen erfolgen solle.

Polen war sich bewusst, dass seine Eroberungspläne ohne Unterstützung durch Hitler zum Scheitern verurteilt gewesen wären. An dieser Stelle möchte ich die Aufzeichnung des Gespräches des deutschen Botschafters in Warschau, Hans-Adolf von Moltke, mit Jozef Beck vom 1. Oktober 1938 über die polnisch-tschechischen Beziehungen und die Position der UdSSR zu dieser Frage zitieren. Dort steht geschrieben, Herr Beck... habe sich für die loyale Interpretation der polnischen Interessen auf der Münchner Konferenz sowie für die Aufrichtigkeit der Beziehungen während des tschechischen Konflikts sehr bedankt. Die Regierung und die Öffentlichkeit von Polen würden die Position des Führers und Reichskanzlers voll und ganz würdigen.

Die Teilung der Tschechoslowakei war grausam und zynisch. München zerstörte sogar jene formellen und zerbrechlichen Garantien, die auf dem Kontinent geblieben waren, und zeigte, dass gegenseitige Vereinbarungen nichts wert sind. Gerade das Münchner Abkommen diente als Auslöser, nach dem ein großer Krieg in Europa unvermeidlich wurde.

Heute möchten europäische Politiker, vor allem polnische Spitzenpolitiker, München „verschweigen“. Warum? Nicht nur deswegen, weil ihre Länder damals ihre Verpflichtungen verraten haben und das Münchner Komplott unterstützten, wobei einige sogar an der Teilung der Beute teilnahmen, sondern

auch weil es unangenehm ist, sich daran zu erinnern, dass sich nur die UdSSR an jenen dramatischen Tagen für die Tschechoslowakei eingesetzt hat.

Die Sowjetunion versuchte auf der Basis ihrer internationalen Verpflichtungen, darunter auch der Abkommen mit Frankreich und der Tschechoslowakei, die Tragödie zu verhindern. Polen hat hingegen, seine Interessen verfolgend, mit allen Kräften die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa verhindert. Am 19. September 1938 hat der polnische Außenminister Jozef Beck dem bereits erwähnten Botschafter Jozef Lipski vor seinem Treffen mit Hitler unmittelbar darüber geschrieben: „... Im Laufe des vergangenen Jahres hat die polnische Regierung viermal das Angebot abgelehnt, sich der internationalen Einmischung zum Schutz der Tschechoslowakei anzuschließen.“

Großbritannien und Frankreich, das damals der wichtigste Verbündete der Tschechen und Slowaken war, entschieden sich dafür, auf ihre Garantien zu verzichten und dieses osteuropäische Land zum Zerreißen vorzuwerfen. Nicht nur vorzuwerfen, sondern die Bestrebungen der Nazis in den Osten zu lenken, mit dem Ziel, dass Deutschland und die Sowjetunion unvermeidlich aufeinanderstoßen und einander ausbluten könnten.

Gerade darin bestand die westliche Politik der „Befriedung“. Und nicht nur in Bezug auf das Dritte Reich, sondern auch auf andere Teilnehmer des sogenannten Antikomintern-Pakts – das faschistische Italien und das militaristische Japan. Ihr Höhepunkt im Fernen Osten war das anglo-japanische Abkommen vom Sommer 1939, das Tokio Handlungsfreiheit in China gewährte. Die führenden europäischen Mächte wollten nicht zugeben, welche tödliche Gefahr für die Welt von Deutschland und seinen Verbündeten ausging, und rechneten damit, dass der Krieg an ihnen vorbeigehen würde.

Das Münchner Komplott zeigte der Sowjetunion, dass die westlichen Länder Sicherheitsfragen lösen werden, ohne Rücksicht auf die sowjetischen Interessen zu nehmen und bei passender Gelegenheit eine antisowjetische Front bilden könnten.

Gleichzeitig versuchte die Sowjetunion bis zur letzten Möglichkeit, jede Chance zu nutzen, um eine Anti-Hitler-Koalition zu bilden, ich wiederhole, trotz der doppelzüngigen Position der westlichen Länder. So erhielt die sowjetische Führung über Geheimdienste im Sommer 1939 eingehende Informationen über die englisch-deutschen Kontakte hinter den Kulissen. Ich mache darauf aufmerksam, dass sie durchaus intensiv erfolgten, wobei praktisch gleichzeitig die westlichen Partner im Gegenteil die trilateralen Verhandlungen von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR bewusst verzögerten. Ich werde in diesem Zusammenhang ein Dokument aus den britischen Archiven zitieren – das ist eine Anweisung der britischen Militärmission, die im August 1939 nach Moskau kam. Darin wird direkt gesagt, dass die Delegation „die Verhandlungen sehr langsam führen muss“; dass „die Regierung des Vereinigten Königreichs nicht bereit ist, die im Detail vorgeschriebenen Verpflichtungen zu übernehmen, die unsere Handlungsfreiheit unter irgendwelchen Umständen einschränken könnten“. Ich möchte auch betonen, dass die sowjetische Delegation im Unterschied zu den Briten und Franzosen die obersten Führer der Roten Armee geleitet hatten, die über alle notwendigen Befugnisse verfügten, um „eine Militärkonvention zu Fragen der Organisation der militärischen Verteidigung Englands, Frankreichs und der UdSSR gegen die Aggression in Europa zu unterzeichnen“.

Seine Rolle beim Scheitern der Verhandlungen spielte Polen, das keine Verpflichtungen gegenüber der sowjetischen Seite übernehmen wollte. Selbst unter dem Druck der westlichen Verbündeten lehnte die polnische Führung ein gemeinsames Vorgehen mit der Roten Armee beim Widerstand gegen die Wehrmacht ab. Und erst als bekannt wurde, dass Ribbentrop nach Moskau gekommen war, benachrichtigte Beck widerwillig, nicht direkt, sondern durch französische Diplomaten die sowjetische Seite: Im Falle gemeinsamer Aktionen gegen die deutsche Aggression sei eine Zusammenarbeit zwischen Polen und der UdSSR, unter den technischen Bedingungen, die festgelegt werden müssten, nicht ausgeschlossen. Zugleich erläuterte er seinen Kollegen: „Ich bin nicht gegen diese Formulierung nur, wenn

sie dem Zweck dient, die Taktik zu erleichtern. Unsere grundsätzliche Haltung gegenüber der UdSSR ist aber endgültig und bleibt unverändert“.

In der entstandenen Situation unterzeichnete die Sowjetunion den Nichtangriffspakt mit Deutschland und tat dies faktisch als Letztes der europäischen Länder, und das vor dem Hintergrund der realen Gefahr, mit einem Zweifrontenkrieg konfrontiert zu werden – mit Deutschland im Westen und mit Japan im Osten, wo bereits intensive Kämpfe am Fluss Chalcha stattfanden.

Stalin und sein Umfeld verdienen viele gerechte Vorwürfe. Wir erinnern uns an die Verbrechen des Regimes gegen das eigene Volk und an die Entsetzlichkeit der Massenrepressionen. Ich wiederhole, man kann den sowjetischen Führern vieles vorwerfen, aber nicht das, dass es ihnen an Verständnis für den Charakter der äußeren Bedrohungen mangelte. Sie sahen, dass man versuchte, die Sowjetunion allein mit Deutschland und seinen Verbündeten zu lassen. Sie handelten, diese reale Gefahr erkennend, um wertvolle Zeit für die Festigung der Verteidigung des Landes zu gewinnen.

In Bezug auf den damals geschlossenen Nichtangriffspakt gibt es jetzt viel Gerede und Beanstandungen gegenüber dem jetzigen Russland. Ja, Russland ist der Nachfolgestaat der UdSSR, und die sowjetische Periode mit all ihren Triumphen und Tragödien ist ein untrennbarer Bestandteil unserer tausendjährigen Geschichte. Ich erinnere aber auch daran, dass die Sowjetunion dem sogenannten Molotow–Ribbentrop-Pakt eine rechtliche und moralische Bewertung gegeben hat. In der Verordnung des Obersten Sowjets vom 24. Dezember 1989 wurden die Geheimprotokolle als „Akt der persönlichen Macht“ offiziell verurteilt, der in keiner Weise „den Willen des sowjetischen Volkes, das nicht für diese Absprache verantwortlich ist, widerspiegelt“.

Dennoch bevorzugen andere Staaten, sich nicht an die Abkommen zu erinnern, unter denen die Unterschriften von Nazis und westlichen Politikern stehen. Nicht vergessen ist dabei auch die rechtliche oder politische Bewertung dieser Zusammenarbeit, darunter auch der stillschweigenden Kompromissbereitschaft einiger europäischer Politiker mit den barbarischen Plänen der Nazis bis zu ihrer direkten Förderung. Der zynische Satz des polnischen Botschafters in Deutschland, Jozef Lipski, den er beim Gespräch mit Hitler am 20. September 1938 sagte, spricht Bände: „...Für die Lösung der jüdischen Frage werden wir [Polen] ihm... ein schönes Denkmal in Warschau aufstellen“.

Wir wissen auch nicht, ob es irgendwelche „geheime Protokolle“ und Anhänge zu den Vereinbarungen einiger Länder mit den Nazis gab. Es bleibt nur, aufs Wort zu glauben. Unter anderem sind Materialien über geheime anglo-deutsche Gespräche bis heute nicht freigegeben worden. Daher rufen wir alle Staaten dazu auf, den Prozess der Öffnung ihrer Archive, die Veröffentlichung bisher unbekannter Dokumente aus der Vorkriegs- und Kriegszeit zu intensivieren – so, wie es Russland in den vergangenen Jahren getan hat. Wir sind hier zu einer breiten Zusammenarbeit, zu gemeinsamen Forschungsprojekten von Historikern bereit.

Aber kehren wir zu den Ereignissen zurück, die dem Zweiten Weltkrieg unmittelbar vorausgingen. Es war naiv zu glauben, dass Hitler keine weiteren territorialen Ansprüche erheben würde, nachdem er mit der Tschechoslowakei fertig war. Diesmal gegenüber seinem jüngsten Komplizen bei der Teilung der Tschechoslowakei – Polen. Als Anlass diente hier übrigens auch das Erbe von Versailles – das Schicksal des so genannten Danziger Korridors. Die darauffolgende Tragödie Polens liegt voll und ganz auf dem Gewissen der damaligen polnischen Führung, die die Bildung des Militärbündnisses zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion verhinderte, sich auf die Hilfe der westlichen Partner verließ und sein Volk unter die Walze der Hitler-Zerstörungsmaschine stellte.

Die deutsche Offensive entwickelte sich in voller Übereinstimmung mit der Blitzkrieg-Doktrin. Trotz des erbitterten, heroischen Widerstandes der polnischen Armee standen die deutschen Truppen bereits eine Woche nach Kriegsbeginn, am 8. September 1939, kurz vor Warschau. Und die militärpolitische

Spitze Polens flüchtete bis zum 17. September auf das Territorium Rumäniens und verriet ihr Volk, das den Kampf gegen die Eindringlinge fortsetzte.

Die westlichen Verbündeten haben die polnischen Erwartungen nicht erfüllt. Nachdem Deutschland den Krieg erklärt hatte, rückten die französischen Truppen nur einige Dutzend Kilometer tief in deutsches Territorium vor. All dies sah nur wie eine Demonstration aktiver Handlungen aus. Außerdem beschloss der britisch-französische Oberste Militärtrat, der erstmals am 12. September 1939 im französischen Abville zusammentraf, die Offensive wegen der schnellen Entwicklung der Ereignisse in Polen völlig einzustellen. Es begann der so genannte „Sitzkrieg“. Ein direkter Verrat Frankreichs und Englands an ihren Verpflichtungen gegenüber Polen ist nicht zu übersehen.

Später haben die deutschen Generäle im Laufe der Nürnberger Prozesse ihre schnellen Erfolge im Osten folgendermaßen erklärt. Der ehemalige Chef des Wehrmachtführungsstabes im Oberkommando der Wehrmacht, Alfred Jodl, gab zu, dass die Nazis eine Niederlage bereits 1939 nur deshalb nicht erlitten hätten, weil rund 110 französische und englische Divisionen, denen während des deutschen Krieges gegen Polen 23 Wehrmachtdivisionen gegenüberstanden hätten, völlig untätig gewesen seien.

Ich habe darum gebeten, die ganze Reihe von Materialien, die mit den Kontakten der UdSSR und Deutschlands in den dramatischen Tagen im August und September 1939 verbunden sind, in den Archiven zugänglich zu machen. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, legte Punkt 2 des Geheimprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939 fest, dass die Grenze der Interessenbereiche der beiden Länder im Falle der territorialpolitischen Neuordnung der Gebiete, die Teil des Polnischen Staates sind, „ungefähr über die Linien der Flüsse Narew, Weichsel und Sana verlaufen sollte“. Mit anderen Worten, umfasste die sowjetische Einflusszone demnach nicht nur Gebiete, wo mehrheitlich die ukrainische und weißrussische Bevölkerung ansässig war, aber auch historische polnische Ländereien zwischen dem Bug und der Weichsel.

Von dieser Tatsache wissen jetzt bei Weitem nicht alle. Wie auch davon, dass Berlin unmittelbar nach dem Angriff auf Polen in den ersten Septembertagen 1939 Moskau beharrlich und mehrmals dazu aufgefordert hatte, sich den Kriegshandlungen anzuschließen. Die sowjetische Führung ignorierte aber diese Aufforderungen und wollte bis zur letzten Möglichkeit nicht in die sich dramatisch entwickelnden Ereignisse hineingezogen werden.

Erst als endgültig klar wurde, dass Großbritannien und Frankreich nicht anstrebten, ihren Verbündeten zu helfen, und die Wehrmacht dazu fähig war, schnell ganz Polen zu besetzen und sich tatsächlich Minsk zu nähern, wurde beschlossen, am Morgen des 17. September Truppen der Roten Armee in die sogenannten östlichen Kresy zu verlegen – jetzt sind es Teile des Territoriums von Weißrussland, der Ukraine und Litauen.

Offensichtlich gab es keine anderen Optionen. Andernfalls hätten die Risiken für die UdSSR mehrfach zugenommen, da, ich wiederhole, die alte sowjetische Grenze nur ein paar Dutzend Kilometer von Minsk entfernt verlief, und der unvermeidliche Krieg gegen die Nazis für das Land von äußerst ungünstigen strategischen Stellungen begonnen hätte. Und Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter Juden, die bei Brest und Grodno, Przemysl, Lwiw und Wilna lebten, würden den Nazis und ihren örtlichen Schergen – den Antisemiten und den radikalen Nationalisten – zur Vernichtung vorgeworfen.

Gerade die Tatsache, dass die Sowjetunion bis zur letzten Gelegenheit versuchte, die Teilnahme an dem sich entflammenden Konflikt zu vermeiden und nicht auf der Seite Deutschlands spielen wollte, führte dazu, dass die reale Berührung der sowjetischen und deutschen Truppen viel östlicher der im Geheimprotokoll festgelegten Grenzen erfolgte. Nicht über die Weichsel, sondern über die sogenannte Curzon-Linie, die noch 1919 von der Entente als östliche Grenze Polens empfohlen worden war.

Wie bekannt ist der Konjunktiv gegenüber den bereits geschehenen Ereignissen schwierig anzuwenden. Ich werde nur sagen, dass die sowjetische Führung im September 1939 die Möglichkeit hatte, die Westgrenze der UdSSR noch weiter nach Westen, bis nach Warschau zu verschieben, beschloss aber, dies nicht zu tun.

Die Deutschen schlugen vor, einen neuen Status-quo zu fixieren. Am 28. September 1939 unterzeichneten in Moskau Ribbentrop und Molotow den Vertrag über Freundschaft und die Grenze zwischen der UdSSR und Deutschland, sowie das Geheimprotokoll über die Änderung der Staatsgrenze. Als solche galt die Demarkationslinie, wo de-facto die beiden Armeen standen.

Ihre militärisch-strategischen und defensiven Aufgaben lösend, begann die Sowjetunion im Herbst 1939 mit der Inkorporation Lettlands, Litauens und Estlands. Ihr Beitritt zur UdSSR erfolgte auf vertraglicher Basis, mit Zustimmung der gewählten Behörden. Dies entsprach den Normen des Völker- und Staatsrechts der damaligen Zeit. Darüber hinaus wurden die Stadt Wilna und das angrenzende Gebiet, die früher Teil Polens waren, im Oktober 1939 an Litauen zurückgegeben. Die baltischen Republiken behielten im Bestand der UdSSR ihre Behörden sowie Sprache bei und waren in den obersten sowjetischen Staatsstrukturen vertreten.

In all diesen Monaten hörte der für ein fremdes Auge unsichtbare diplomatische und militärisch-politische Kampf, die Arbeit der Geheimdienste nicht auf. Für Moskau war es klar, dass sich vor ihm ein unversöhnlicher und grausamer Feind befand und dass der verborgene Krieg gegen den Nazismus bereits im Gang war. Es gibt keinen Grund, offizielle Erklärungen, die damaligen formellen Noten als einen Beweis der „Freundschaft“ zwischen der UdSSR und Deutschland zu betrachten. Die UdSSR pflegte aktive Handels- und technische Kontakte nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit anderen Ländern. Dabei versuchte Hitler immer wieder, die UdSSR in die Konfrontation mit Großbritannien hineinzuziehen. Die sowjetische Führung ließ sich aber nicht dafür gewinnen.

Den letzten Versuch, die Sowjetunion zum gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, unternahm Hitler während des Besuchs von Molotow im November 1940 in Berlin. Molotow befolgte aber exakt die Anweisungen von Stalin und beschränkte sich auf allgemeine Gespräche über die Idee der Deutschen in Bezug auf den Beitritt der UdSSR zum Dreimächtepark – dem Bündnis von Deutschland, Italien und Japan, das im September 1940 unterzeichnet wurde und gegen Großbritannien und die USA gerichtet war. Es ist nicht zufällig, dass Molotow bereits am 17. November den bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in London, Iwan Majskij, wie folgt anleitete: „Für Ihre Orientierung ... wurde in Berlin kein Vertrag unterzeichnet und man hat nicht beabsichtigt, dies zu tun. Die Sache in Berlin hat sich auf den Meinungs austausch beschränkt... Die Deutschen und die Japaner wollen uns offenbar sehr in Richtung Golf und Indien drängen. Wir haben die Diskussion über diese Frage abgelehnt, weil wir solche Ratschläge seitens Deutschlands für unangemessen halten“. Am 25. November zog die sowjetische Führung sogar einen Strich darunter: Sie stellte Berlin offiziell für die Nazis unannehmbare Bedingungen, einschließlich des Abzugs der deutschen Truppen aus Finnland, des Vertrages über gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Bulgarien, und eine Reihe anderer. Damit schloss sie bewusst jede Möglichkeit für sich aus, dem Pakt beizutreten. Diese Position stärkte den Führer endgültig in seiner Absicht, einen Krieg gegen die UdSSR zu entfesseln. Und bereits im Dezember schob Hitler alle Warnungen seiner Strategen vor der katastrophalen Gefahr eines Zweifrontenkrieges beiseite und genehmigte den Plan „Barbarossa“. Er tat dies mit dem Wissen, dass gerade die Sowjetunion die Hauptstärke war, die ihm in Europa gegenüberstand, und dass der bevorstehende Kampf im Osten den Ausgang des Weltkriegs bestimmen würde. Er war sich darin sicher, dass der Feldzug nach Moskau kurz und erfolgreich sein würde.

Ich möchte besonders betonen, dass die westlichen Länder damals den sowjetischen Handlungen faktisch zustimmten und das Streben der Sowjetunion, ihre Sicherheit zu gewährleisten, anerkannten.

Bereits am 1. Oktober 1939 sagte Winston Churchill, damals noch der Erste Lord der britischen Admiralität, im Rundfunk Folgendes: „Russland betreibt eine kalte Politik der eigenen Interessen... Für den Schutz Russlands vor nazistischer Gefahr brauchte es offensichtlich, dass die russischen Armeen an dieser Linie [der neuen westlichen Grenze] stehen“. Am 4. Oktober 1939 sagte der britische Außenminister Earl Halifax im House of Lords, man müsse daran erinnern, dass das Vorgehen der sowjetischen Regierung darin bestanden habe, die Grenze im Grunde genommen bis zu der Linie zu verschieben, die während der Versailler Konferenz von Lord Curzon empfohlen worden sei... „Ich führe nur historische Fakten an und glaube, dass diese unbestreitbar sind“, so Halifax. Der bekannte britische Politiker und Staatsmann David Lloyd George betonte: „Die russischen Armeen besetzten Territorien, die nicht zu Polen gehören und die Polen nach dem Ersten Weltkrieg gewaltsam besetzt hatte... Es wäre ein Akt von verbrecherischem Wahnsinn, das russische Vorrücken auf ein Brett mit dem Vorrücken der Deutschen zu setzen“.

Bei informellen Gesprächen mit dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion Majskij redeten hochrangige englische Politiker und Diplomaten offener. Im Oktober 1939 teilte der damalige britische Vize-Außenminister, R. Butler, mit, dass in englischen Regierungskreisen die Meinung vertreten werde, dass von der Rückgabe der West-Ukraine und Weißrusslands an Polen keine Rede sein könne. Wenn es gelungen wäre, ein ethnographisches Polen von bescheidener Größe, mit einer Garantie nicht nur der UdSSR und Deutschlands, sondern auch Englands und Frankreichs zu gründen, würde die britische Regierung sich als sehr zufriedengestellt betrachten, so der Diplomat. Am 27. Oktober 1939 sagte einer der wichtigsten Berater Chamberlains, H. Wilson: „Polen ist ... als eigenständiger Staat auf seiner ethnographischen Basis wiederherzustellen, jedoch ohne die West-Ukraine und Weißrussland.“

Erwähnenswert ist, dass während dieses Gesprächs ein Versuchsballon für die Verbesserung der sowjetisch-britischen Beziehungen lanciert wurde. Diese Kontakte legten in vieler Hinsicht den Grundstein für die künftige Anti-Hitler-Koalition. Unter den verantwortlichen weitsichtigen Politikern zeichnete sich W. Churchill ab, der trotz der bekannten Antipathie gegenüber der UdSSR auch früher für eine Zusammenarbeit mit ihr plädierte. Noch im Mai 1939 sagte er im Haus der Gemeinen: „Wir werden in eine tödliche Gefahr geraten, wenn wir kein großes Bündnis gegen die Aggression werden aufbauen können. Es wäre die größte Dummheit, wenn wir die natürliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ablehnen würden“. Und schon nach Beginn der Kampfhandlungen in Europa – bei dem Treffen mit I. Majskij am 6. Oktober 1939 – sagte er vertraulich: „...Zwischen Großbritannien und der UdSSR gibt es keine großen Widersprüche, und daher gibt es keinen Grund für angespannte und unbefriedigende Beziehungen. Die britische Regierung... möchte die Handelsbeziehungen ausbauen... Sie würde auch bereit sein, alle anderen Maßnahmen zu diskutieren, die zur Verbesserung der Beziehungen beitragen könnten“.

Der Zweite Weltkrieg brach nicht von heute auf morgen aus, er begann nicht unerwartet, nicht plötzlich. Und die deutsche Aggression gegen Polen war auch nicht unerwartet. Es ist das Ergebnis vieler Tendenzen und Faktoren in der Weltpolitik jener Zeit. Alle Vorkriegsereignisse reihten sich in eine schicksalhafte Kette ein. Aber das Wichtigste, was die größte Tragödie in der Geschichte der Menschheit vorbestimmte, war natürlich der staatliche Egoismus, die Feigheit, die Nachsicht gegenüber einem Aggressor, der an Stärke gewann, und die Nichtbereitschaft der politischen Eliten, einen Kompromiss zu suchen.

Daher ist es ungerecht zu behaupten, dass der zweitägige Besuch des Nazi-Außenministers Ribbentrop in Moskau der zentrale Grund ist, der zum Zweiten Weltkrieg geführt hat. Alle führenden Länder haben seinen Ausbruch in dem einen oder anderem Maße zu verantworten. Jedes von denen hat nicht wieder gut zu machende Fehler in der selbstgefälligen Zuversicht begangen, dass man andere überlisten, einseitige Vorteile für sich gewinnen und dem heranrückenden globalen Unheil ausweichen kann. Für diese Kurzsichtigkeit, für den Verzicht auf die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit mussten Millionen Menschen mit ihrem Leben und riesigen Verlusten zahlen.



Ich schreibe das ohne die geringste Absicht, die Rolle eines Richters zu übernehmen, jemanden zu beschuldigen oder zu rechtfertigen oder gar eine neue Runde der internationalen Informationskonfrontation im historischen Bereich loszutreten, die Staaten und Völker gegeneinander aufbringen kann. Ich bin der Meinung, dass die Suche nach ausgewogenen Bewertungen vergangener Ereignisse der akademischen Wissenschaft mit einer breiten Vertretung namhafter Forscher überlassen werden sollte. Wir alle brauchen Wahrheit und Objektivität. Ich persönlich habe meine Kollegen immer zu einem ruhigen, offenen und vertrauensvollen Dialog aufgefordert, zu einem selbstkritischen und unvoreingenommenen Blick auf die gemeinsame Vergangenheit. Ein solcher Ansatz wird es uns ermöglichen, die damals begangenen Fehler nicht mehr zu wiederholen und eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung für die kommenden vielen Jahre sicherzustellen.

Viele unserer Partner sind jedoch noch nicht bereit, zusammenzuarbeiten. Im Gegenteil, um ihre Ziele zu erreichen, erhöhen sie die Anzahl und das Ausmaß der Informationsangriffe gegen unser Land, wollen es dazu bringen, dass es sich rechtfertigt und schuldig fühlt; sie verabschieden durch und durch scheinheilige politisierte Resolutionen. So wurde in der am 19. September 2019 vom Europäischen Parlament gebilligten Entschließung zur „Erhaltung des historischen Gedächtnisses für die Zukunft Europas“ die UdSSR zusammen mit Nazideutschland direkt beschuldigt, den Zweiten Weltkrieg entfesselt zu haben. Es fehlte natürlich jegliche Erwähnung von München.

Ich glaube, dass derartige „Papiere“ – ich kann diese Resolution nicht als Dokument bezeichnen – offenbar Skandale bezwecken und reale Gefahren in sich bergen. Immerhin wurde sie von einem sehr angesehenen Organ verabschiedet. Und was hat dieses damit demonstriert? So traurig es auch klingen mag: eine bewusste Politik der Zerstörung der Nachkriegsweltordnung, deren Schaffung eine Frage der Ehre und Verantwortung für die Länder war, von denen einige Vertreter heute für diese verlogene Resolution gestimmt haben. Und damit erheben sie die Hand gegen die Schlüsse des Nürnberger Tribunals und die Bemühungen der Weltgemeinschaft, welche nach dem Sieg von 1945 universelle internationale Institutionen schuf. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass selbst der Prozess der europäischen Integration, bei dem die entsprechenden Strukturen einschließlich des Europäischen Parlaments geschaffen wurden, nur dank den Lehren aus der Vergangenheit, ihrer klaren rechtlichen und politischen Einschätzung möglich wurde. Und diejenigen, die diesen Konsens bewusst in Frage stellen, zerstören die Grundlagen des Nachkriegseuropas.

Neben der Bedrohung für die Grundprinzipien der Weltordnung gibt es auch eine moralische Seite. Spott und Hohn gegenüber dem Gedenken – das ist eine Gemeinheit. Eine Gemeinheit kann absichtlich, scheinheilig und völlig bewusst sein, wenn in den Erklärungen zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs alle Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition aufgelistet werden – außer der UdSSR. Eine Gemeinheit kann feige sein, wenn Denkmäler abgerissen werden, die zu Ehren der Kämpfer gegen den Nationalsozialismus errichtet wurden, während dieses beschämende Verhalten mit verlogenen Kampfpapieren gegen eine unliebsame Ideologie und eine angebliche Besetzung gerechtfertigt wird. Eine Gemeinheit kann auch blutig sein, wenn diejenigen, die sich gegen Neonazis und die Nachfahren von Bandera einsetzen, getötet und verbrannt werden. Ich wiederhole: Eine Gemeinheit manifestiert sich auf verschiedene Weise, deswegen hört sie aber nicht auf, ekelhaft zu sein.

Das Vergessen der Lehren aus der Geschichte wird unweigerlich hart bestraft. Wir werden die Wahrheit auf der Grundlage dokumentierter historischer Fakten entschlossen verteidigen und auch weiterhin ehrlich und unparteiisch über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs sprechen. Diesem Ziel soll auch ein russisches Großprojekt zur Schaffung der größten Sammlung von Archivdokumenten, Film- und Fotomaterialien über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Vorkriegszeit dienen.

Diese Arbeit ist bereits im Gange. Bei der Vorbereitung dieses Artikels habe ich auch viele neue, kürzlich gefundene und freigegebene Materialien verwendet. Und aus diesem Grund kann ich mit vol-

ler Verantwortung sagen, dass es keine Archivadokumente gibt, welche die Version über die Absicht der UdSSR bestätigen würden, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu entfesseln. Ja, die sowjetische Militärführung hielt sich an die Doktrin, dass die Rote Armee im Falle einer Aggression den Feind schnell abwehren, in die Offensive gehen und den Krieg auf feindlichem Gebiet weiterführen soll. Solche strategischen Pläne bedeuteten jedoch keineswegs die Absicht, Deutschland zuerst anzugreifen.

Natürlich verfügen die Historiker heute über Dokumente der Militärplanung, die Richtlinien sowjetischer und deutscher Militärstäbe. Schließlich wissen wir, wie sich die Ereignisse in der Tat entwickelt haben. Von der Höhe dieses Wissens aus sprechen viele über das Vorgehen, die Fehler und Fehleinschätzungen der militärpolitischen Führung des Landes. In diesem Zusammenhang möchte ich eines sagen: Neben einer Riesenflut an Desinformationen verschiedener Art erhielten die sowjetischen Spitzenpolitiker auch wahrhaftige Informationen über die bevorstehende Aggression der Nazis. In den Vorkriegsmonaten unternahmen sie also Schritte, um die Kampfbereitschaft des Landes zu erhöhen, darunter auch die heimliche Einberufung eines Teils der Wehrpflichtigen zu Übungen und die Verlegung von Formationen und Reserven näher an die Westgrenze.

Der Krieg kam nicht plötzlich: Man erwartete ihn und bereitete sich darauf vor. Aber der Schlag der Nazis hatte in der Tat eine noch nie gesehene zerstörerische Kraft. Am 22. Juni 1941 war die Sowjetunion mit der mächtigsten, am stärksten mobilisierten und ausgebildeten Armee der Welt konfrontiert, der das industrielle, wirtschaftliche und militärische Potenzial von ganz Europa zur Verfügung stand. An dieser tödlichen Invasion nahmen nicht nur die Wehrmacht, sondern auch die Satellitenstaaten Deutschlands, die Militärkontingente vieler anderer Länder des europäischen Kontinents teil.

Die schwersten militärischen Niederlagen von 1941 brachten das Land an den Rand einer Katastrophe. Die Kampfbereitschaft und die Kontrolle mussten durch außergewöhnliche Methoden wiederhergestellt werden, durch die allgemeine Mobilisierung und durch die Anstrengung aller Kräfte des Staates und des Volkes. Bereits im Sommer 1941 begann unter dem Beschuss des Feindes die Evakuierung von Millionen von Bürgern, Hunderten von Fabriken und Industrien in den Osten des Landes. In kürzester Zeit wurde im Hinterland die Produktion von Waffen und Munition in die Wege geleitet; diese trafen bereits im ersten Kriegswinter an der Front ein, und bis zum Jahr 1943 wurde die Kriegsproduktion Deutschlands und seiner Verbündeten überholt. Innerhalb von eineinhalb Jahren vollbrachten die sowjetischen Menschen etwas, was als unmöglich erschien, sowohl an der Front wie auch in der Etappe. Und es ist immer noch schwer zu erkennen, zu verstehen und sich vorzustellen, welche unglaublichen Anstrengungen, Mut und Hingabe diese großen Erfolge erforderten.

Gegen die mächtige, bis an die Zähne bewaffnete, kaltblütige und aggressive Nazi-Maschinerie erhob sich die gigantische Kraft der sowjetischen Gesellschaft, vereint durch den Wunsch, ihr Heimatland zu schützen, sich am Feind zu rächen, der das friedliche Leben, Pläne und Hoffnungen zerbrach und zerschmetterte.

Natürlich überkamen manche Menschen während dieses schrecklichen, blutigen Krieges Angst, Verwirrung und Verzweiflung. Es gab Verrat und Fahnenflucht. Die brutalen Risse, die durch die Revolution und den Bürgerkrieg entstanden waren, sowie der Nihilismus, die spöttische Haltung gegenüber der nationalen Geschichte, den Traditionen und dem Glauben – all dies, was die Bolschewiki durchzusetzen versuchten – machte sich besonders in den ersten Jahren nach ihrer Machtübernahme bemerkbar. Aber die allgemeine Haltung der sowjetischen Bürger und unserer Landsleute, die sich im Ausland befanden, war anders – es ging ihnen um die Rettung und Bewahrung ihrer Heimat. Es war ein echter, unaufhaltsamer Impuls. Die Menschen versuchten, in wahren patriotischen Werten ihre Stütze zu finden.

Die „Strategen“ der Nazis waren überzeugt, dass ein riesiger multinationaler Staat leicht zerschlagen werden könnte. Man rechnete damit, dass der unerwartete Krieg, seine Unbarmherzigkeit und die da-

durch entstandene unerträgliche Last die interethnischen Beziehungen zwangsläufig zuspitzen würden, und dass man auf diese Weise das Land werde leicht zerstückeln können. Hitler erklärte auch unverblümt, dass die deutsche Politik gegenüber den Völkern, die in den Weiten Russlands lebten, darin bestehen sollte, dort jede Form von Zwietracht und Spaltung zu säen.

Aber vom ersten Tag an wurde klar, dass der Plan der Nazis gescheitert war. Die Festung Brest wurde von Soldaten von mehr als dreißig Ethnien bis zum letzten Blutstropfen verteidigt. Im Laufe des gesamten Krieges – sowohl in großen entscheidenden Schlachten als auch bei der Verteidigung jedes Brückenkopfes, jedes Meters des Heimatlandes – sehen wir Beispiele für diese Einheit.

Für Millionen von Evakuierten wurden die Wolga-Region und der Ural, Sibirien und Fernost, die Republiken Zentralasiens und des Kaukasus zu ihrer Heimat. Ihre Bewohner teilten sich alles, was sie noch hatten, und unterstützten sich gegenseitig wie sie nur konnten. Die Freundschaft der Völker und deren gegenseitige Unterstützung wurde für den Feind zu einer echten unzerstörbaren Festung.

Den grundlegenden und entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Nationalsozialismus leisteten die Sowjetunion und die Rote Armee – egal was man zu beweisen versucht. Die Helden, die bis zum Ende kämpften, eingekesselt bei Bialystok und Mogilev, Uman und Kiew, Wjasma und Charkow. Sie gingen in die Offensive in der Nähe von Moskau und Stalingrad, Sewastopol und Odessa, Kursk und Smolensk. Sie befreiten Warschau, Belgrad, Wien und Prag. Sie stürmten Königsberg und Berlin.

Wir setzen uns für die wirkliche, nicht geglättete oder lackierte Wahrheit über den Krieg ein. Diese volkstümliche, menschliche Wahrheit – hart, bitter und gnadenlos – wurde uns größtenteils von Schriftstellern und Dichtern vermittelt, die durch das Feuer und die Hölle der Front gingen. Für mich, wie auch für andere Generationen, hinterließen ihre ehrlichen und tiefen Geschichten, ihre Romane, ihre durchdringende „Leutnant-Prosa“ und die Gedichte für immer eine Spur in der Seele, sie wurden zu einem Testament, das uns sagte, die Veteranen zu ehren, die für den Sieg alles in ihrer Macht stehende getan haben, und uns an die diejenigen erinnern, die auf den Schlachtfeldern gefallen sind.

Und heute sind die einfachen und großartigen Zeilen von Alexander Twardowskis Gedicht „Ich wurde bei Rschew getötet ...“ – einem Gedicht, das den Teilnehmern der blutigen und brutalen Schlacht des Großen Vaterländischen Krieges im zentralen Teil der sowjetisch-deutschen Front gewidmet ist – einfach erschütternd. Allein bei den Kämpfen um die Stadt Rschew und den Frontvorsprung von Rschew vom Oktober 1941 bis März 1943 verlor die Rote Armee einschließlich der Verwundeten und Vermissten 1.342.888 Menschen. Ich nenne diese beängstigenden, tragischen, noch unvollständigen und aus Archivquellen stammenden Zahlen zum ersten Mal, als Hommage an die Leistung der bekannten sowie der namenlosen Helden, von denen in den Nachkriegsjahren aus verschiedenen Gründen ungerecht, wenig oder gar nicht gesprochen wurde.

Ich möchte ein weiteres Dokument vorbringen. Es ist der Bericht der Internationalen Kommission für deutsche Reparationen unter der Leitung von I. Maysky, der im Februar 1945 erstellt wurde. Aufgabe der Kommission war es, die Formel festzulegen, gemäß der das besiegte Deutschland die erlittenen Schäden der Siegermächte kompensieren sollte. Die Kommission kam zu folgendem Schluss: „Die Zahl der Soldatentage, die Deutschland an der sowjetischen Kriegsfront verbracht hat, übersteigt die Zahl der Soldatentage an allen anderen alliierten Fronten um mindestens das Zehnfache. Die sowjetische Front vernichtete auch vier Fünftel der deutschen Panzer und etwa zwei Drittel der deutschen Flugzeuge.“ Insgesamt entfielen auf die UdSSR rund 75 Prozent aller militärischen Bemühungen der Anti-Hitler-Koalition. Zur Kriegszeit hatte die Rote Armee 626 Divisionen der Achsenmächte ‚aufgerieben‘, davon waren 508 deutsche.

Am 28. April 1942 erklärte Roosevelt in seiner Ansprache an die amerikanische Nation, dass die russischen Truppen mehr Soldaten, Flugzeuge, Panzer und Kanonen des gemeinsamen Feinds vernichtet

hätten und weiter vernichten würden, als alle übrigen alliierten Nationen zusammengenommen. In seinem Schreiben vom 27. September 1944 an Stalin schrieb Churchill, dass es die russische Armee gewesen sei, die das Eingeweide der deutschen Militärmaschinerie herausgeschnitten habe.

Diese Einschätzung hatte weltweit Anklang gefunden. Denn diese Worte enthalten ebenjene große Wahrheit, die damals niemand in Frage stellte. Fast 27 Millionen Sowjetbürger starben an den Fronten in deutscher Gefangenschaft, an Hunger oder unter Bombenangriffen in den Ghettos und Öfen der Todeslager der Nazis. Die UdSSR verlor jeden siebten Bürger, Großbritannien jeden 127. und die USA jeden 320. Leider ist diese Zahl der schwersten, nicht wiedergutzumachenden Verluste der Sowjetunion nicht schlüssig. Es ist notwendig, die sorgfältige Arbeit fortzusetzen, um die Namen und das Schicksal aller Toten wiederherzustellen: Soldaten der Roten Armee, Partisanen, Untergrundarbeiter, Kriegsgefangene und Gefangene in Konzentrationslagern, von Strafbrigaden getötete Zivilisten. Es ist unsere Pflicht. Und hier kommt den Teilnehmern von Suchbewegungen, militärpatriotischen und freiwilligen Vereinigungen eine besondere Rolle zu. Und natürlich ist eine enge internationale Zusammenarbeit erforderlich, um dieses allgemeinhumanitäre Problem zu lösen.

Den Sieg brachten die Bemühungen aller Länder und Völker, die mit einem gemeinsamen Feind kämpften. Die britische Armee verteidigte ihre Heimat vor einer Invasion, kämpfte gegen die Nazis und deren Satellitenstaaten im Mittelmeer und in Nordafrika. Amerikanische und britische Truppen befreiten Italien und eröffneten die Zweite Front. Die Vereinigten Staaten versetzten dem Angreifer im Pazifik vernichtende Schläge. Wir erinnern uns an die kolossalen Opfer des chinesischen Volkes und ihre enorme Rolle bei der Zerschlagung der japanischen Militaristen. Vergessen wir nicht die Kämpfer von „La France libre“, die die beschämende Kapitulation nicht anerkannten und den Kampf gegen die Nazis fortsetzten.

Wir werden auch für die Hilfe stets dankbar sein, die die Alliierten der Roten Armee mit Munition, Rohstoffen, Verpflegung, Technik leisteten. Und das war eine beträchtliche Unterstützung, die ca. sieben Prozent der gesamten Kriegsproduktion der Sowjetunion ausmachte.

Der Kern der Anti-Hitler-Koalition nahm unmittelbar nach dem Angriff auf die Sowjetunion Gestalt an, als die Vereinigten Staaten und Großbritannien das Land im Kampf gegen Nazideutschland bedingungslos unterstützten. Während der Teheraner Konferenz von 1943 bildeten Stalin, Roosevelt und Churchill ein Bündnis von Großmächten, einigten sich auf die Entwicklung der Koalitionsdiplomatie und einer gemeinsamen Strategie im Kampf gegen die gemeinsame tödliche Bedrohung. Die Führer der Großen Troika hatten ein klares Verständnis davon, dass die Kombination der industriellen, ressourcenbezogenen und militärischen Potenziale der UdSSR, der USA und Großbritanniens ihnen eine unbestreitbare Überlegenheit gegenüber dem Feind verschaffen würde.

Die Sowjetunion kam ihren Verpflichtungen gegenüber den Alliierten vollumfänglich nach und half stets mit. So unterstützte die Rote Armee mit ihrer Großoperation „Bagration“ in Weißrussland die Landung angloamerikanischer Truppen in der Normandie. Im Januar 1945, als unsere Soldaten bis zur Oder durchbrachen, setzten sie der letzten mächtigen Offensive der Wehrmacht an der Westfront in den Ardennen ein Ende. Und drei Monate nach dem Sieg über Deutschland erklärte die UdSSR Japan den Krieg in voller Übereinstimmung mit den Abkommen von Jalta und besiegte die millionenstarke Kwantung-Armee.

Bereits im Juli 1941 erklärte die sowjetische Führung: „Der Zweck des Krieges gegen die faschistischen Unterdrücker ist nicht nur die Beseitigung der Bedrohung unseres Landes, sondern auch die Unterstützung aller Völker Europas, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen.“ Mitte 1944 wurde der Feind von nahezu dem gesamten sowjetischen Territorium vertrieben. Aber er musste in seiner eigenen Höhle erledigt werden. Und die Rote Armee begann eine Befreiungsmision in Europa, rettete ganze Nationen vor Zerstörung und Versklavung, vor dem Schrecken des Holocaust. Gerettet mit dem

Preis von Hunderttausenden von Leben sowjetischer Soldaten.

Es ist auch wichtig, die enorme materielle Unterstützung nicht zu vergessen, die die UdSSR den befreiten Ländern bei der Beseitigung der Hungergefahr, bei der Wiederherstellung der Wirtschaft und der Infrastruktur geleistet hat. Sie tat dies zu einer Zeit, als tausende Kilometer von Brest nach Moskau und bis zur Wolga mit Asche bedeckt waren. So bat beispielsweise die österreichische Regierung im Mai 1945 die UdSSR um Unterstützung bei der Nahrungsmittelversorgung, da sie „nicht wusste, wie sie ihre Bevölkerung in den nächsten sieben Wochen bis zur neuen Ernte ernähren sollte“. Die Zustimmung der sowjetischen Führung, Lebensmittel an Österreich zu schicken, bezeichnete der Staatskanzler der Provisorischen Staatsregierung der Österreichischen Republik, K. Renner, als „ein Rettungsakt ...“, den „die Österreicher niemals vergessen werden“.

Die Alliierten gründeten gemeinsam das Internationale Militärgericht, das Kriegs- und politische Verbrechen Nazideutschlands bestrafen sollte. Seine Entscheidungen geben eine klare rechtliche Einschätzung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Völkermord, ethnische und religiöse Säuberungen, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Nürnberger Tribunal verurteilte direkt und eindeutig Nazi-Komplizen, Kollaborateure verschiedener Schattierungen.

Dieses beschämende Phänomen gab es in allen europäischen Ländern. Solche Figuren wie Pétain, Quisling, Wlasow, Bandera sowie ihre Handlanger und Anhänger sind Verräter und Henker, obwohl sie sich als Kämpfer für nationale Unabhängigkeit oder Freiheit vom Kommunismus verkleideten. In der Unmenschlichkeit übertrafen sie oft ihre Meister. In dem Versuch, sich die Gunst ihrer Anführer zu sichern, führten sie als Teil spezieller Strafgruppen die unmenschlichsten Aufgaben bereitwillig aus. Sie haben die Hinrichtung in Babi Jar, das Massaker von Wolhynien, das verbrannte Chatyn und die Vernichtung von Juden in Litauen und Lettland auf dem Gewissen.

Und heute bleibt unsere Position unverändert: Es kann für die kriminellen Taten von Nazi-Komplizen keine Rechtfertigung geben, diese haben keine Verjährungsfrist. Daher ist es verblüffend, wenn in einer Reihe von Ländern diejenigen, die sich durch die Zusammenarbeit mit den Nazis befleckt haben, plötzlich mit den Veteranen des Zweiten Weltkriegs gleichgesetzt werden. Ich halte es für unzulässig, Befreier und Besatzer gleichzusetzen. Und die Heroisierung der Nazi-Komplizen kann nur als Verrat am Gedenken an unsere Väter und Großväter angesehen werden. Der Verrat an jenen Idealen, die die Völker im Kampf gegen den Nationalsozialismus vereinten.

Damals standen die Führer der UdSSR, der USA und Großbritanniens vor einer historischen Aufgabe. Stalin, Roosevelt und Churchill vertraten Länder mit unterschiedlichen Ideologien, Bestrebungen, Interessen und Kulturen, zeigten jedoch großen politischen Willen, erhoben sich über die Widersprüche und Vorurteile und stellten die wahren Interessen der Welt in den Vordergrund. Infolgedessen konnten sie eine Einigung erzielen und eine Lösung finden, von der die gesamte Menschheit profitierte.

Die Siegermächte haben uns ein System hinterlassen, das zum Inbegriff der intellektuellen und politischen Suche mehrerer Jahrhunderte geworden ist. Eine Reihe von Konferenzen – die Konferenzen von Teheran, Jalta, San Francisco, Potsdam – legte den Grundstein dafür, dass die Welt trotz der akutesten Widersprüche seit 75 Jahren ohne globalen Krieg lebt.

Der historische Revisionismus, dessen Erscheinungen wir heute im Westen beobachten, und der vor allem das Thema des Zweiten Weltkrieges und dessen Ergebnisse betrifft, ist deshalb gefährlich, weil dadurch das Verständnis von den Grundsätzen einer friedlichen Entwicklung grob und zynisch verzerrt wird, die 1945 mit den Konferenzen von Jalta und San Francisco gestiftet wurden. Die wichtigste historische Errungenschaft von Jalta und weiteren Beschlüssen aus jener Zeit liegt in der Einigung auf einen Mechanismus, der es den führenden Mächten ermöglichen könnte, bei allen zwischen ihnen auftretenden Meinungsverschiedenheiten doch im durch die Diplomatie vorgegebenen Rahmen zu bleiben.

Das 20. Jahrhundert brachte totale und allumfassende globale Konflikte mit sich, und 1945 kamen auch Atomwaffen ins Spiel, die die Erde physisch zerstören können. Mit anderen Worten ist die gewaltsame Beilegung von Streitigkeiten äußerst gefährlich geworden. Und die Sieger des Zweiten Weltkriegs haben das begriffen. Sie verstanden und erkannten ihre eigene Verantwortung gegenüber der Menschheit.

Die traurige Erfahrung des Völkerbundes wurde im Jahr 1945 berücksichtigt. Die Struktur des UN-Sicherheitsrates wurde so gestaltet, um die Friedensgarantien möglichst konkret und effektiv zu machen. So entstand das Institut der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und damit das Veto als ihr Privileg und ihre Verantwortung.

Was ist das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat? Um es ganz klar auszudrücken, das ist die einzig vernünftige Alternative zu einem direkten Zusammenstoß der größten Länder. Das ist eine Erklärung einer der fünf Großmächte, dass die eine oder die Lösung für sie nicht akzeptabel ist, dass sie ihren Interessen und Vorstellungen über die richtige Vorgehensweise widerspricht. Und andere Länder, auch wenn sie damit nicht einverstanden sind, fassen diese Position als selbstverständlich auf und geben die Versuche auf, ihre einseitigen Bestrebungen zu verwirklichen. Das heißt, auf die eine oder andere Weise, aber es müssen Kompromisse gesucht werden.

Eine neue globale Konfrontation begann fast unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und war zeitweise sehr heftig. Und die Tatsache, dass sich der Kalte Krieg nicht zum Dritten Weltkrieg auswuchs, bestätigte die Wirksamkeit der von der Großen Troika geschlossenen Abkommen. Die bei der Gründung der Vereinten Nationen vereinbarten Verhaltensregeln machten es möglich, die Risiken weiter zu minimieren und die Konfrontation unter Kontrolle zu halten.

Natürlich sehen wir, dass das UN-System mit Spannung arbeitet und nicht mehr so effizient wie es das könnte. Die UNO erfüllt jedoch weiterhin ihre Kernfunktion. Die Prinzipien des UN-Sicherheitsrates sind ein einzigartiger Mechanismus zur Verhinderung eines großen Krieges oder eines globalen Konflikts.

Die Aufrufe, die in den letzten Jahren häufig zu hören sind, das Veto aufzuheben und den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates besondere Möglichkeiten zu entziehen, sind in Wirklichkeit unverantwortlich. Wenn dies geschehen würde, würden sich die Vereinten Nationen im Wesentlichen in ebenen Völkerbund verwandeln – ein Treffen für leere Gespräche, ohne Einflusshebel für die Weltprozesse. Wie das alles endete, ist ja bekannt. Deshalb machten sich die siegreichen Mächte mit äußerster Ernsthaftigkeit an die Bildung eines neuen Weltordnungssystems, um die Fehler ihrer Vorgänger nicht zu wiederholen.

Die Schaffung eines modernen Systems internationaler Beziehungen ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Selbst die unvereinbarsten Widersprüche – geopolitische, ideologische, wirtschaftliche – beeinträchtigen nicht die Suche nach Formen von friedlichem Zusammenleben und friedlicher Interaktion, wenn es den Wunsch und den Willen dafür gibt. Heute erlebt die Welt nicht die friedlichsten Zeiten. Alles ändert sich: vom globalen Gleichgewicht zwischen Macht und Einfluss bis zu den sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Grundlagen des Lebens von Gesellschaften, Staaten und ganzen Kontinenten. In den vergangenen Epochen gingen Verschiebungen dieser Größenordnung fast nie ohne große militärische Konflikte und ohne Machtkampf um den Aufbau einer neuen globalen Hierarchie vonstatten. Dank der Weisheit und Weitsicht der politischen Führer der alliierten Mächte konnte ein System geschaffen werden, das extreme Manifestationen dieser Rivalität verhindert, welche historisch der globalen Entwicklung innewohnt.

Unsere Pflicht – also die Pflicht derjenigen, die die politische Verantwortung übernehmen, insbesondere der Vertreter der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg – ist es, sicherzustellen, dass dieses System

erhalten bleibt und verbessert wird. Heute wie im Jahr 1945 ist es wichtig, politischen Willen zu zeigen und gemeinsam über die Zukunft zu diskutieren. Unsere Kollegen – die Herren Xi Jinping, Macron, Trump, Johnson – unterstützten die russische Initiative, ein Treffen der Führer der fünf Atommächte – der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – abzuhalten. Wir danken ihnen dafür und erwarten, dass ein solches persönliches Treffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt stattfinden kann.

Was könnte aus unserer Sicht auf der Agenda des anstehenden Gipfels stehen? Vor allem ist es nach unserer Meinung sinnvoll, über Maßnahmen zu sprechen, mit denen das Kollektive in den internationalen Angelegenheiten gestärkt werden kann, sich offen über den Friedenserhalt auszutauschen, über die Verbesserung der globalen und regionalen Sicherheit, die strategische Rüstungskontrolle, das gemeinsame Vorgehen gegen den Terrorismus, Extremismus, weitere drängende Herausforderungen und Bedrohungen.

Ein weiteres Thema, das auf der Tagesordnung des Treffens steht, ist die Situation in der Weltwirtschaft, vor allem die Überwindung der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Wirtschaftskrise. Unsere Länder ergreifen beispiellose Maßnahmen, um die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen und die Bürger zu unterstützen, die sich in einer schwierigen Situation wiederfinden. Wie schwerwiegend die Folgen der Pandemie sein werden, wie schnell die Weltwirtschaft aus der Rezession herauskommt, hängt von unserer Fähigkeit ab, als echte Partner zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus ist es unzulässig, die Wirtschaft zu einem Instrument des Drucks und der Konfrontation zu machen. Zu den aktuellsten Themen zählen der Umweltschutz und der Kampf gegen den Klimawandel sowie die Gewährleistung der Sicherheit des globalen Informationsraums.

Die von Russland vorgeschlagene Agenda des bevorstehenden „Fünfer-Gipfels“ ist sowohl für unsere Länder als auch für die ganze Welt äußerst wichtig und relevant. Und zu jedem Anhaltspunkt haben wir konkrete Ideen und Initiativen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Gipfel mit der Teilnahme Russlands, Chinas, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens eine wichtige Rolle bei der Suche nach gemeinsamen Antworten auf moderne Herausforderungen und Bedrohungen spielen und ein gemeinsames Engagement für den Geist des Bündnisses, die hohen humanistischen Ideale und Werte demonstrieren wird, für die unsere Väter und Großväter Schulter an Schulter gekämpft haben.

Auf der Grundlage unseres gemeinsamen historischen Gedächtnisses können und müssen wir uns gegenseitig vertrauen. Dies wird als solide Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen und konzertierte Maßnahmen zur Stärkung der Stabilität und Sicherheit auf dem Planeten sowie für den Wohlstand und das Wohlergehen aller Staaten dienen. Dies ist – ohne Übertreibung – unsere gemeinsame Pflicht und Verantwortung gegenüber der ganzen Welt, gegenüber den gegenwärtigen und den zukünftigen Generationen.





# Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern

von Wladimir Putin

veröffentlicht am 12. Juli 2021

Als ich kürzlich in Direct Line nach den russisch-ukrainischen Beziehungen gefragt wurde, sagte ich, dass Russen und Ukrainer ein Volk sind – ein einziges Ganzes. Diese Worte wurden nicht von kurzfristigen Erwägungen getrieben oder vom aktuellen politischen Kontext veranlasst. Es ist das, was ich bei zahlreichen Gelegenheiten gesagt habe und woran ich fest glaube. Ich halte es daher für notwendig, meine Position im Detail zu erläutern und meine Einschätzungen zur heutigen Situation mitzuteilen.

Zunächst möchte ich betonen, dass die Mauer, die in den letzten Jahren zwischen Russland und der Ukraine entstanden ist, zwischen den Teilen eines im Wesentlichen gleichen historischen und spirituellen Raums, meiner Meinung nach unser großes gemeinsames Unglück und unsere große Tragödie ist. Dies sind in erster Linie die Folgen unserer eigenen Fehler, die wir zu verschiedenen Zeiten gemacht haben. Aber sie sind auch das Ergebnis bewusster Bemühungen jener Kräfte, die schon immer versucht haben, unsere Einheit zu untergraben. Die Formel, die sie anwenden, ist seit jeher bekannt – Teile und herrsche. Hier gibt es nichts Neues. Daher die Versuche, mit der „nationalen Frage“ zu spielen und Zwietracht unter die Völker zu säen, wobei das übergeordnete Ziel darin besteht, die Teile eines einzigen Volkes zu spalten und dann gegeneinander auszuspielen.

Um die Gegenwart besser zu verstehen und in die Zukunft zu blicken, müssen wir uns der Geschichte zuwenden. Sicherlich ist es unmöglich, in diesem Artikel alle Entwicklungen zu behandeln, die in mehr als tausend Jahren stattgefunden haben. Aber ich werde mich auf die Schlüsselmomente konzentrieren, an die wir uns erinnern sollten, sowohl in Russland als auch in der Ukraine.

Russen, Ukrainer und Weißrussen sind alle Nachkommen der alten Rus, dem größten Staat Europas. Slawische und andere Stämme auf dem riesigen Territorium – von Ladoga, Nowgorod und Pskow bis nach Kiew und Tschernigow – waren durch eine Sprache (die wir heute als Altrussisch bezeichnen), wirtschaftliche Bindungen und die Herrschaft der Fürsten der Rurik-Dynastie miteinander verbunden, und – nach der Taufe von Rus – der orthodoxen Glaube. Die geistliche Wahl des hl. Wladimir, der sowohl Fürst von Nowgorod als auch Großfürst von Kiew war, bestimmt noch heute weitgehend unsere Zugehörigkeit.

Der Thron von Kiew hatte eine beherrschende Stellung in der alten Rus. Dies war seit dem späten 9. Jahrhundert Brauch. Die Geschichte vergangener Jahre hielt die Worte des Propheten Oleg über Kiew für die Nachwelt fest: „Lass es die Mutter aller russischen Städte sein.“

Später sah sich die alte Rus, wie andere europäische Staaten dieser Zeit, einem Niedergang der zentralen Herrschaft und Fragmentierung gegenüber. Gleichzeitig betrachteten sowohl der Adel als auch das einfache Volk die Rus als gemeinsames Territorium, als ihre Heimat.

Die Fragmentierung verschärfte sich nach der verheerenden Invasion von Batu Khan, die viele Städte verwüstete, darunter auch Kiew. Der nordöstliche Teil der Rus fiel unter die Kontrolle der Goldenen Horde, behielt aber eine begrenzte Souveränität. Die süd- und westrussischen Länder wurden größtenteils Teil des Großherzogtums Litauen, das – am bezeichnendsten – in historischen Aufzeichnungen als Großherzogtum Litauen und Russland bezeichnet wurde.

Mitglieder der Fürsten- und „Bojaren“-Clans wechselten den Dienst von einem Prinzen zum anderen, bekämpften sich, schlossen aber auch Freundschaften und Allianzen. Woiwode Bobrok von Wolyn und die Söhne des litauischen Großfürsten Algirdas – Andrej von Polozk und Dmitri von Brjansk – kämpften neben Großfürst Dmitri Iwanowitsch von Moskau auf dem Feld von Kulikovo. Zur gleichen Zeit führte der litauische Großherzog Jogaila – Sohn der Prinzessin von Twer – seine Truppen zu Mamai. Dies sind alles Seiten unserer gemeinsamen Geschichte, die ihre komplexe und multidimensionale Natur widerspiegeln.

Am wichtigsten ist, dass die Menschen in den westlichen und östlichen russischen Ländern dieselbe Sprache sprachen. Ihr Glaube war orthodox. Bis Mitte des 15. Jahrhunderts blieb die einheitliche Kirchenregierung in Kraft.

In einer neuen Phase der historischen Entwicklung hätten sowohl die Litauische Rus als auch die Moskauer Rus zu Anziehungs- und Konsolidierungspunkten der Gebiete der alten Rus werden können. Zufällig wurde Moskau zum Zentrum der Wiedervereinigung und setzte die Tradition der alten russischen Staatlichkeit fort. Die Moskauer Fürsten – die Nachkommen von Fürst Alexander Newski – warfen das fremde Joch ab und begannen, die russischen Ländereien zu sammeln.

Im Großherzogtum Litauen entfalteten sich andere Prozesse. Im 14. Jahrhundert konvertierte Litauens herrschende Elite zum Katholizismus. Im 16. Jahrhundert unterzeichnete es die Union von Lublin mit dem Königreich Polen, um das polnisch-litauische Herzogtum zu bilden. Der polnische katholische Adel erhielt auf dem Gebiet der Rus beträchtlichen Landbesitz und Privilegien. In Übereinstimmung mit der Union von Brest von 1596 unterwarf sich ein Teil des westlichen russisch-orthodoxen Klerus der Autorität des Papstes. Der Prozess der Polonisierung und Latinisierung begann und verdrängte die Orthodoxie.

Infolgedessen erstarkte im 16.–17. Jahrhundert die Befreiungsbewegung der orthodoxen Bevölkerung im Dnjepr-Gebiet. Die Ereignisse während der Zeit von Hetman Bohdan Khmelnytsky wurden zu einem Wendepunkt. Seine Anhänger kämpften um Autonomie vom polnisch-litauischen Herzogtum.

In ihrem Appell von 1649 an den König des polnisch-litauischen Herzogtum forderten die Saporosher Krieger, dass die Rechte der russisch-orthodoxen Bevölkerung respektiert werden, dass der Woiwode von Kiew russisch und griechischen Glaubens ist und dass die Verfolgung der Kirchen Gottes gestoppt wird. Aber die Kosaken wurden nicht gehört.

Bohdan Khmelnytsky richtete daraufhin Appelle an Moskau, die vom Zemsky Sobor geprüft wurden. Am 1. Oktober 1653 beschlossen die Mitglieder der obersten Vertretung des russischen Staates, ihre Glaubensbrüder zu unterstützen und unter ihre Schirmherrschaft zu nehmen. Im Januar 1654 bestätigte der Rat von Perejaslaw diese Entscheidung. Anschließend besuchten die Botschafter von Bohdan Khmelnytsky und Moskau Dutzende von Städten, darunter Kiew, dessen Bevölkerung dem russischen Zaren die Treue schwor. Nichts dergleichen geschah übrigens beim Abschluss der Union von Lublin.

In einem Brief an Moskau im Jahr 1654 dankte Bohdan Khmelnytsky Zar Aleksey Mikhaylovich dafür, dass er „das gesamte Saporischscher Heer und die gesamte russisch-orthodoxe Welt unter die starke und hohe Hand des Zaren“ genommen hatte. Das bedeutet, dass sich die Kosaken in ihren Appellen sowohl an den polnischen König als auch an den russischen Zaren als russisch-orthodoxes Volk bezeichneten und definierten.

Im Laufe des langwierigen Krieges zwischen dem russischen Staat und dem polnisch-litauischen Herzogtum würden sich einige der Hetmans, Nachfolger von Bohdan Chmelnyzkyj, von Moskau „lösen“ oder Schweden, Polen oder die Türkei um Unterstützung bitten. Aber noch einmal, für die Menschen war das ein Befreiungskrieg. Es endete 1667 mit dem Waffenstillstand von Andrusovo. Das endgültig-

tige Ergebnis wurde 1686 durch den Vertrag über den ewigen Frieden besiegelt. Der russische Staat gliederte die Stadt Kiew und die Ländereien am linken Ufer des Dnjepr ein, einschließlich der Region Poltawa und der Region Tschernigow, und Zaporozhye. Ihre Bewohner wurden mit dem Hauptteil des russisch-orthodoxen Volkes wiedervereinigt. Diese Gebiete wurden als „Maiorossia“ (Kleinrussland) bezeichnet.

Der Name „Ukraine“ wurde häufiger in der Bedeutung des altrussischen Wortes „okraina“ (Peripherie) verwendet, das sich in schriftlichen Quellen aus dem 12. Jahrhundert findet und sich auf verschiedene Grenzgebiete bezieht. Und das Wort „ukrainisch“, nach Archivadokumenten zu urteilen, bezog sich ursprünglich auf Grenzwächter, die die Außengrenzen schützten.

Am rechten Ufer, das unter dem polnisch-litauischen Herzogtum verblieb, wurden die alten Ordnungen wiederhergestellt und die soziale und religiöse Unterdrückung verschärft. Im Gegenteil, die Ländereien am linken Ufer, die unter den Schutz des einheitlichen Staates gestellt wurden, erlebten eine schnelle Entwicklung. Menschen vom anderen Ufer des Dnjepr zogen massenhaft hierher. Sie suchten Unterstützung bei Menschen, die dieselbe Sprache sprachen und denselben Glauben hatten.

Während des Großen Nordischen Krieges mit Schweden standen die Menschen in Kleinrussland nicht vor der Wahl, für wen sie sich einsetzen wollten. Nur ein kleiner Teil der Kosaken unterstützte Mazepas Rebellion. Menschen aller Orden und Grade betrachteten sich als Russen und Orthodoxe.

Hochrangige Kosakenoffiziere, die dem Adel angehörten, erreichten in Russland die Höhe der politischen, diplomatischen und militärischen Karrieren. Absolventen der Kiew-Mohyla-Akademie spielten eine führende Rolle im kirchlichen Leben. So war es auch während des Hetmanats – einer im Wesentlichen autonomen Staatsformation mit besonderer innerer Struktur – und später im Russischen Reich. Kleinrussen halfen in vielerlei Hinsicht beim Aufbau eines großen gemeinsamen Landes – seiner Staatlichkeit, Kultur und Wissenschaft. Sie beteiligten sich an der Erforschung und Entwicklung des Urals, Sibiriens, des Kaukasus und des Fernen Ostens. Übrigens bekleideten die Ureinwohner der Ukraine während der Sowjetzeit wichtige, einschließlich der höchsten Posten in der Führung des einheitlichen Staates. Es genügt zu sagen, dass Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew, deren Parteibiographie am engsten mit der Ukraine verbunden war, fast 30 Jahre lang die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) geführt haben.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, nach den Kriegen mit dem Osmanischen Reich, gliederte Russland die Krim und die Länder der Schwarzmeerregion ein, die als Noworossija bekannt wurden. Sie wurden von Menschen aus allen russischen Provinzen bevölkert. Nach den Teilungen des polnisch-litauischen Herzogtum erlangte das Russische Reich die westlichen altrussischen Länder zurück, mit Ausnahme von Galizien und Transkarpatien, die Teil des österreichischen – und später österreichisch-ungarischen – Reiches wurden.

Die Eingliederung der westrussischen Länder in den einheitlichen Staat war nicht nur das Ergebnis politischer und diplomatischer Entscheidungen. Dahinter standen der gemeinsame Glaube, gemeinsame kulturelle Traditionen und – ich möchte es noch einmal betonen – die sprachliche Ähnlichkeit. So teilte einer der Hierarchen der unierten Kirche, Joseph Rutsky, bereits zu Beginn des 17. und Unterschiede in der Umgangssprache waren unbedeutend. Er zog eine Analogie zu den Einwohnern von Rom und Bergamo. Dies sind, wie wir wissen, das Zentrum und der Norden des modernen Italiens.

Viele Jahrhunderte der Zersplitterung und des Zusammenlebens in verschiedenen Staaten brachten naturgemäß regionale sprachliche Eigenheiten mit sich, die zur Entstehung von Dialekten führten. Die Umgangssprache bereicherte die Literatursprache. Ivan Kotlyarevsky, Grigory Skovoroda und Taras Shevchenko spielten hier eine große Rolle. Ihre Werke sind unser gemeinsames literarisches und kulturelles Erbe. Taras Shevchenko schrieb Gedichte in ukrainischer Sprache und Prosa hauptsächlich in

russischer Sprache. Die Bücher von Nikolai Gogol, einem russischen Patrioten und gebürtigen Poltawtschyna, sind in russischer Sprache verfasst und strotzen vor kleinrussischen Volkssprüchen und Motiven. Wie kann dieses Erbe zwischen Russland und der Ukraine aufgeteilt werden? Und warum tun?

Die südwestlichen Länder des Russischen Reiches, Kleinrusland und Neurusland sowie die Krim entwickelten sich als ethnisch und religiös vielfältige Einheiten. Hier lebten Krimtataren, Armenier, Griechen, Juden, Karaiten, Krymtschaken, Bulgaren, Polen, Serben, Deutsche und andere Völker. Sie alle bewahrten ihren Glauben, ihre Traditionen und Bräuche.

Ich werde nichts idealisieren. Wir wissen, dass es das Valuev Circular von 1863 und dann das Ems Ukaz von 1876 gab, die die Veröffentlichung und den Import religiöser und gesellschaftspolitischer Literatur in ukrainischer Sprache einschränkten. Aber es ist wichtig, den historischen Kontext im Auge zu behalten. Diese Entscheidungen wurden vor dem Hintergrund dramatischer Ereignisse in Polen und dem Wunsch der Führer der polnischen Nationalbewegung getroffen, die „ukrainische Frage“ zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Ich sollte hinzufügen, dass weiterhin Belletristik, Bücher mit ukrainischer Poesie und Volkslieder veröffentlicht wurden. Es gibt objektive Beweise dafür, dass das Russische Reich einen aktiven Prozess der Entwicklung der kleinrussischen kulturellen Identität innerhalb der größeren russischen Nation erlebte, die die Großrussen, die Kleinrussen und die Weißrussen vereinte.

Zur gleichen Zeit begann sich die Idee des ukrainischen Volkes als einer von den Russen getrennten Nation zu bilden und unter der polnischen Elite und einem Teil der kleinrussischen Intelligenzia an Boden zu gewinnen. Da es keine historische Grundlage gab – und auch nicht geben konnte – wurden Schlussfolgerungen durch allerlei Erfindungen untermauert, die so weit gingen, zu behaupten, dass die Ukrainer die wahren Slawen seien und die Russen, die Moskowiter, nicht. Solche „Hypothesen“ wurden zunehmend für politische Zwecke als Instrument der Rivalität zwischen europäischen Staaten eingesetzt.

Seit dem späten 19. Jahrhundert hatten sich die österreichisch-ungarischen Behörden an dieses Narrativ gehalten und es als Gegengewicht zur polnischen Nationalbewegung und pro-moskowitzischen Stimmungen in Galizien benutzt. Während des Ersten Weltkriegs spielte Wien eine Rolle bei der Bildung der sogenannten Legion ukrainischer Sitscher Schützen<sup>18</sup>. Galizier, die der Sympathie mit dem orthodoxen Christentum und Russland verdächtigt wurden, wurden brutal unterdrückt und in die Konzentrationslager Thalerhof und Terezin geworfen.

Weitere Entwicklungen hatten mit dem Zusammenbruch europäischer Imperien, dem erbitterten Bürgerkrieg, der auf dem riesigen Territorium des ehemaligen Russischen Reiches ausbrach, und ausländischen Interventionen zu tun.

Nach der Februarrevolution wurde im März 1917 in Kiew die Zentralrada gegründet, die zum Organ der obersten Macht werden sollte. Im November 1917 erklärte sie in ihrem Dritten Universal die Gründung der Ukrainischen Volksrepublik (UPR) als Teil Russlands.

Im Dezember 1917 trafen UPR-Vertreter in Brest-Litowsk ein, wo Sowjetrussland mit Deutschland und seinen Verbündeten verhandelte. Bei einem Treffen am 10. Januar 1918 verlas der Leiter der ukrainischen Delegation eine Notiz, in der die Unabhängigkeit der Ukraine verkündet wurde. Anschließend erklärte die Zentralrada die Ukraine in ihrem Vierten Universal für unabhängig.

Die erklärte Souveränität hielt nicht lange an. Nur wenige Wochen später unterzeichneten Rada-Abgeordnete einen separaten Vertrag mit den deutschen Blockstaaten. Deutschland und Österreich-Ungarn befanden sich damals in einer Notlage und brauchten ukrainisches Brot und Rohstoffe. Um

---

<sup>18</sup>Der Name geht zurück auf die Sitsch, den Namen des befestigten Lagers der Saporoger Kosaken.

die Versorgung in großem Umfang sicherzustellen, holten sie die Zustimmung zur Entsendung ihrer Truppen und ihres technischen Personals zur UPR ein. Tatsächlich wurde dies als Vorwand für die Besetzung benutzt.

Für diejenigen, die heute die volle Kontrolle über die Ukraine an externe Kräfte abgegeben haben, wäre es aufschlussreich, sich daran zu erinnern, dass sich eine solche Entscheidung im Jahr 1918 für das herrschende Regime in Kiew als fatal herausstellte. Unter direkter Beteiligung der Besatzungsmächte wurde die Zentralrada gestürzt und Hetman Pawlo Skoropadskyi an die Macht gebracht, der anstelle der UPR den ukrainischen Staat ausrief, der im Wesentlichen unter deutschem Protektorat stand.

Im November 1918 – nach den revolutionären Ereignissen in Deutschland und Österreich-Ungarn – schlug Pawlo Skoropadskyi, der die Unterstützung der deutschen Bajonette verloren hatte, einen anderen Kurs ein und erklärte: „Die Ukraine soll die Führung bei der Bildung einer Allrussischen Föderation übernehmen“. Das Regime wurde jedoch bald wieder geändert. Es war nun die Zeit der sogenannten Direktion.

Im Herbst 1918 riefen ukrainische Nationalisten die Westukrainische Volksrepublik (WUPR) aus und verkündeten im Januar 1919 deren Vereinigung mit der Ukrainischen Volksrepublik. Im Juli 1919 wurden die ukrainischen Streitkräfte von polnischen Truppen niedergeschlagen und das Gebiet der ehemaligen WUPR kam unter polnische Herrschaft.

Im April 1920 schloss Symon Petliura (dargestellt als einer der „Helden“ in der heutigen Ukraine) geheime Konventionen im Auftrag des UPR-Direktoriums und übergab – im Austausch für militärische Unterstützung – galizische und westliche Wolhynien-Ländereien an Polen. Im Mai 1920 marschierten Petliuriten in einem Konvoi polnischer Militäreinheiten in Kiew ein. Aber nicht lange. Bereits im November 1920, nach einem Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjetrußland, ergaben sich die Überreste von Petliuras Streitkräften denselben Polen.

Das Beispiel der UPR zeigt, dass verschiedene Arten von Quasi-Staatsformationen, die während des Bürgerkriegs und der Turbulenzen im ehemaligen Russischen Reich entstanden, von Natur aus instabil waren. Nationalisten versuchten, ihre eigenen unabhängigen Staaten zu schaffen, während die Führer der Weißen Bewegung ein unteilbares Russland befürworteten. Auch viele der von den Anhängern der Bolschewiki gegründeten Republiken sahen sich nicht außerhalb Russlands. Trotzdem vertrieben die Führer der bolschewistischen Partei sie manchmal aus verschiedenen Gründen im Grunde aus Sowjetrußland.

So wurde Anfang 1918 die Sowjetrepublik Donezk-Kriwoj Rog ausgerufen und Moskau gebeten, sie in Sowjetrußland einzugliedern. Dies wurde mit einer Absage beantwortet. Während eines Treffens mit den Führern der Republik bestand Wladimir Lenin darauf, dass sie als Teil der Sowjetukraine handeln. Am 15. März 1918 ordnete das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) direkt an, Delegierte zum Ukrainischen Sowjetkongress zu entsenden, auch aus dem Donezker Becken, und dass auf dem Kongress „eine Regierung für die gesamte Ukraine“ gebildet werden sollte. Die Gebiete der Sowjetrepublik Donezk-Kriwoj Rog bildeten später die meisten Regionen der Südostukraine.

Gemäß dem Vertrag von Riga von 1921, der zwischen der Russischen SFSR, der Ukrainischen SSR und Polen geschlossen wurde, wurden die westlichen Länder des ehemaligen Russischen Reiches an Polen abgetreten. In der Zwischenkriegszeit verfolgte die polnische Regierung eine aktive Umsiedlungspolitik und versuchte, die ethnische Zusammensetzung der östlichen Grenzgebiete – die polnische Bezeichnung für die heutige Westukraine, Westweißrußland und Teile Litauens – zu ändern. Die Gebiete wurden einer harten Polonisierung ausgesetzt, lokale Kultur und Traditionen unterdrückt. Später, während des Zweiten Weltkriegs, benutzten radikale Gruppen ukrainischer Nationalisten dies als Vorwand für Terror nicht nur gegen die polnische, sondern auch gegen die jüdische und russische

## Bevölkerung.

Als 1922 die UdSSR gegründet wurde und die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik einer ihrer Gründer wurde, führte eine ziemlich heftige Debatte unter den bolschewistischen Führern zur Umsetzung von Lenins Plan, einen Unionsstaat als Föderation gleichberechtigter Republiken zu gründen. Das Recht der Republiken auf freien Austritt aus der Union wurde in den Text der Erklärung zur Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und später in die Verfassung der UdSSR von 1924 aufgenommen. Damit haben die Autoren in das Fundament unserer Staatlichkeit die gefährlichste Zeitbombe gelegt, die in dem Moment explodierte, als der Sicherheitsmechanismus der führenden Rolle der KPdSU weg war und die Partei selbst von innen zusammenbrach. Es folgte eine „Parade der Souveränitäten“. Am 8. Dezember 1991 wurde das sogenannte Belovezh-Abkommen über die Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten unterzeichnet, in dem es heißt, dass „die UdSSR als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität nicht mehr existiert“. Übrigens hat die Ukraine die 1993 verabschiedete GUS-Charta nie unterzeichnet oder ratifiziert.

In den 1920er und 1930er Jahren förderten die Bolschewiki aktiv die „Lokalisierungspolitik“, die in der Ukrainischen SSR die Form der Ukrainisierung annahm. Symbolisch wurde im Rahmen dieser Politik und mit Zustimmung der sowjetischen Behörden Mikhaïl Grushevskiy, ehemaliger Vorsitzender der Zentralrada, einer der Ideologen des ukrainischen Nationalismus, der eine gewisse Zeit von Österreich-Ungarn unterstützt worden war, zurückgebracht der UdSSR und wurde zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt.

Die Lokalisierungspolitik spielte zweifellos eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Festigung der ukrainischen Kultur, Sprache und Identität. Gleichzeitig wurde unter dem Deckmantel der Bekämpfung des sogenannten russischen Großmachtchauvinismus die Ukrainisierung oft denen aufgezwungen, die sich nicht als Ukrainer sahen. Diese sowjetische Nationalpolitik sicherte auf staatlicher Ebene die Versorgung mit drei getrennten slawischen Völkern: Russen, Ukrainern und Weißrussen, anstatt der großen russischen Nation ein dreieiniges Volk, bestehend aus Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen.

1939 eroberte die UdSSR die zuvor von Polen besetzten Gebiete zurück. Ein Großteil davon wurde Teil der Sowjetukraine. 1940 wurden der Ukrainischen SSR ein Teil des seit 1918 von Rumänien besetzten Bessarabien sowie die Nordbukowina einverleibt. 1948 wurde die Zmeyiniy-Insel (Schlangensinsel) im Schwarzen Meer Teil der Ukraine. 1954 wurde das Krimgebiet der RSFSR unter grober Verletzung der damals geltenden Rechtsnormen an die Ukrainische SSR übergeben.

Ich möchte auf das Schicksal der Karpatenruthenien eingehen, die nach dem Zerfall Österreich-Ungarns Teil der Tschechoslowakei wurden. Rusins machten einen beträchtlichen Anteil der lokalen Bevölkerung aus. Während dies kaum mehr erwähnt wird, stimmte nach der Befreiung Transkarpatiens durch sowjetische Truppen der Kongress der orthodoxen Bevölkerung der Region für die Aufnahme Karpatenrutheniens in die RSFSR oder als eigenständige Karpatenrepublik in die eigentliche UdSSR. Doch die Wahl der Menschen wurde ignoriert. Im Sommer 1945 wurde der historische Akt der Wiedervereinigung der Karpaten-Ukraine „mit ihrem alten Mutterland, der Ukraine“ – wie es die Zeitung „Prawda“ ausdrückte – angekündigt.

Daher ist die moderne Ukraine vollständig das Produkt der Sowjetzeit. Wir wissen und erinnern uns gut, dass es – zu einem bedeutenden Teil – in den Ländern des historischen Russlands geformt wurde. Um sich dessen zu vergewissern, genügt ein Blick auf die Grenzen der Länder, die im 17. Jahrhundert mit dem russischen Staat wiedervereinigt wurden, und auf das Territorium der Ukrainischen SSR, als sie die Sowjetunion verließ.

Die Bolschewiki behandelten das russische Volk als unerschöpfliches Material für ihre sozialen Expe-

rimente. Sie träumten von einer Weltrevolution, die die Nationalstaaten auslöschen würde. Deshalb waren sie so großzügig, Grenzen zu ziehen und territoriale Geschenke zu machen. Es ist nicht mehr wichtig, was genau die Idee der bolschewistischen Führer war, die das Land in Stücke hackten. Wir können über kleinere Details, Hintergründe und Logiken hinter bestimmten Entscheidungen unterschiedlicher Meinung sein. Eine Tatsache ist glasklar: Russland wurde tatsächlich ausgeraubt.

Bei der Arbeit an diesem Artikel habe ich mich auf Open-Source-Dokumente verlassen, die bekannte Fakten enthalten, und nicht auf geheime Aufzeichnungen. Die Führer der modernen Ukraine und ihre externen „Gönner“ ziehen es vor, diese Tatsachen zu übersehen. Sie lassen jedoch keine Gelegenheit aus, sowohl im Inland als auch im Ausland „die Verbrechen des Sowjetregimes“ zu verurteilen und unter ihnen Ereignisse aufzuzählen, mit denen weder die KPdSU noch die UdSSR, geschweige denn das moderne Russland, etwas zu tun haben. Gleichzeitig werden die Bemühungen der Bolschewiki, ihre historischen Gebiete von Russland loszulösen, nicht als Verbrechen angesehen. Und wir wissen warum: Wenn sie die Schwächung Russlands herbeigeführt haben, sind unsere bösen Wünsche damit zufrieden.

Natürlich wurden innerhalb der UdSSR Grenzen zwischen Republiken nie als Staatsgrenzen angesehen; sie waren nominell innerhalb eines einzigen Landes, das zwar alle Attribute einer Föderation aufwies, aber stark zentralisiert war – was wiederum durch die führende Rolle der KPdSU sichergestellt wurde. Aber 1991 fanden sich all diese Gebiete und, was noch wichtiger ist, Menschen über Nacht im Ausland wieder, dieses Mal tatsächlich von ihrem historischen Mutterland weggebracht.

Was kann man dazu sagen? Die Dinge ändern sich: Länder und Gemeinschaften sind keine Ausnahme. Natürlich kann sich ein Teil eines Volkes im Verlauf seiner Entwicklung, beeinflusst durch eine Reihe von Gründen und historischen Umständen, zu einem bestimmten Zeitpunkt als eigenständige Nation bewusst werden. Wie sollen wir das behandeln? Darauf gibt es nur eine Antwort: mit Respekt!

Du willst einen eigenen Staat gründen: Du bist willkommen! Aber was sind die Bedingungen? Ich erinnere an die Einschätzung einer der prominentesten politischen Persönlichkeiten des neuen Russlands, des ersten Bürgermeisters von Sankt Petersburg, Anatoly Sobchak. Als Rechtsexperte, der glaubte, dass jede Entscheidung legitim sein muss, teilte er 1992 die folgende Meinung: Die Republiken, die die Union gegründet haben, müssen nach der Kündigung des Unionsvertrags von 1922 zu den Grenzen zurückkehren, die sie vor dem Beitritt zum Sowjet hatten Union. Alle anderen Gebietserwerbe sind Gegenstand von Diskussionen und Verhandlungen, da der Grund widerrufen wurde.

Mit anderen Worten: Wenn Sie gehen, nehmen Sie mit, was Sie mitgebracht haben. Diese Logik ist schwer zu widerlegen. Ich möchte nur sagen, dass die Bolschewiki bereits vor der Sowjetunion damit begonnen hatten, Grenzen neu zu gestalten, indem sie Gebiete nach ihren Wünschen manipulierten, ohne die Ansichten der Menschen zu berücksichtigen.

Die Russische Föderation hat die neuen geopolitischen Realitäten erkannt: und nicht nur erkannt, sondern tatsächlich viel für die Etablierung der Ukraine als unabhängiges Land getan. Während der schwierigen 1990er Jahre und im neuen Jahrtausend haben wir der Ukraine beträchtliche Unterstützung zukommen lassen. Was auch immer die „politische Arithmetik“ des eigenen Kiews anwenden mag, die Haushaltseinsparungen der Ukraine beliefen sich zwischen 1991 und 2013 auf mehr als 82 Milliarden US-Dollar, während sie heute lediglich 1,5 Milliarden US-Dollar an russischen Zahlungen für den Gastransit nach Europa einbehalten. Wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern aufrechterhalten worden wären, würde die Ukraine in den Genuss von Dutzenden Milliarden Dollar kommen.

Die Ukraine und Russland haben sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte als ein einziges Wirtschaftssystem entwickelt. Die intensive Zusammenarbeit, die wir vor 30 Jahren hatten, ist ein Beispiel, zu dem die Europäische Union aufschauen kann. Wir sind natürliche komplementäre Wirtschaftspartner. Eine solch enge Beziehung kann Wettbewerbsvorteile stärken und das Potenzial beider Länder steigern.

Die Ukraine verfügte früher über ein großes Potenzial, das eine leistungsstarke Infrastruktur, ein Gastransportsystem, fortschrittliche Schiffbau-, Luftfahrt-, Raketen- und Instrumentenbauindustrie sowie erstklassige Wissenschafts-, Design- und Ingenieurschulen umfasste. Mit der Übernahme dieses Erbes und der Unabhängigkeitserklärung versprachen die ukrainischen Führer, dass die ukrainische Wirtschaft eine der führenden sein und der Lebensstandard zu den besten in Europa gehören würde.

Heute gehen Hightech-Industriegiganten, die einst der Stolz der Ukraine und der gesamten Union waren, unter. Die Engineering-Leistung ist in zehn Jahren um 42 Prozent zurückgegangen. Das Ausmaß der Deindustrialisierung und der gesamtwirtschaftlichen Verschlechterung zeigt sich in der Stromerzeugung der Ukraine, die in 30 Jahren fast zweimal zurückgegangen ist. Schließlich lag laut IWF-Berichten im Jahr 2019, bevor die Coronavirus-Pandemie ausbrach, das Pro-Kopf-BIP der Ukraine unter 4.000 USD. Das ist weniger als in der Republik Albanien, der Republik Moldau oder dem nicht anerkannten Kosovo. Heute ist die Ukraine das ärmste Land Europas.

Wer ist daran schuld? Ist das ukrainische Volk schuld? Sicherlich nicht. Es waren die ukrainischen Behörden, die die Errungenschaften vieler Generationen verschwendet und vergeudet haben. Wir wissen, wie fleißig und talentiert die Menschen in der Ukraine sind. Mit Ausdauer und Entschlossenheit können sie Erfolge und hervorragende Ergebnisse erzielen. Und diese Qualitäten sowie ihre Offenheit, ihr angeborener Optimismus und ihre Gastfreundschaft sind nicht verschwunden. Die Gefühle von Millionen von Menschen, die Russland nicht nur gut, sondern mit großer Zuneigung behandeln, so wie wir der Ukraine gegenüber, bleiben dieselben.

Bis 2014 zielten Hunderte von Vereinbarungen und gemeinsamen Projekten darauf ab, unsere Volkswirtschaften, geschäftlichen und kulturellen Beziehungen zu entwickeln, die Sicherheit zu stärken und gemeinsame soziale und ökologische Probleme zu lösen. Sie brachten den Menschen greifbare Vorteile – sowohl in Russland als auch in der Ukraine. Das hielten wir für das Wichtigste. Und deshalb hatten wir eine fruchtbare Interaktion mit allen, ich betone, mit allen Führern der Ukraine.

Auch nach den Ereignissen in Kiew im Jahr 2014 habe ich die russische Regierung beauftragt, Optionen für die Erhaltung und Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen in den zuständigen Ministerien und Behörden auszuarbeiten. Allerdings gab und gibt es noch immer keinen gemeinsamen Willen, das Gleiche zu tun. Trotzdem ist Russland immer noch einer der drei wichtigsten Handelspartner der Ukraine, und Hunderttausende von Ukrainern kommen zu uns, um zu arbeiten, und sie finden eine willkommene Aufnahme und Unterstützung. Das ist also der „Aggressor-Staat“.

Als die UdSSR zusammenbrach, glaubten und gingen viele Menschen in Russland und der Ukraine aufrichtig davon aus, dass unsere engen kulturellen, spirituellen und wirtschaftlichen Bindungen sicherlich Bestand haben würden, ebenso wie die Gemeinsamkeit unseres Volkes, das im Kern immer ein Gefühl der Einheit hatte. Die Ereignisse begannen sich jedoch – zunächst allmählich und dann schneller – in eine andere Richtung zu bewegen.

Im Wesentlichen entschieden sich die herrschenden Kreise der Ukraine jedoch, die Unabhängigkeit ihres Landes mit der Leugnung seiner Vergangenheit zu rechtfertigen, abgesehen von Grenzfragen. Sie begannen, die Geschichte zu mythologisieren und neu zu schreiben, alles herauszuschneiden, was uns verband, und verwiesen auf die Zeit, als die Ukraine Teil des Russischen Reiches und der Sowjetunion als Besatzung war. Die gemeinsame Tragödie der Kollektivierung und des Hungers der frühen 1930er Jahre wurde als Völkermord am ukrainischen Volk dargestellt.

Radikale und Neonazis äußerten sich offen und immer unverschämter über ihre Ambitionen. Sie wurden sowohl von den offiziellen Behörden als auch von lokalen Oligarchen verwöhnt, die die Menschen in der Ukraine beraubten und ihr gestohlenen Geld in westlichen Banken aufbewahrten, bereit,



ihr Mutterland zu verkaufen, um ihr Kapital zu erhalten. Hinzu kommen die anhaltende Schwäche staatlicher Institutionen und die Position einer willigen Geisel des geopolitischen Willens anderer.

Ich erinnere mich daran, dass die USA und die EU-Länder vor langer Zeit, lange vor 2014, die Ukraine systematisch und konsequent dazu gedrängt haben, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland einzuschränken und einzuschränken. Als größter Handels- und Wirtschaftspartner der Ukraine schlugen wir vor, die entstehenden Probleme im Format Ukraine-Russland-EU zu erörtern. Aber jedes Mal wurde uns gesagt, dass Russland nichts damit zu tun habe und dass die Angelegenheit nur die EU und die Ukraine betreffe. De facto lehnten westliche Länder Russlands wiederholte Aufrufe zum Dialog ab.

Schritt für Schritt wurde die Ukraine in ein gefährliches geopolitisches Spiel hineingezogen, das darauf abzielte, die Ukraine in eine Barriere zwischen Europa und Russland zu verwandeln, ein Sprungbrett gegen Russland. Es kam zwangsläufig eine Zeit, in der das Konzept „Ukraine ist nicht Russland“ keine Option mehr war. Es war ein „Anti-Russland“-Konzept notwendig, das wir niemals akzeptieren werden.

Die Eigentümer dieses Projekts nahmen als Grundlage die alten Grundlagen der polnisch-österreichischen Ideologen, um ein „Anti-Moskau-Russland“ zu schaffen. Und es besteht keine Notwendigkeit, irgendjemanden darüber zu täuschen, dass dies im Interesse der Menschen in der Ukraine geschieht. Das polnisch-litauische Herzogtum brauchte nie die ukrainische Kultur, geschweige denn die Autonomie der Kosaken. In Österreich-Ungarn wurden historische russische Länder gnadenlos ausgebeutet und blieben die ärmsten. Die Nazis, unterstützt von Kollaborateuren der OUN-UPA, brauchten die Ukraine nicht, aber einen Lebensraum und Sklaven für arische Oberherren.

Auch an die Interessen des ukrainischen Volkes wurde im Februar 2014 nicht gedacht. Die berechtigte öffentliche Unzufriedenheit, verursacht durch akute sozioökonomische Probleme, Fehler und inkonsequentes Handeln der damaligen Behörden, wurde einfach zynisch ausgenutzt. Westliche Länder haben sich direkt in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt und den Putsch unterstützt. Radikale nationalistische Gruppen dienten als Rammbock. Ihre Parolen, ihre Ideologie und ihre unverhohlenen aggressive Russophobie sind weitgehend zu bestimmenden Elementen der staatlichen Politik in der Ukraine geworden.

Alles, was uns bisher vereint und zusammengebracht hat, wurde angegriffen. Allen voran die russische Sprache. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die neuen „Maidan“-Behörden zunächst versuchten, das Gesetz über die staatliche Sprachenpolitik aufzuheben. Dann gab es das Gesetz zur „Reinigung der Macht“, das Bildungsgesetz, das die russische Sprache praktisch aus dem Bildungsprozess ausschloss.

Schließlich hat der derzeitige Präsident der Rada bereits im Mai dieses Jahres einen Gesetzentwurf zu „indigenen Völkern“ vorgelegt. Als Indigene werden nur diejenigen anerkannt, die eine ethnische Minderheit darstellen und keine eigene staatliche Einheit außerhalb der Ukraine haben. Das Gesetz ist verabschiedet. Neue Samen der Zwietracht wurden gesät. Und dies geschieht in einem Land, das, wie ich bereits erwähnt habe, sehr komplex in Bezug auf seine territoriale, nationale und sprachliche Zusammensetzung und seine Entstehungsgeschichte ist.

Es mag ein Argument geben: Wenn Sie von einer einzigen großen Nation sprechen, einer dreieinigen Nation, welchen Unterschied macht es dann, für wen sich die Menschen halten – Russen, Ukrainer oder Weißrussen? Dem stimme ich vollkommen zu. Zumindest die Bestimmung der Staatsangehörigkeit, insbesondere in gemischten Familien, das Recht jedes Einzelnen ist, seine eigene Wahl zu treffen.

Aber Tatsache ist, dass die Situation in der Ukraine heute eine völlig andere ist, weil es um einen erzwungenen Identitätswechsel geht. Und das Verabscheuungswürdigste ist, dass die Russen in der Ukraine gezwungen werden, nicht nur ihre Wurzeln, Generationen ihrer Vorfahren zu leugnen, sondern auch zu glauben, dass Russland ihr Feind ist. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass der Weg der

Zwangsassimilation, die Bildung eines ethnisch reinen ukrainischen Staates, der gegenüber Russland aggressiv ist, in seinen Folgen mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns vergleichbar ist. Als Ergebnis einer solch harten und künstlichen Teilung von Russen und Ukrainern kann das russische Volk insgesamt um Hunderttausende oder sogar Millionen schrumpfen.

Auch unsere spirituelle Einheit wurde angegriffen. Wie in den Tagen des Großherzogtums Litauen wurde eine neue Kirche eingeführt. Die weltlichen Behörden, die aus ihren politischen Zielen keinen Hehl machen, haben sich unverhohlen in das kirchliche Leben eingemischt und die Dinge gespalten, Kirchen beschlagnahmt, Priester und Mönche geschlagen. Selbst weitgehende Autonomie der ukrainisch-orthodoxen Kirche bei gleichzeitiger Wahrung der spirituellen Einheit mit dem Moskauer Patriarchat missfällt ihnen sehr. Sie müssen dieses prominente und jahrhundertealte Symbol unserer Verwandtschaft um jeden Preis zerstören.

Ich halte es auch für selbstverständlich, dass die Vertreter der Ukraine immer wieder gegen die Resolution der UN-Generalversammlung stimmen, die die Verherrlichung des Nationalsozialismus verurteilt. Aufmärsche und Fackelumzüge zu Ehren der verbliebenen Kriegsverbrecher der SS-Einheiten finden unter dem Schutz der offiziellen Behörden statt. Mazepa, die alle verriet, Petliura, die mit ukrainischem Land für die polnische Schirmherrschaft bezahlte, und Bandera, die mit den Nazis kollaborierte, gelten als Nationalhelden. Es wird alles getan, um die Namen echter Patrioten und Sieger, die immer der Stolz der Ukraine waren, aus dem Gedächtnis der jungen Generationen zu löschen.

Für die Ukrainer, die in Partisaneneinheiten in der Roten Armee kämpften, war der Große Vaterländische Krieg in der Tat ein vaterländischer Krieg, weil sie ihre Heimat, ihr großes gemeinsames Mutterland, verteidigten. Über zweitausend Soldaten wurden Helden der Sowjetunion. Unter ihnen sind der legendäre Pilot Ivan Kozhedub, der furchtlose Scharfschütze, der Verteidiger von Odessa und Sewastopol Lyudmila Pavlichenko, der tapfere Guerillakommandant Sidor Kovpak. Diese unbezähmbare Generation hat gekämpft, diese Menschen haben ihr Leben für unsere Zukunft, für uns, gegeben. Ihre Leistung zu vergessen, bedeutet, unsere Großväter, Mütter und Väter zu verraten.

Das Anti-Russland-Projekt wurde von Millionen Ukrainern abgelehnt. Die Menschen auf der Krim und die Einwohner von Sewastopol haben ihre historische Wahl getroffen. Und die Menschen im Südosten versuchten friedlich, ihre Haltung zu verteidigen. Dennoch wurden sie alle, einschließlich Kinder, als Separatisten und Terroristen abgestempelt. Ihnen wurden ethnische Säuberungen und der Einsatz militärischer Gewalt angedroht. Und die Bewohner von Donezk und Lugansk griffen zu den Waffen, um ihre Heimat, ihre Sprache und ihr Leben zu verteidigen. Hatten sie nach den Unruhen in den Städten der Ukraine, nach dem Schrecken und der Tragödie vom 2. Mai 2014 in Odessa, wo ukrainische Neonazis Menschen lebendig verbrannten und daraus ein neues Khatyn machten, keine andere Wahl? Das gleiche Massaker war bereit, von den Anhängern Banderas auf der Krim, in Sewastopol, Donezk und Lugansk ausgeführt zu werden. Auch jetzt geben sie solche Pläne nicht auf. Sie warten auf ihre Zeit. Aber ihre Zeit wird nicht kommen.

Der Staatsstreich und die nachfolgenden Aktionen der Kiewer Behörden führten unweigerlich zu Konfrontation und Bürgerkrieg. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte schätzt, dass die Gesamtzahl der Opfer des Konflikts im Donbass 13.000 überschritten hat. Darunter sind ältere Menschen und Kinder. Das sind schreckliche, irreparable Verluste.

Russland hat alles getan, um den Brudermord zu stoppen. Die Vereinbarungen von Minsk, die auf eine friedliche Beilegung des Konflikts im Donbass abzielen, wurden abgeschlossen. Ich bin überzeugt, dass sie noch keine Alternative haben. Jedenfalls hat niemand seine Unterschriften unter dem Maßnahmenpaket von Minsk oder den entsprechenden Erklärungen der Staats- und Regierungschefs der Länder im Normandie-Format zurückgezogen. Niemand hat eine Überprüfung der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 17. Februar 2015 eingeleitet.

Während offizieller Verhandlungen, insbesondere nachdem sie von westlichen Partnern gezügelt wurden, erklären die Vertreter der Ukraine regelmäßig ihre „vollständige Einhaltung“ der Minsker Vereinbarungen, lassen sich aber tatsächlich von einer Position der „Inakzeptanz“ leiten. Sie beabsichtigen nicht, ernsthaft über den Sonderstatus des Donbass oder Schutzmaßnahmen für die dort lebenden Menschen zu diskutieren. Sie nutzen lieber das Image des „Opfers äußerer Aggression“ und verbreiten Russophobie. Sie arrangieren blutige Provokationen im Donbass. Kurz gesagt, sie ziehen mit allen Mitteln die Aufmerksamkeit externer Gönner und Meister auf sich.

Anscheinend, davon bin ich immer mehr überzeugt: Kiew braucht den Donbass einfach nicht. Warum? Denn erstens werden die Bewohner dieser Regionen niemals die Ordnung akzeptieren, die sie versucht haben und mit Gewalt, Blockade und Drohungen durchzusetzen versuchen. Und zweitens widersprechen die Ergebnisse sowohl von Minsk-1 als auch von Minsk-2, die eine echte Chance bieten, die territoriale Integrität der Ukraine friedlich wiederherzustellen, indem sie direkt mit der DVR und der LVR mit Russland, Deutschland und Frankreich als Vermittler zu einer Einigung kommen, dem Ganzen Logik des Anti-Russland-Projekts. Und sie kann nur durch die ständige Pflege des Bildes eines inneren und äußeren Feindes aufrechterhalten werden. Und ich würde hinzufügen – unter dem Schutz und der Kontrolle der Westmächte.

Dies ist, was tatsächlich passiert. Zunächst einmal stehen wir vor der Schaffung eines Klimas der Angst in der ukrainischen Gesellschaft, aggressiver Rhetorik, Begünstigung von Neonazis und Militarisierung des Landes. Gleichzeitig erleben wir nicht nur eine vollständige Abhängigkeit, sondern eine direkte externe Kontrolle, einschließlich der Überwachung der ukrainischen Behörden, Sicherheitsdienste und Streitkräfte durch ausländische Berater, der militärischen „Entwicklung“ des Territoriums der Ukraine und der Stationierung der NATO-Infrastruktur. Es ist kein Zufall, dass das oben erwähnte flagrante Gesetz über „indigene Völker“ unter dem Deckmantel von großangelegten NATO-Übungen in der Ukraine verabschiedet wurde.

Dies ist auch eine Verkleidung für die Übernahme der restlichen ukrainischen Wirtschaft und die Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen steht bevor, und es ist klar, wer sie aufkaufen wird. Von Zeit zu Zeit erhält die Ukraine zwar Finanzmittel und Kredite, aber zu ihren eigenen Bedingungen und zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen, mit Präferenzen und Vorteilen für westliche Unternehmen. Übrigens, wer zahlt diese Schulden zurück? Offenbar geht man davon aus, dass dies nicht nur von der heutigen Generation der Ukrainer, sondern auch von deren Kindern, Enkeln und wahrscheinlich Urenkeln zu leisten sein wird.

Die westlichen Autoren des Anti-Russland-Projekts haben das politische System der Ukraine so eingerichtet, dass Präsidenten, Parlamentsabgeordnete und Minister wechseln, aber die Haltung der Trennung und Feindschaft mit Russland bestehen bleibt. Frieden erreichen war der zentrale Wahlspruch des amtierenden Präsidenten. Damit kam er an die Macht. Die Versprechungen stellten sich als Lügen heraus. Nichts hat sich verändert. Und in gewisser Weise hat sich die Situation in der Ukraine und im Donbass sogar verschlechtert.

Im Anti-Russland-Projekt ist weder Platz für eine souveräne Ukraine noch für die politischen Kräfte, die versuchen, ihre wirkliche Unabhängigkeit zu verteidigen. Diejenigen, die über Versöhnung in der ukrainischen Gesellschaft, über Dialog, über einen Ausweg aus der derzeitigen Sackgasse sprechen, werden als „pro-russische“ Agenten abgestempelt.

Auch hier ist das Anti-Russland-Projekt für viele Menschen in der Ukraine einfach inakzeptabel. Und es gibt Millionen solcher Menschen. Aber sie dürfen den Kopf nicht heben. Ihnen wurde die rechtliche Möglichkeit genommen, ihren Standpunkt zu verteidigen. Sie werden eingeschüchtert, in den Untergrund getrieben. Sie werden nicht nur wegen ihrer Überzeugung, wegen des gesprochenen Wortes,

wegen der offenen Äußerung ihrer Position verfolgt, sondern auch getötet. Mörder bleiben in der Regel straffrei.

Heute ist der „richtige“ Patriot der Ukraine nur derjenige, der Russland hasst. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die gesamte ukrainische Staatlichkeit, wie wir sie verstehen, ausschließlich auf dieser Idee weiter aufzubauen. Hass und Wut, das hat die Weltgeschichte immer wieder bewiesen, sind ein sehr wackeliges Fundament für Souveränität, das mit vielen ernsthaften Risiken und schlimmen Folgen behaftet ist.

Alle mit dem Anti-Russland-Projekt verbundenen Ausflüchte sind uns klar. Und wir werden niemals zulassen, dass unsere historischen Gebiete und Menschen, die uns nahe stehen, gegen Russland eingesetzt werden. Und denen, die einen solchen Versuch unternehmen, möchte ich sagen, dass sie auf diese Weise ihr eigenes Land zerstören werden.

Die amtierenden Behörden in der Ukraine berufen sich gerne auf westliche Erfahrungen und sehen darin ein Vorbild. Schauen Sie sich nur an, wie Österreich und Deutschland, die USA und Kanada nebeneinander leben. In ihrer ethnischen Zusammensetzung, ihrer Kultur nah, sie teilen sogar eine Sprache, sie bleiben souveräne Staaten mit ihren eigenen Interessen, mit ihrer eigenen Außenpolitik. Aber das hindert sie nicht an der engsten Integration oder verbündeten Beziehungen. Sie haben sehr bedingte, transparente Grenzen. Und beim Überqueren fühlen sich die Bürger wohl. Sie gründen Familien, studieren, arbeiten, machen Geschäfte. Übrigens auch Millionen von Ukrainern, die heute in Russland leben. Wir sehen sie als unsere eigenen nahen Menschen.

Russland ist offen für einen Dialog mit der Ukraine und bereit, die komplexesten Fragen zu erörtern. Aber es ist wichtig, dass wir verstehen, dass unser Partner seine nationalen Interessen verteidigt, aber nicht die eines anderen dient und kein Werkzeug in den Händen eines anderen ist, um gegen uns zu kämpfen.

Wir respektieren die ukrainische Sprache und Traditionen. Wir respektieren den Wunsch der Ukrainer, ihr Land frei, sicher und wohlhabend zu sehen.

Ich bin zuversichtlich, dass eine wahre Souveränität der Ukraine nur in Partnerschaft mit Russland möglich ist. Unsere spirituellen, menschlichen und zivilisatorischen Bindungen, die sich über Jahrhunderte gebildet haben und ihren Ursprung in denselben Quellen haben, wurden durch gemeinsame Prüfungen, Errungenschaften und Siege gefestigt. Unsere Verwandtschaft wurde von Generation zu Generation weitergegeben. Es ist in den Herzen und in der Erinnerung der Menschen, die im modernen Russland und in der Ukraine leben, in den Blutsbanden, die Millionen unserer Familien vereinen. Gemeinsam waren und sind wir schon immer um ein Vielfaches stärker und erfolgreicher. Denn wir sind ein Volk.

Heute können diese Worte von manchen Menschen mit Feindseligkeit wahrgenommen werden. Sie können auf viele mögliche Weisen interpretiert werden. Dennoch werden mich viele Menschen hören. Und ich sage eines: Russland war nie „gegen die Ukraine“ und wird es auch nie sein. Und was die Ukraine sein wird – das entscheiden ihre Bürgerinnen und Bürger.

## Revisionismus und Drohungen

Wladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern  
von Andreas Kappeler<sup>19</sup>

OSTEUROPA , 71. Jg., 7/2021, S. 67–76

*Im Juli 2021 veröffentlichte der Kreml den Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“. Als Autor firmiert Vladimir Putin. Das verleiht dem Text besonderes Gewicht. Historiographisch knüpft er an die großrussische und sowjetische Interpretation der Geschichte Russlands und der Ukraine an. Politisch gibt er einen Einblick in Putins Gedankenwelt, in der sich Sowjetpatriotismus, imperialer und russischer Ethnonationalismus sowie revisionistisches Denken vermischen. Für Putin ist die Ukraine ein „Anti-Rusland“, hinter dem eine Verschwörung des Westens steht. Den ethnischen Russen in der Ukraine drohe „eine gewaltsame Assimilation“, die mit dem „Einsatz von Massenvernichtungswaffen“ vergleichbar sei. Der Aufsatz belegt, dass Russlands Staatsführung nicht akzeptiert hat, dass die Ukrainer eine eigene Nation mit einem unabhängigen Staat sind. Putins Drohungen sollten ernst genommen werden.*

Vladimir Putin ist unter die Historiker gegangen. Er weiß um die Bedeutung der Geschichte und Erinnerung für die Identitäten von Nationen und setzt sie als politisches Instrument ein. Obwohl nicht anzunehmen ist, dass er seine historischen Abhandlungen selber verfasst hat, verleiht seine Autorschaft den Texten ein besonderes Gewicht.

Seinem Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ von Juli 2021 ging im Juni 2020 ein Text zum Zweiten Weltkrieg voraus, der aus Anlass des 75. Jahrestages des Sieges über Nazideutschland erschien. Im Zentrum stand die Rechtfertigung des Hitler-Stalin-Pakts und seines geheimen Zusatzprotokolls vom August und September 1939, in denen sich die beiden Mächte verbündeten und das östliche Europa unter sich aufteilten. Sie marschierten daraufhin in Polen-Litauen ein. Dem Vorwurf, die Sowjetunion habe damit wesentlich zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs beigetragen, widerspricht Putin vehement. Im Gegenteil, dafür seien im Wesentlichen Großbritannien und Frankreich, besonders aber Polen verantwortlich gewesen.

Putin geriert sich hier ganz als Historiker, weist auf bisher unbekannte Quellen hin, bekennt sich zur Objektivität der Wissenschaft, die nur auf der Grundlage dokumentierter historischer Fakten vorgehen dürfe, um ideologische und politische Spekulationen auszuschließen. Er zitiert denn auch ausgiebig Zeugnisse von Zeitgenossen, allerdings ohne sie einer Quellenkritik zu unterziehen. Er hält es „für seine Pflicht, mit einem Artikel über den Zweiten Weltkrieg und den Großen Vaterländischen Krieg an die Öffentlichkeit zu gehen“, um einem im Westen zu beobachtenden gefährlichen Revisionismus zu begegnen und eine Wiederholung solch schrecklicher Tragödien zu verhindern. Putin tritt damit als allwissender Staatsmann auf, der die eine historische Wahrheit kennt und sie dem unwissenden Volk samt seinen Historikerinnen und Historikern kundtut. Für alternative Interpretationen und Meinungen ist kein Platz.

Diesen Text schickte am 22. Juni 2020, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, die Russische Botschaft in Berlin an einige deutsche Historikerinnen und Historiker mit der Empfehlung, „den Artikel von Wladimir Putin künftig bei der Vorbereitung von historischen Beiträgen zu nutzen“. Einige von ihnen protestierten darauf öffentlich gegen den Versuch der Einflussnahme der Politik

---

<sup>19</sup>Andreas Kappeler (1943), Dr. phil., Historiker, emeritierter Professor für osteuropäische Geschichte, Universität Wien

auf ihre wissenschaftliche Arbeit.<sup>20</sup> Wenn ein Aufsatz des Präsidenten sogar ausländischen Historikern empfohlen wird, kann man sich vorstellen, wie sehr russische Fachleute und Studierende dazu angehalten werden, die Aufsätze ihres Präsidenten zur Richtschnur zu nehmen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es ungewöhnlich und bedenklich ist, wenn ein Staatsoberhaupt sich zu historischen Fragen äußert und damit zumindest implizit Wissenschaft und Medien verbindliche Richtlinien erteilt. Ein solcher direkter Eingriff des Staates rüttelt an den Grundfesten der Wissenschaft. Man fühlt sich an alte Zeiten erinnert, als die sowjetische Führung ihre Geschichtsauffassung als verbindlichen Leitfaden für Wissenschaft und Unterricht deklarierte. Das bekannteste Beispiel ist der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (b)“, der erstmals 1938 erschien und bis 1953 eine Auflage von 42 Millionen erreichte; dazu kamen zahlreiche Übersetzungen.<sup>21</sup> Stalin hatte das Lehrbuch in Auftrag gegeben und beteiligte sich aktiv an der Entstehung und Redaktion des Textes, der zur Pflichtlektüre für Studierende und Parteimitglieder erklärt wurde. Ich will damit Vladimir Putin nicht in die Nähe von Josif Stalin rücken. Allerdings ist seine Denkweise stark sowjetisch geprägt, und auch seine Deutung des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs entspricht weitgehend der offiziellen sowjetischen Interpretation.

Dass sich der Präsident Russlands mit einem Aufsatz zum Jubiläum des Kriegsendes zu Wort meldet, erstaunt nicht, ist doch der sowjetische Sieg über Hitlerdeutschland das wichtigste Element der russischen Integrationsideologie. Wörtlich führte er mit Blick auf die Erfahrung des Krieges aus:

*„Selbstlosigkeit, Patriotismus, Liebe zur Heimat, zur Familie, zum Vaterland: Diese Werte sind auch heute für die russische Gesellschaft fundamental. Grundsätzlich darauf beruht unsere Souveränität.“<sup>22</sup>*

Dass Putin nun in einem offiziellen Text zur Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen Stellung bezieht, ist dagegen eher überraschend und zeigt, welche Bedeutung er dem Verhältnis Russlands zur Ukraine zumisst. Er ist davon überzeugt, dass *„Russen und Ukrainer ein Volk, ein geeintes Ganzes sind“* und betrachtet die Trennung der Ukraine von Russland, die Teilung des *„geistigen Raums“*, als *„großes Unglück für alle, als Tragödie“*. *„Daher halte ich es für wichtig, meine Haltung ausführlich darzulegen, meine Einschätzung der aktuellen Lage kundzutun.“*

Es ist nicht das erste Mal, dass Putin die Einheit der Russen und Ukrainer verkündet. Nicht zufällig appellierte er im Sommer und Herbst des Jahres 2013, als Russland seinen Druck auf die Ukraine erhöhte, um sie von ihrer Assoziation an die EU abzuhalten, wiederholt an die traditionelle Freundschaft der beiden Völker. Im September 2013 erklärte er vor dem internationalen Valdaj-Forum:

*„Wir haben gemeinsame Traditionen, eine gemeinsame Mentalität, eine gemeinsame Geschichte und Kultur. Wir haben sehr ähnliche Sprachen. In dieser Hinsicht, ich wiederhole es, sind wir ein Volk. Natürlich haben das ukrainische Volk, die ukrainische Kultur und die ukrainische Sprache wundervolle Eigenschaften, die die Identität der ukrainischen Nation ausmachen. Und wir respektieren sie nicht nur, sondern, was mich betrifft, ich liebe sie. Die Ukraine ist ein Teil unserer großen russischen oder russisch-ukrainischen Welt.“<sup>23</sup>*

In seinem Aufsatz vom 12. Juli 2021 gibt Putin erstmals eine zusammenhängende Darstellung der Ge-

<sup>20</sup>Botschaft empfiehlt Putin-Artikel zu Zweitem Weltkrieg. Deutsche Welle, 23.6.2

<sup>21</sup>Istorija Vsesojuznoj kommunističeskoj partii (bol'shevikov). Kratkij kurs. Pod. Red. Komissii CK VKP (b). Moskva 1938. Dt. Der Stalinsche „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)“ und die Geschichtswissenschaft. Hg. v. Zentralkomitee d. SED, Abt. Propaganda. Berlin 1952

<sup>22</sup>Putin, 75. Jahrestag des Großen Sieges – Zur Bedeutung der Geschichtspolitik für das Putin-System: Andrej Kolesnikov: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regime, in: OSTEUROPA, 6/2020, S. 3–28

<sup>23</sup>Zasedanie meshdunarodnogo diskussionogo kluba „Valdaj“, kremlin.ru, 19.9.2013

schichte der russisch-ukrainischen Beziehungen. Er hat sich radikalisiert und postuliert nun die Einheit der beiden Völker ohne Einschränkungen. Er schreibt nicht mehr von der „russisch-ukrainischen Welt“, sondern nur von der „russischen Welt“, und lediglich mit Vorbehalten von einer eigenständigen ukrainischen Nation. Auch seine Liebe für das ukrainische Volk und seine Kultur ist erkaltet. Mit dem Titel „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ und der These, dass Russen und Ukrainer ein Volk seien, provoziert er die offizielle Ukraine und die national orientierte Öffentlichkeit, die sich von Russland immer deutlicher abgrenzen. Gleichzeitig appelliert er politisch geschickt an die in Teilen der ukrainischen Öffentlichkeit noch immer verbreitete Verbundenheit mit Russland, mit der russischen Sprache und Kultur.

Putin untermauert seine provokante These, dass Russen und Ukrainer ein Volk, eine „geistige Einheit“, seien, mit historischen, sprachlichen, religiösen und kulturellen Gemeinsamkeiten. Es sind also objektive Merkmale, die Volk und Nation definieren. An einer Stelle schränkt er diese problematische essentialistische Definition ein, wenn er davon spricht, dass sich jeder einzelne für ein Volk entscheiden könne. Dessen ungeachtet beruht seine Argumentation ganz auf den „objektiven“ Faktoren und lässt außer Acht, dass Gruppen von Menschen dann zu einem Volk, einer Nation werden, wenn sie dies sein wollen.

Tatsächlich sind Russen und Ukrainer zwar nicht ein Volk, eine Nation, aber in Sprache, Religion, Kultur, Geschichte verwandt. Auf persönlicher Ebene gab es über lange Zeit wenig interethnische Konflikte, sondern ein im Ganzen friedliches Zusammenleben, Mischehen waren die Regel. Gleichzeitig schufen gerade die Nähe, die enge Verwandtschaft besondere Probleme, zumal das russisch-ukrainische Verhältnis asymmetrisch war. Die Russen, die sich als die „älteren Brüder“ verstanden, bevormundeten die „jüngere Schwester“, wogegen sich die Ukrainer zur Wehr setzten.<sup>24</sup>

## Traditionelle Meistererzählung

Putins Aufsatz besteht aus zwei ungefähr gleich langen Teilen. Die erste Hälfte ist eine Abhandlung zur Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen. Sie ist zwar einseitig und enthält problematische Einschätzungen. Doch dieser historiographische Teil hat mit Einschränkungen einen wissenschaftlichen Charakter. Allerdings fehlen Quellennachweise ganz. Dieser Teil ist offensichtlich von einem oder mehreren Fachhistorikern verfasst worden. Der zweite politische Teil trägt dagegen die persönliche Handschrift Putins. Er wiederholt bekannte Thesen, spitzt sie zu und schreckt vor Drohungen an die Adresse der Ukraine und des Westens nicht zurück. Seine Argumentation ist hier sprunghaft, zum Teil widersprüchlich und emotional.

In seinem Überblick über die gemeinsame Geschichte der Russen und Ukrainer folgt Putin der Meistererzählung, die schon im Zarenreich und wieder in der Sowjetunion seit den 1930er Jahren offizielle Lehrmeinung war und auch im heutigen Russland verbreitet ist. Diese Meistererzählung beginnt mit der alten Rus' des 10. bis 13. Jahrhunderts, als die Vorfahren der Russen, Ukrainer und Belarussen durch eine gemeinsame Sprache und Religion geeint waren. Infolge des Mongolensturms kamen die meisten westlichen Teile der Rus' unter die Herrschaft Polen-Litauens, die östlichen Gebiete sammelten sich im Großfürstentum Moskau und dann im Russländischen Imperium. Die Ukrainer (und Belarussen) strebten jahrhundertlang danach, sich von der polnischen Fremdherrschaft zu befreien und sich mit ihren russischen Brüdern „wiederzuvereinigen“. Diese „Wiedervereinigung“ vollzog sich in mehreren Etappen, von der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, als die östliche Ukraine unter die Oberhoheit des Zaren kam, über die Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts, als der überwiegende Teil der Westukraine an Russland fiel, bis zum Anschluss Galiziens und der Karpato-Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Dazu merkt Putin an, dass im Jahre 1939 die Gebiete, die Polen früher – im 14. Jahrhundert! – an

---

<sup>24</sup> Andreas Kappeler: Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2017.

sich gerissen hatte, in die Sowjetunion zurückkehrten. Er spannt den zeitlichen Bogen kühn über sechs Jahrhunderte von der alten Rus' zur Sowjetunion. Mit dem Dogma des ewigen Strebens der Ukrainer nach „Wiedervereinigung“ mit dem russischen Volk erübrigt sich jede weitere Begründung und Legitimierung der Expansion Russlands.

Der Aufsatz Putins folgt allerdings nicht den simplen propagandistischen Mustern der russisch-sowjetischen Meistererzählung, sondern bietet im Ganzen eine zuverlässige Darstellung der Ereignisse. In seinem Grundton und seiner Terminologie ist er allerdings imperial und russisch-national geprägt. Das betrifft schon den problematischen Begriff der „Wiedervereinigung“, der von der Mehrheit der ukrainischen und westlichen Historikerinnen und Historiker abgelehnt wird, da er moderne ethnische Gruppen, die sich erst seit dem 15. Jahrhundert zu formieren begannen, auf die Stämme der mittelalterlichen Rus' zurückprojiziert. Auch in der Verwendung der Begriffe „russisch“ und „Russland“ schlägt die national-russische Tendenz durch. In der Forschung wird für den Herrschaftsverband der zeitgenössische Begriff Rus' verwendet und nicht wie früher der Begriff Russland (Rossija). Seine Bevölkerung wurde ebenfalls als Rus' bezeichnet, in Putins Artikel und in wissenschaftlichen Arbeiten russischer und ausländischer Historiker trifft man aber auf den Begriff „Russen“. Das liegt daran, dass das Adjektiv zu Rus', rus'kij, im Russischen meist als russkij erscheint, dem heutigen Begriff für „russisch“ und „der Russe“. Das führt dazu, dass auf die Rus' bezogene Begriffe automatisch als „russisch“ (miss-)verstanden werden und damit die alte Rus' auf die „(Groß)-Russen“ reduziert. Das zeigt sich etwa im berühmten von Putin zitierten Satz von Kiew als „Mutter der russischen Städte“ und in der Bezeichnung der Sprache der Rus' als „altrussisch“.

In Putins Aufsatz werden auch die Ukrainer der Folgezeit als „Russen“ bezeichnet. Er folgt darin den zeitgenössischen Quellen, unterschlägt aber, dass damit in der Regel nicht die Vorfahren der heutigen Russen gemeint sind, sondern die Vorfahren der Ukrainer und Weißrussen, die sich damals selber als Rus' oder rusiny bezeichneten. Der Begriff Russland (Russia) stand in der Frühen Neuzeit allgemein für die Gebiete der heutigen Ukraine und Belarus', während das heutige Russland meistens „Moskowien“ (Moscovia) genannt und damit von den ostslawischen Gebieten Polen-Litauens unterschieden wurde.<sup>25</sup>

Putin vermeidet für die Zeit vor dem 20. Jahrhundert die Begriffe „Ukraine/Ukrainer“ und reduziert sie auf die geographische Bezeichnung „Grenzland/Grenzbewohner“. Er unterschlägt, dass neben dem Begriff „Rus'" der Begriff „Ukraine“ in der Ukraine und im Westen seit dem 17. Jahrhundert für große Teile der heutigen Ukraine in Gebrauch war.<sup>26</sup> Statt der Begriffe „Ukraine/Ukrainer“ verwendet Putin die im zarischen Russland offiziellen Termini „Kleinrussland/Kleinrussen“, die die Zugehörigkeit der Ukrainer zur „großen russischen Nation“ der Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen markiert. Erst im 19. Jahrhundert, so Putin, verbreiteten sich unter einem Teil der kleinrussischen Elite phantastische Vorstellungen von einem vom russischen Volk getrennten ukrainischen Volk, die jeder historischen Grundlage entbehrten.

Putin wiederholt mehrfach, dass die Vorfahren der heutigen Ukrainer und Russen durch die Orthodoxie und die russische Sprache eng verbunden waren und sich immer problemlos verstanden. Ob die Ostslawen des Mittelalters eine gemeinsame Umgangssprache hatten, ist unbekannt, ihre Schriftsprache war das auf dem Altbulgarischen basierende Kirchenlawisch. Im 17. Jahrhundert benötigte man in Moskau für die Verständigung mit Ukrainern Übersetzer und man unterzog sie einer zweiten Taufe, da man befürchtete, dass ihr Glauben vom Katholizismus verdorben worden sei. Die ukrainische

---

<sup>25</sup>Dazu Stéphane Mund: *Orbis Russiarum. Genèse et développement de la représentation du monde „russe“ en Occident à la Renaissance.*

Genève 2003

<sup>26</sup>Hierzu und zum Folgenden:

Andreas Kappeler: *Vom Land der Kosaken zum Land der Bauern. Die Ukraine im Horizont des Westens vom 16. bis 19. Jahrhundert.*

Wien u.a. 2020.



Schriftsprache dieser Zeit bezeichnet Putin despektierlich als „Dialekt“ (govor). Die beschworene konfessionelle Einheit wurde unterbrochen durch mehrfache Versuche einer nicht Moskau, sondern direkt Konstantinopel unterstehenden Kiever Metropole, die in der Mitte des 15. Jahrhunderts Erfolg hatten. Erst im Jahr 1686 wurde sie unter russischem Druck dem Moskauer Patriarchen unterstellt. Die der römisch-katholischen Kirche zugehörigen „unierten“ Ukrainer, die auf die von Polen am Ende des 16. Jahrhunderts initiierte Union von Brest zurückgehen, werden nur knapp erwähnt, obwohl sie noch heute die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung Galiziens und der Karpato-Ukraine stellen. Putin unterschlägt in seinem Aufsatz generell die von den Russen getrennte kulturelle und politische Geschichte der Ukraine im Rahmen Polen-Litauens, als die Ukrainer unter westlichen Einflüssen wie dem Stadtrecht, dem politischen System der polnischen Adelsrepublik, der Renaissance, Reformation und Gegenreformation standen, die das Moskauer Russland kaum erreichten und die zur Herausbildung einer frühen ukrainischen Nation beitrugen.

Putin nennt zwar einige ukrainische Schriftsteller mit Taras Ševčenko an der Spitze, doch rechnet er sie „unserem gemeinsamen literarischen und kulturellen Erbe“ zu, obwohl gerade Ševčenko immer wieder die Eigenständigkeit der Ukraine und ihrer Kultur betonte. Putins Argumentation läuft auf die These hinaus, dass die ukrainische Nation erst durch die sowjetische Politik geschaffen wurde. Putin kritisiert diese Politik, welche die „große russische Nation, das dreieinige Volk der Großrussen, Kleiner Russen und Belorussen“ durch die drei getrennten slavischen Völker der Russen, Ukrainer und Belorussen ersetzte. Dies ist eine der Halbwahrheiten des Textes, denn einerseits erkannte die Sowjetregierung im Gegensatz zur zarischen tatsächlich die Existenz einer ukrainischen Nation an, ordnete ihr eine eigene Sowjetrepublik zu und förderte in den 1920er Jahren die ukrainische Sprache und Kultur. Es wird aber unterschlagen, dass die ukrainische Nationsbildung schon in der Frühen Neuzeit ihren Anfang nahm, in der Nationalbewegung fortgesetzt wurde und sich in den Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts intensivierte, was in der Ausrufung der unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik Ende 1917 und der Westukrainischen Volksrepublik ein Jahr später gipfelte. Diese konnten sich zwar nicht lange behaupten, doch nahm die sowjetische Ukrainepolitik darauf Rücksicht, indem sie den nationalen Kräften Konzessionen machte.

Eine besondere Rolle in der Argumentation Putins spielen Verschwörungstheorien. So erwähnt Putin, dass die zarische Regierung in den Jahren 1863 und 1876 den Druck von Schriften in ukrainischer Sprache – die es laut seiner Argumentation angeblich noch gar nicht gab – weitgehend verbot und auch den Unterricht in ukrainischer Sprache untersagte. Er rechtfertigt diese repressive Politik indessen als (berechtigte) Reaktion auf die aggressiven Bestrebungen der Polen, die Ukrainer gegen Russland auszuspielen und es zu destabilisieren. Entsprechende Bestrebungen unterstellt er auch Österreich-Ungarn. Solche Verschwörungstheorien, die in Russland eine lange Tradition haben, kommen in Putins Beschuldigungen an die Adresse der USA und der Europäischen Union zum Ausdruck, die Ukrainer gegen Russland aufzuhetzen. Putin zieht in seinem Artikel diese Parallele, wenn er die westlichen antirussischen Kräfte von heute als Fortsetzer der polnisch-österreichischen Ideologen einer „anti-moskowitzischen Rus“ ansieht.<sup>27</sup>

Die Periode der sowjetischen Geschichte seit den 1930er Jahren klammert Putin weitgehend aus. Er erwähnt den Stalinismus, den Terror und die Politik der Russifizierung nicht, ebenso wenig die von der Sowjetführung herbeigeführte Hungersnot, die ganz besonders gegen die Ukraine gerichtet war. Putin erwähnt lediglich polemisch, dass man in der Ukraine die Tragödie der Kollektivierung und der

---

<sup>27</sup>Zur polnischen und österreichischen „Intrige“ vor 1917:

Andreas Renner: Russischer Nationalismus und Öffentlichkeit im Zarenreich 1855–1875. Köln u.a. 2000, hier Kap. 3.:

Alexei Miller: The Romanov Empire and Nationalism, Essays in the Methodology of Historical Research. Budapest u.a. 2008, hier Kap. 6.

Elisabeth Haid: „Im Blickfeld zweier Imperien. Galizien in der österreichischen und russischen Presseberichterstattung während des Ersten Weltkriegs (1914–1917)“. Marburg 2019.

Zur Geschichte der Verschwörungstheorien in Russland: Ilya Yablukov: Fortress Russia. Conspiracy Theories in Post-Soviet Russia. Cambridge 2018, hier vor allem Kap. 1.

Hungersnot als Genozid des ukrainischen Volkes ausbe. Putin wiederholt die von russischen Nationalisten vertretene These, dass das Hauptopfer des Stalinismus das russische Volk gewesen sei, das ausgeraubt und von den Bolschewiki als Material für soziale Experimente missbraucht wurde. Man fragt sich, ob diese Aussage für die Nichtrussen der Sowjetunion keine Gültigkeit hat.

Das einzige Thema, das er ausführlicher behandelt, sind Grenzfragen, die willkürliche Grenzziehung durch die sowjetische Führung. Putin beruft sich explizit auf Fakten in allgemein zugänglichen Dokumenten, die aber von den Führern der heutigen Ukraine und ihren auswärtigen Beschützern nicht zur Kenntnis genommen würden. Diese prangerten nur pauschal „die Verbrechen des Sowjetregimes“ an, erwähnten allerdings nicht die verbrecherische Grenzziehung, durch die Russland seine historischen Territorien verloren habe. Als ein Beispiel dient die Ausgliederung der Krim aus der Russländischen Sowjetrepublik und ihre Eingliederung in die Ukrainische Sowjetrepublik im Jahr 1954, die Putin als „*eklatanten Verstoß gegen die damals geltenden Rechtsbestimmungen*“ bezeichnet. Als Nation wie als Territorium sei die heutige Ukraine „*ganz und gar und durch und durch ein Geschöpf der Sowjetära*“.

## Die Ukraine als „Anti-Russland“

Der zweite Teil von Putins Aufsatz behandelt die Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation und der Ukraine seit 1991. Hier schlägt die scheinbar ruhige, sachliche Darstellung um in Propaganda und Polemik. Ich gehe nicht auf alle hier angesprochenen Fragen ein, die meisten sind aus Reden Putins schon bekannt, so aus seiner Rede vom 18. März 2014 aus Anlass der Aufnahme der annektierten Krim und Sevastopols in die Russländische Föderation.<sup>28</sup>

Putin beginnt mit Beschwichtigungen und beteuert, dass Russland nach 1991 die neue geopolitische Situation anerkennt und die Entscheidung der Ukrainer für eine eigenständige Nation und einen eigenen Staat respektiert hat. Russland habe die Ukraine in der schwierigen wirtschaftlichen Situation unterstützt und tue das bis heute, denn die beiden Länder gehörten seit Jahrhunderten zu einem ökonomischen System – was immer das heißen mag. Russland habe sich um gute Beziehungen zur Ukraine bemüht, und viele hätten gehofft, dass dazu die traditionelle Verbundenheit, das Bekenntnis zu einem gemeinsamen Volk, beitragen werde.

Es kam jedoch anders. Dafür macht Putin zu einem guten Teil den Westen verantwortlich. Das Hauptthema seines politischen Pamphlets ist das sogenannte Projekt „Anti-Russland“. Die USA und die EU planten von langer Hand, die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen, sie aus den traditionellen engen Bindungen mit Russland zu lösen und damit Russland zu schwächen. Dabei handelt es sich um eine Neuauflage traditionellen Verschwörungsdenkens. Putin führt aus:

*„Schritt für Schritt zogen sie die Ukraine in ein gefährliches geopolitisches Spiel, dessen Ziel es ist, die Ukraine in einen Puffer zwischen Europa und Russland, in ein Aufmarschgebiet gegen Russland zu verwandeln.“*

Und weiter mit Blick auf die Massenproteste auf dem Majdan vom Winter 2013/2014:

*„Die westlichen Mächte mischten sich offen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein und unterstützten den Umsturz.“*

Dadurch sei die Ukraine zur „Geisel eines fremden geopolitischen Willens“ geworden. Westliche Berater hätten die Kontrolle über die Verwaltung übernommen und die NATO Einfluss auf die Ukraine gewonnen. Putin sieht eine Parallele zum Jahr 1918, als die Mittelmächte die Ukraine besetzten. Das habe sich für die Ukraine als verhängnisvoll erwiesen. Wie damals sei auch im heutigen Projekt „Anti-Russland“ kein Platz für eine unabhängige Ukraine. Der Westen schüre in der Ukraine gezielt eine aggressive Russophobie.

Putins Vorstellung von der Ukraine als „Anti-Russland“ passt in sein bipolares Weltbild eines sowjetisch sozialisierten Geheimdienstlers. Er kann sich nicht vorstellen, dass die ukrainischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von sich aus auf die Straße gingen und mit ihren Demonstrationen einen Machtwechsel erzwangen. Er will nicht glauben, dass es die demokratisch gewählte ukrainische Führung ist, die eine Annäherung an die EU und die NATO anstrebt und nicht die Westmächte. Tatsächlich haben sie der Ukraine auf diesem Wege seit der Unabhängigkeit viele Steine in den Weg gelegt. Außerdem denkt Putin – wie zahlreiche andere Politiker in West und Ost – in Großmachtkategorien: Entscheidend ist für ihn einzig die Auseinandersetzung zwischen den führenden Mächten des Westens und Russland, während die kleineren Länder nur Schachfiguren der „großen Politik“ sind.

---

<sup>28</sup>Rede von Präsident Vladimir Putin zur Eingliederung der Krim in die Russländische Föderation am 18. März 2014 im Kreml vor den Abgeordneten der Staatsduma, den Mitgliedern des Föderationsrats, den Leitern der Regionalverwaltungen und Vertretern,

in: OSTEUROPA, 5–6/2014, S. 87–100.

Eine knappe Analyse der Rede bietet:

Kappeler, Ungleiche Brüder, S. 224–227.

Das zweite Thema sind Vorwürfe an die Regierung und die Eliten der Ukraine. Sie begründeten ihre Unabhängigkeit, so Putin, durch die Negierung der Vergangenheit. Die Ukraine schreibe die Geschichte um, streiche alles, was Russland und die Ukraine verbinde. Und wie in den vergangenen Jahren wiederholt Putin erneut den Vorwurf, dass radikale und neonazistische Kräfte wesentlich die ukrainische Politik beeinflussten. Nicht zum ersten Mal verbreitet Putin das Schreckensbild, dass die in der Ukraine lebenden ethnischen Russen von „ethnischen Säuberungen“ bedroht seien und eine gewaltsame Politik der Ukrainisierung ein „Identitätswechsel“ erzwungen werden sollte.

*„Am abstoßendsten ist, dass die Russen in der Ukraine nicht nur gezwungen werden, sich von ihren Wurzeln, von Generationen ihrer Vorfahren loszusagen, sie sollen zudem glauben, dass Russland ihr Feind ist.“*

Hier versteigt sich Putin zu maßlosen Übertreibungen:

*„Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die gegenwärtige Politik einer gewaltsamen Assimilation, der Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates, die sich aggressiv gegen Russland richtet, in ihren Folgen vergleichbar ist mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns. Als Resultat eines solchen groben, künstlichen Bruchs zwischen Russen und Ukrainern kann das russische Volk um Hunderttausende, ja um Millionen abnehmen.“*

Solche Äußerungen verstärken die Sorge, dass Russland die angebliche Verfolgung und Diskriminierung der ethnischen Russen und Russischsprachigen in der Ukraine zum Vorwand für indirekte oder gar direkte Interventionen nehmen könnte. Einem Hilfesuch der russischen Brüder könnte sich Russland schwer entziehen. Die Rede von der „russischen Welt“ erinnert fatal an die revisionistische Politik Deutschlands, Ungarns und anderer Mächte in der Zwischenkriegszeit.

Der angeblich vom Westen organisierte Staatsstreich führte laut Putin unausweichlich zu einem „Bürgerkrieg“. Während Russland alles getan habe, um den Bruderkrieg zu beenden, halte sich Kiew nicht an die in Minsk getroffenen Waffenstillstandsvereinbarungen. Das führt Putin zu der bemerkenswerten Schlussfolgerung: *„Kiew hat gar kein Interesse am Donbass“*. Diese Aussage ist die unverblühte Drohung einer Abspaltung des Donbass, sei es durch die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden sogenannten Volksrepubliken von Donec’k und Luhans’k, sei es durch eine Annexion dieser Territorien oder des ganzen Donbass.

Sein Fazit verbindet Putin mit einer weiteren Drohung:

*„Wir werden niemals zulassen, dass unsere historischen Gebiete und die dort lebenden, uns nahestehenden Menschen, gegen Russland instrumentalisiert werden. Jenen, die einen solchen Versuch unternehmen, möchte ich sagen, dass sie auf diese Weise ihr Land zerstören.“*

Schließlich schlägt er den Bogen zu seinen historischen Ausführungen:

*„Ich bin überzeugt, dass die Ukraine echte Souveränität nur in Partnerschaft mit Russland erreichen kann. Unsere geistigen, menschlichen und zivilisatorischen Bande sind über Jahrhunderte entstanden, sie haben dieselben Ursprünge und sind durch gemeinsame Prüfungen, Errungenschaften und Siege gehärtet worden. Unsere Verwandtschaft wird von Generation zu Generation weitergegeben. Sie lebt in den Herzen und im Gedächtnis der Menschen im heutigen Russland und in der Ukraine, in Gestalt der Blutsbande, die Millionen unserer Familien verbinden. Gemeinsam waren wir schon immer um ein Vielfaches stärker und erfolgreicher und werden es auch in Zukunft sein. Schließlich sind wir ein Volk.“*

Die Sprache dieses emotionalen Schlussabschnittes gibt einen Einblick in Putins Gedankenwelt, in der sich Sowjetpatriotismus, imperialer und ethnischer Nationalismus und ein Blut-und-Boden-Pathos vermischen.

Wer Putins Argumentation ins Lächerliche ziehen will, macht es sich zu einfach. Vladimir Putin weiß, welche Register er ziehen muss, um unzufriedene Russen und Russischsprachige in der Ukraine zu erreichen. Es ist eine Tatsache, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung der Ukraine, vor allem im Südosten und Süden, trotz der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts sich weiter mit Russland, der russischen Kultur und Sprache verbunden fühlt. Die Denkfigur, dass die heutige Ukraine ein „Anti-Russland“ darstellt, hinter der eine Verschwörung des Westens steht, stößt bei den stark sowjetisch geprägten Menschen durchaus auf Zustimmung.

Putins Vorwurf, dass in der Ukraine in den letzten Jahren russophobe Tendenzen an Boden gewonnen hätten, ist meines Erachtens nicht unbegründet. Der Hauptgrund dafür, den Putin natürlich nicht nennt, ist die aggressive Politik Russlands. Diese reicht vom Druck, den Moskau im Herbst 2013 auf die ukrainische Regierung ausgeübt hatte, um die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU in letzter Minute zu verhindern, über die Weigerung, den Machtwechsel in Kiew zu akzeptieren, bis zur militärischen Besetzung und völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und zur bewaffneten Unterstützung der Separatisten im Donbass. Der von Russland geschürte Krieg in der Südostukraine, der über 14 000 Todesopfer gefordert hat, fördert die Verbundenheit mit dem russischen Brudervolk nicht.

Weshalb hat Putin diesen Aufsatz geschrieben bzw. schreiben lassen? Und an wen richtet er sich in erster Linie? Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelens'kyj meinte sarkastisch, dass Putin offensichtlich über viel freie Zeit verfüge. Der Hauptadressat dieses Artikels sind jene Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich Russland und der russischen Kultur verbunden fühlen und unter denen Unzufriedenheit mit der Kiewer Regierung und ihrer Sprachpolitik verbreitet sind und der Europäischen Union, den USA oder allgemein „dem Westen“ skeptisch gegenüberstehen. Dieser Teil der Bevölkerung lebt vor allem im Südosten und Süden der Ukraine. Und die Einstellung dieser Menschen zu Russland wäre im Falle eines aggressiven Vorgehens Russlands von primärer Bedeutung.

Glaubt Putin, was er schreibt? Manches spricht dafür, gerade auch die emotionale Färbung des Aufsatzes. Putin ist persönlich betroffen von der zunehmenden Russlandfeindlichkeit in der Ukraine. Er ist groß geworden mit den Parolen der Völkerfreundschaft und der Vorstellung, dass Russland und die Russen das Sagen haben, dass der ältere Bruder von seiner jüngeren Schwester geachtet und geliebt wird, und der sie seinerseits liebt, solange sie nicht aufbegehrt. Sein Aufsatz belegt, dass er – und mit ihm viele andere Russen – noch immer nicht akzeptiert hat, dass die Ukrainer eine eigene Nation mit ihrer eigenen Geschichte und Kultur sind und einen von Russland unabhängigen Staat haben. Er macht klar, dass Russland sich mit einem Ausscheiden der Ukraine aus der von Russland reklamierten und dominierten Interessenssphäre nicht abfinden wird. Vermutlich glaubt Putin als altgedienter Geheimdienstoffizier auch an die groß angelegte „Anti-Russland-Verschwörung“ des Westens. Wenn sich Putin umzingelt und in die Ecke gedrängt fühlt, ist das ebenso gefährlich wie sein ethno-imperialer Nationalismus, der die Russen in der Ukraine und in den baltischen Staaten instrumentalisiert. Seine Drohungen sind ernst zu nehmen.



## Rede an die Nation vom 21.2.2022

von Vladimir Putin

Sehr geehrte Bürger Russlands, liebe Freunde!

Thema meiner heutigen Ansprache sind die Ereignisse in der Ukraine und die Frage, warum diese wichtig für uns sind, wichtig für Russland. Selbstverständlich richten sich meine Worte auch an unsere Landsleute in der Ukraine.

Ich muss es umfassend und ausführlich darlegen. Es ist eine sehr ernste Frage.

Die Situation im Donbass hat sich erneut kritisch zugespitzt. Ich wende mich heute direkt an Sie, nicht alleine um Ihnen eine Einschätzung der Lage zu geben, sondern um Sie über Entscheidungen zu informieren, die getroffen wurden, sowie über weitere mögliche Schritte in dieser Sache.

Ich betone nochmals: Die Ukraine ist für uns nicht einfach ein Nachbarland. Sie ist integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums. Es geht um unsere Leute, um Menschen, die uns nahestehen, unter ihnen sind nicht nur Kollegen, Freunde, Menschen, mit denen wir gemeinsam gedient haben, sondern auch Verwandte, wir sind mit ihnen über Bluts- und Familienbande verwoben.

Seit jeher nannten sich die Bewohner der südöstlichen, historischen altrussischen Lande Russen und Orthodoxe. So war es vor dem 17. Jahrhundert, als sich ein Teil dieser Gebiete wieder mit dem Russländischen Staat vereinte, und so blieb es danach.

Es scheint, als wüssten wir das im Prinzip alles, es geht ja um allseits bekannte Fakten. Gleichzeitig muss man einige Worte zur Geschichte dieser Frage sagen, um klar zu machen, was dort heute geschieht und welches die Motive Russlands sind und welche Ziele wir verfolgen.

Also, dies zuerst: Die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann im Grunde gleich nach der Revolution von 1917. Lenin und seine Mitstreiter gingen dabei äußerst rücksichtslos gegen Russland selbst vor, von dem Teile seiner eigenen historischen Gebiete abgetrennt und abgestoßen wurden. Die Millionen Menschen, die dort lebten, hat natürlich niemand gefragt.

Unmittelbar vor und nach dem Großen Vaterländischen Krieg gliederte dann Stalin einige Gebiete, die zuvor zu Polen, Rumänien und Ungarn gehört hatten, der Sowjetunion an und übergab sie der Ukraine. Dabei erhielt Polen als eine Art Kompensation einen Teil der von alters her deutschen Gebiete. Und 1954 nahm Chrusčev dann aus irgendeinem Grund Russland die Krim weg und schenkte sie gleichfalls der Ukraine. So ist es entstanden, das Territorium der Sowjetukraine.

Heute möchte ich aber besonders auf die erste Zeit nach der Gründung der Sowjetunion eingehen. Diese Phase ist nach meiner Überzeugung äußerst wichtig für uns. Dazu muss ich, wie es so schön heißt, etwas weiter ausholen.

Ich erinnere daran, dass sich die Bolschewiki nach dem Oktoberumsturz von 1917 und dem anschließenden Bürgerkrieg daran machten, eine neue Staatlichkeit aufzubauen. Zwischen ihnen gab es hef-

tige Meinungsverschiedenheiten. Stalin, der 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der Russländischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) und zugleich Volkskommissar für Nationalitätenfragen war, wollte das Land nach dem Autonomieprinzip aufbauen, also den zukünftigen administrativ-territorialen Einheiten weitreichende Vollmachten innerhalb des Einheitsstaats geben.

Lenin kritisierte diesen Plan und schlug vor, Zugeständnisse an die Nationalisten zu machen, an die „Unabhängigkeitler“, wie er sie damals nannte. Auf Basis genau dieser Leninschen Ideen eines konföderativen Staatsaufbaus und der Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Abspaltung wurde dann die sowjetische Staatlichkeit errichtet; 1922 wurden sie in der Erklärung zur Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verankert, und dann, nach dem Tod Lenins, 1924 in der Verfassung der UdSSR.

Hier taucht sofort eine Reihe von Fragen auf. Die erste und wichtigste: Warum musste man partout mit Gutsherrengeste alle möglichen, immer weiter in den Himmel schießenden nationalistischen Ansprüche an den Rändern des ehemaligen Imperiums befriedigen? Warum musste man den neu geschaffenen, oft völlig willkürlich zugeschnittenen Verwaltungseinheiten, den Unionsrepubliken, riesige Gebiete übergeben, die oft nicht den geringsten Bezug zu ihnen hatten? Und zwar Gebiete, ich sage es noch einmal, mitsamt ihrer Bevölkerung, die zum historischen Russland gehörte.

Mehr noch: Diesen Verwaltungseinheiten wurde faktisch der Status und die Form nationalstaatlicher Gebilde verliehen. Noch einmal die Frage: Wozu solche großzügigen Geschenke, von denen nicht einmal die glühendsten Nationalisten geträumt hatten, und wozu wurde dann noch den Unionsrepubliken das Recht verliehen, ohne Voraussetzungen aus dem Staatsverband auszutreten?

Auf den ersten Blick lässt sich das überhaupt nicht erklären, es ist völliger Irrsinn. Aber das scheint nur auf den ersten Blick so. Es gibt eine Erklärung. Das Hauptziel der Bolschewiki nach der Revolution war, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, wirklich um jeden Preis. Dafür waren sie zu allem bereit: Sie ließen sich auf die erniedrigenden Bedingungen des Friedens von Brest-Litowsk ein, in einer Zeit, als das Deutsche Kaiserreich und seine Verbündeten sich militärisch und ökonomisch in schwierigster Lage befanden und der Ausgang des Ersten Weltkriegs faktisch entschieden war; und auf sämtliche, auch die abwegigsten Wünsche und Forderungen der Nationalisten im eigenen Land.

Vom Standpunkt des historischen Schicksals Russlands und seiner Völker waren die Leninschen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht nur einfach ein Fehler, sie waren, sozusagen viel schlimmer als ein Fehler. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ist das vollkommen offensichtlich.

Natürlich kann man die Ereignisse der Vergangenheit nicht mehr ändern. Aber wir müssen sie wenigstens offen und ehrlich beim Namen nennen, ohne darum herumzureden und ohne politische Färbung. Ich kann von meiner Seite nur hinzufügen, dass Erwägungen, die sich aus der aktuellen politischen Lage speisen, so zielführend und vorteilhaft sie auch im Augenblick erscheinen mögen, unter keinen Umständen zur Grundlage für die fundamentalen Prinzipien der Staatlichkeit gemacht werden dürfen.

Ich mache niemandem irgendwelche Vorwürfe, die Situation im Land war damals, vor und nach dem Bürgerkrieg, äußerst kompliziert, sie war dramatisch. Mir geht es heute nur darum, dass es genau so gewesen ist. Das ist ein historischer Fakt. Die Sowjetukraine ist, wie gesagt, ein Ergebnis der bolschewistischen Politik und man kann sie heute mit Fug und Recht als Vladimir-Lenin-Ukraine bezeichnen. Er ist ihr Erfinder und ihr Architekt. Das wird voll und ganz und ohne Einschränkung durch Archivdokumente bestätigt, einschließlich der harten Leninschen Direktiven zum Donbass, der buchstäblich in die Ukraine hineingequetscht wurde. Und heute holen die „dankbaren Nachkommen“ in der Ukraine die Lenindenkmäler vom Sockel. Überwindung des Kommunismus nennen sie das.

Eine Überwindung des Kommunismus wollt Ihr? Alles klar, vollkommen einverstanden. Aber dann



bitte nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Wir zeigen euch gerne, was eine echte Überwindung des Kommunismus für die Ukraine bedeutet.

Aber zurück zur Geschichte der Frage. Noch einmal: 1922 wurde auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reichs die Sowjetunion geschaffen. Doch das Leben selbst hat sogleich gezeigt, dass ein so riesiges und schwieriges Territorium auf Basis der zugrunde gelegten amorphen, faktisch konföderativen Prinzipien, nicht regiert und nicht zusammengehalten werden kann. Diese Prinzipien waren vollkommen losgelöst von der Wirklichkeit und von der historischen Tradition.

Es war nur folgerichtig, dass der Rote Terror und der rasche Übergang zur Stalinschen Diktatur, die Dominanz der kommunistischen Ideologie und das Machtmonopol der Kommunistischen Partei, die Vergesellschaftung des Eigentums und die Einführung der Planwirtschaft, dass all dies die verkündeten, aber dysfunktionalen Prinzipien des Staatsaufbaus sehr rasch in reine Deklarationen verwandelte, denen keine Realität entsprach. Echte souveräne Rechte hatte die Unionsrepublik in Wirklichkeit nie erhalten, es gab sie einfach nicht. In der Praxis entstand vielmehr ein streng zentralistischer absoluter Einheitsstaat.

Stalin setzte faktisch seine eigenen Vorstellungen vom Staatsaufbau durch, nicht die Lenins. Für entsprechende Änderungen der grundlegenden Dokumente, der Verfassung, sorgte er jedoch nicht. Die von Lenin verkündeten Prinzipien des Staatsaufbaus wurden nicht revidiert. Es sah ja auch ganz danach aus, als wäre das nicht nötig – unter den Bedingungen eines totalitären Regimes funktionierte alles auch so, und nach außen sah es gut aus, sehr attraktiv, geradezu hyperdemokratisch.

Und trotzdem ist es bedauerlich, sehr bedauerlich, dass die grundlegenden juristischen Dokumente, auf denen unsere gesamte Staatlichkeit aufbaute, nicht zur rechten Zeit von diesen unsäglichen, utopischen, revolutionär angehauchten, aber für jedes normale Land absolut zerstörerischen Phantasien gesäubert wurden. An die Zukunft dachte, wie auch früher so oft bei uns, offenbar niemand.

Die Führer der Kommunistischen Partei waren offenbar überzeugt, dass sie ein stabiles Herrschaftssystem errichtet und mit ihrer Politik auch die nationale Frage für immer gelöst hatten. Aber Betrug, Begriffsschwandel, Manipulation der öffentlichen Meinung und Lügen kommen immer teuer zu stehen. Das Virus der nationalistischen Ambitionen verschwand nicht, und die Zeitbombe, die später die Immunität des Staats gegen die Seuche des Nationalismus zerstören sollte, sie tickte und tickte. Diese Bombe, ich wiederhole es, war das Recht auf Austritt aus der Sowjetunion.

Mitte der 1980er Jahre verschärfte sich vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Probleme, der offensichtlichen Krise der Planwirtschaft, die nationale Frage. Mit irgendwelchen Erwartungen und unerfüllten Hoffnungen der Völker der Sowjetunion hatte das wenig zu tun, im Kern ging es um den wachsenden Machthunger lokaler Eliten.

Statt die Lage eingehend zu analysieren und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, vor allem in der Wirtschaft, aber auch in Richtung einer schrittweisen, bedachtsamen, ausgewogenen Transformation des politischen Systems und des Staatsaufbaus, beschränkte sich die Führung der KPdSU auf haltloses Geschwätz über die Rückkehr zum Leninschen Prinzip der nationalen Selbstbestimmung.

Mehr noch. Im Verlauf des Machtkampfs innerhalb der KPdSU begannen die rivalisierenden Fraktionen zum Zwecke der Vergrößerung ihres Unterstützerkreises gedankenlos nationalistische Stimmungen zu fördern, anzuheizen und zu instrumentalisieren, indem sie potentiellen Verbündeten alles versprachen, was diese sich an Wünschen ausdachten. Vor dem Hintergrund des oberflächlichen und populistischen Geredes über Demokratie und eine lichte Zukunft, die mal mittels einer Marktwirtschaft, mal mittels Planwirtschaft aufgebaut werden sollte, während die Menschen real verarmten und die Regale komplett leer waren, machte sich keiner der Machthaber Gedanken über die unausweichlichen

tragischen Konsequenzen ihres Handelns für das Land.

Und dann schlugen sie endgültig den im Morgenrot der Sowjetunion vorgetrampelten Pfad ein und befriedigten die Ansprüche der nationalistischen Eliten, die in den Reihen der eigenen Partei herangezogen worden waren. Vergessen hatten sie dabei allerdings, dass die KPdSU zum Zweck des Machterhalts und zum Zusammenhalten des Staats nicht mehr – Gott sei Dank nicht mehr! – auf Instrumente wie den Staatsterror und die Diktatur Stalinschen Typs zurückgreifen konnte. Und dass selbst die vielzitierte Führungsrolle der Kommunistischen Partei dabei war, sich vor ihren Augen aufzulösen wie Morgennebel.

So wurde im September 1989 auf einer Plenumssitzung des Zentralkomitees der KPdSU schließlich ein schicksalsträchtiges Dokument verabschiedet – die sogenannte Nationalitätenpolitik der Partei unter aktuellen Bedingungen. Es enthielt folgende Sätze, ich zitiere: *„Die Unionsrepubliken haben alle Rechte, die ihrem Status als souveräne sozialistische Staaten entsprechen.“*

Und weiter: *„Die obersten Repräsentationsorgane der Unionsrepubliken können die Geltung von Beschlüssen und Verordnungen der Unionsregierung auf ihrem Territorium in Frage stellen und diese außer Kraft setzen.“*

Schließlich: *„Jede Unionsrepublik hat eine eigene Staatsbürgerschaft, die sich auf alle Einwohner erstreckt.“*

Es war doch offensichtlich, wohin solche Formulierungen und Beschlüsse führen würden!

Hier ist nicht der Ort und nicht die Zeit, um sich in Fragen des Staats- und Verfassungsrechts zu vertiefen oder den Begriff der Staatsbürgerschaft zu definieren. Dennoch fragt man sich: Wozu musste man in ohnehin schwierigen Zeiten das Land auf diese Weise zusätzlich destabilisieren? Fakt bleibt Fakt.

Zwei Jahre vor dem Zerfall der UdSSR war ihr Schicksal somit faktisch besiegelt. Heute schreiben sich Radikale und Nationalisten, nicht zuletzt und vor allem in der Ukraine, das Verdienst zu, dass sie ihre Unabhängigkeit erkämpft hätten. Wie wir sehen, ist dies keineswegs der Fall. Zum Zerfall unseres geeinten Landes führten historische strategische Fehler der Führer der Bolschewiki, der Führung der KPdSU, die zu verschiedenen Zeiten beim Aufbau des Staates, in der Wirtschafts- und der Nationalitätenpolitik gemacht wurden. Sie sind es, die die Verantwortung für den Zerfall des unter dem Namen Sowjetunion firmierenden historischen Russland tragen.

Ungeachtet all der Ungerechtigkeiten, des Betrugs und des unverhohlenen Raubs, der Russland widerfuhr, hat unser Volk, ja, gerade das Volk, die neuen geopolitischen Realitäten akzeptiert, die mit dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. Es hat die unabhängigen Staaten anerkannt. Und nicht nur das. Russland, das sich damals selbst in einer schwierigen Lage befand, hat den Partnern aus den anderen GUS-Staaten geholfen, nicht zuletzt den ukrainischen Kollegen, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit begannen, zahllose Hilfsgesuche zu senden. Und unser Land hat diese Hilfe gewährt, in voller Anerkennung der Würde und der Souveränität der Ukraine.

Nach Expertenschätzungen – und eine simple Addition der Preise für unsere Energieträger, des Umfangs der Vorzugskredite, der Wirtschafts- und Handelspräferenzen, die wir der Ukraine gewährt haben, bestätigt das – sind in den Jahren 1991 bis 2013 rund 250 Milliarden US-Dollar von unserer Seite dem ukrainischen Staatshaushalt zugeflossen.

Und das ist noch längst nicht alles. Ende 1991 betrugen die Schulden der UdSSR bei ausländischen Staaten und internationalen Fonds um die 100 Milliarden Dollar. Ursprünglich war vorgesehen, dass alle Republiken der ehemaligen UdSSR diese Kredite gemeinsam nach dem Solidarprinzip zurückzahlen,

in Abhängigkeit von ihrem ökonomischen Potential. Doch dann hat Russland die Rückzahlung sämtlicher sowjetischer Schulden übernommen. Endgültig war das erst im Jahr 2017 abgeschlossen.

Im Gegenzug verzichteten die neuen unabhängigen Staaten auf ihre Anteile an den Auslandsguthaben der Sowjetunion. Entsprechende Abkommen wurden im Dezember 1994 mit der Ukraine unterzeichnet. Kiew hat diese Abkommen aber nicht ratifiziert und sich später geweigert, sie zu erfüllen. Stattdessen haben sie begonnen, Anspruch auf den Diamantenfonds, die Goldreserven und andere im Ausland angelegte Vermögen und Guthaben der ehemaligen Sowjetunion zu erheben.

Und trotzdem, ungeachtet all der bekannten Probleme, hat Russland mit der Ukraine zusammengearbeitet. Offen, ehrlich, und – ich wiederhole es – unter Berücksichtigung der ukrainischen Interessen. Unsere Beziehungen haben sich in den verschiedensten Bereichen entwickelt. So betrug etwa das bilaterale Handelsvolumen im Jahr 2011 mehr als 50 Milliarden Dollar. Ich möchte anmerken, dass dies mehr ist als das Handelsvolumen der Ukraine mit allen Staaten der Europäischen Union zusammen im Jahr 2019, also vor der Pandemie.

Doch es fiel auf, dass die ukrainische Führung es vorzugsweise so einrichtete, dass sie in den Beziehungen zu Russland alle Rechte und Vorzüge genoss, aber sämtliche Pflichten zurückwies.

Statt Partnerschaft überwog immer mehr Schmarotzertum, das bei den offiziellen Kiewer Machthabern manchmal absolut schamlose Züge annahm. Es genügt, an die permanente Erpressung beim Energietransit zu erinnern und an den ganz profanen Gasdiebstahl.

Darüber hinaus hat man in Kiew versucht, den Dialog mit Russland als Faustpfand beim Gescher mit dem Westen zu nutzen, den man mit einer möglichen Wiederannäherung an Moskau erpressen konnte. So haben sie Vorteile für sich herausgeschlagen, ohne deren Gewährung angeblich Russlands Einfluss in der Ukraine wieder gewachsen wäre.

Dabei haben die ukrainischen Machthaber von Anfang an, das möchte ich unterstreichen: wirklich vom ersten Augenblick an, ihre Staatlichkeit auf der Verleugnung all dessen aufgebaut, was uns verbindet. Sie haben versucht, das Bewusstsein und das historische Gedächtnis von Millionen Menschen in der Ukraine, von ganzen Generationen zu manipulieren. Kein Wunder, dass in der ukrainischen Gesellschaft extremer Nationalismus aufkam, der rasch die Gestalt von aggressivem Russenhass und Neonazismus annahm. So erklärt sich auch die Mitgliedschaft ukrainischer Nationalisten und Neonazis in Terrorbanden im Nordkaukasus, die immer lauter Territorialforderungen an Russland erheben.

Auch äußere Kräfte haben dazu beigetragen. Sie haben mit Hilfe eines verzweigten Netzes von NGOs und Geheimdiensten in der Ukraine ihre eigene Klientel geschaffen und ihre Leute an die Macht gebracht.

Man muss verstehen, dass die Ukraine im Grunde nie eine gefestigte Tradition einer eigenen authentischen Staatlichkeit hatte. 1991 machte sie sich daher daran, mechanisch fremde Modelle zu kopieren, die weder mit der Geschichte noch mit der ukrainischen Wirklichkeit etwas zu tun haben. Die staatlichen politischen Institutionen wurden permanent neu zugeschnitten, immer so, dass es den entstehenden Clans zum Vorteil gereichte, deren materielle Interessen denen des ukrainischen Volks entgegengesetzt waren.

Der ganze Sinn der sogenannten Entscheidung für die westliche Zivilisation, den die oligarchische Staatsführung der Ukraine getroffen hat, bestand und besteht daher nicht darin, die besten Voraussetzungen für allgemeinen Wohlstand zu schaffen, sondern darin, dem geopolitischen Gegner Russlands unterwürfig zu Diensten zu sein, um so jene Milliarden von Dollar abzusichern, die diese Oligarchen dem ukrainischen Volk geraubt und auf westlichen Bankkonten versteckt haben.

Einige der finanzindustriellen Gruppen und der von ihnen unterhaltenen Parteien und Politiker stützten sich auf Nationalisten und Radikale. Andere behaupteten, sie träten für gute Beziehungen zu Russland ein, für kulturelle und sprachliche Vielfalt. Die letzteren kamen mit den Stimmen von Wählern an die Macht, die aufrichtig für solche Ziele waren, unter ihnen Millionen Menschen im Südosten des Landes. Doch sobald sie ihren Posten, ihr Amt besetzt hatten, verrieten sie augenblicklich ihre Wähler, widerriefen ihre vor den Wahlen gegebenen Versprechen und betrieben eine Politik nach dem Diktat der Radikalen. Mitunter verfolgten sie sogar ihre gestrigen Verbündeten, also die gesellschaftlichen Organisationen, die sich für Zweisprachigkeit und Zusammenarbeit mit Russland einsetzten. Sie nutzten es aus, dass ihre Unterstützer meist gesetzestreue Menschen mit gemäßigten Ansichten waren, die es gewohnt waren, dem Staat zu vertrauen und daher im Unterschied zu den Radikalen nicht aggressiv werden und sich nicht zu illegalen Aktionen hinreißen lassen.

Die Radikalen hingegen wurden immer dreister, ihre Ansprüche wuchsen von Jahr zu Jahr. Sie hatten keine Schwierigkeiten, ihren Willen ein ums andere Mal einer schwachen Staatsführung aufzuzwingen, die ja selbst vom Virus des Nationalismus und der Korruption befallen war, und an die Stelle der wahren kulturellen, ökonomischen und sozialen Interessen des Volks, an die Stelle einer echten Souveränität der Ukraine, geschickt alle möglichen Spekulationen auf nationaler Grundlage und mit rein äußerlichen ethnographischen Attributen zu setzen.

Eine stabile Staatlichkeit ist in der Ukraine bis heute nicht entstanden, und die elektoralen politischen Prozeduren dienen lediglich dazu, die Umverteilung von Macht und Eigentum zwischen den verschiedenen Oligarchenklans zu verdecken und zu kaschieren.

Die Korruption, die zweifellos für viele Länder ein Problem, eine Herausforderung ist, darunter auch für Russland, hat in der Ukraine eine ganz besondere Form angenommen. Sie hat die ukrainische Staatlichkeit buchstäblich durchtränkt, sie hat das gesamte System zersetzt, sämtliche Glieder des Staatsapparats. Die Radikalen haben den gerechten Zorn der Menschen genutzt, ihn vor den Protest gespannt und im Jahr 2014 den Majdan zum Staatsstreich getrieben. Dabei haben sie die direkte Unterstützung ausländischer Staaten erhalten. Nach vorliegenden Angaben betrug die materielle Unterstützung des sogenannten unabhängigen Protestlagers auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew durch die Botschaft der USA eine Million Dollar pro Tag. Weitere riesige Summen wurden ganz dreist auf die Bankkonten der Oppositionsführer überwiesen. Dutzende Millionen Dollar. Und was haben die tatsächlichen Leidtragenden bekommen, die Angehörigen der Opfer der Zusammenstöße, die auf den Straßen und Plätzen Kiews und anderer Städte provoziert wurden? Danach fragt man besser nicht.

Die Radikalen, die die Macht ergriffen hatten, verfolgten und terrorisierten alle, die sich gegen ihr verfassungswidriges Vorgehen gestellt hatten. Politiker, Journalisten und Amtsträger wurden gedemütigt und öffentlich erniedrigt. Eine Welle von Pogromen und Gewalt fegte über die ukrainischen Städte, eine Serie offener und strafloser Morde. Man kann nicht ohne Schaudern an die schreckliche Tragödie von Odessa zurückdenken, wo die Teilnehmer einer friedlichen Protestaktion bestialisch ermordet, bei lebendigem Leib im Gewerkschaftshaus verbrannt wurden. Die Kriminellen, die dieses Verbrechen begangen haben, wurden bis heute nicht bestraft, sie werden nicht einmal gesucht. Doch wir kennen ihre Namen und werden alles tun, um sie zu bestrafen, um sie zu finden und vor Gericht zu stellen.

Der Majdan hat der Ukraine keine Demokratie und keinen Fortschritt gebracht. Nach ihrem Staatsstreich haben die Nationalisten und die politischen Kräfte, die sie unterstützten, das Land endgültig in die Sackgasse getrieben, sie haben die Ukraine in den Abgrund des Bürgerkriegs gestoßen. Acht Jahre nach diesen Ereignissen ist das Land weiter gespalten. Die Ukraine steckt in einer massiven wirtschaftlichen Krise.

Nach Angaben internationaler Organisationen waren im Jahr 2019 fast sechs Millionen Ukrainer, das

sind rund 15 Prozent der Bevölkerung – ja, der gesamten Bevölkerung, nicht nur derjenigen im arbeitsfähigen Alter! – gezwungen, das Land auf der Suche nach Arbeit zu verlassen. Und häufig, meistens verdingen sie sich als Tagelöhner für anspruchlose Arbeiten. Bezeichnend ist auch dieser Fakt: Im Jahr 2020, während der Pandemie, haben mehr als 60 000 Ärzte und Pflegekräfte das Land verlassen.

Seit 2014 haben sich die Tarife für Trinkwasser fast verdreifacht, für Strom ebenfalls vervielfacht und für Gas in den Haushalten sind sie um mehr als das Zehnfache gestiegen. Viele Menschen haben schlicht kein Geld mehr, um für diese Grundversorgung zu bezahlen, für sie geht es buchstäblich ums Überleben.

Was ist passiert? Warum geschieht all das? Die Antwort ist offensichtlich: Weil die Mitgift, die das Land nicht nur aus sowjetischer Zeit, sondern bereits vom Russischen Reich erhalten hatte, verschleudert wurde und in allerlei Taschen gelandet ist. Zehntausende, Hunderttausende Arbeitsplätze sind verloren, die nicht zuletzt dank der engen Zusammenarbeit mit Russland den Menschen stabile Einkommen und dem Staatshaushalt Steuern eingebracht hatten. Wirtschaftszweige wie der Maschinenbau, die Elektroindustrie, der Schiffs- und der Flugzeugbau, liegen entweder darnieder oder sind bereits vollkommen zerstört. Dabei war man einst nicht nur in der Ukraine, sondern in der gesamten Sowjetunion stolz auf sie.

Im Jahr 2021 wurde die Schwarzmeer-Werft in Mykolaiv geschlossen. Die ersten Docks waren dort unter Katharina der Großen errichtet worden. Im berühmten Betrieb „Antonov“ ist seit dem Jahr 2016 kein einziges Serienflugzeug gebaut worden, und die Fabrik „Južmaš“, wo Raketen- und Weltraumtechnik produziert wird, steht ebenso am Rande des Ruins wie das Stahlwerk in Kremenčuk. Diese traurige Aufzählung lässt sich fortsetzen.

Was das Gastransitsystem betrifft, an dem die gesamte Sowjetunion mitgearbeitet hatte, so muss man sagen, dass es derart heruntergekommen ist, dass seine Nutzung mit großen Risiken und Umweltschäden verbunden ist.

Man stellt sich die Frage: Armut, Perspektivlosigkeit, Verlust des industriellen und technologischen Potentials – ist das etwa diese sogenannte Entscheidung für die westliche Zivilisation, mit der man jetzt schon seit Jahren Millionen Menschen für dumm verkauft und zum Deppen macht, indem man ihnen Milch und Honig verspricht?

In der Sache besteht sie ganz einfach darin, dass der Zerfall der ukrainischen Volkswirtschaft von offenem Diebstahl begleitet ist, die Bürger des Landes wurden beraubt und die Ukraine unter fremde Herrschaft getrieben. Sie wird nicht nur von den Hauptstädten des Westens aus gesteuert, sondern auch sozusagen aus der Nähe: durch ein ganzes Netzwerk ausländischer Berater, NGOs und anderer Einrichtungen, das die Ukraine überzieht. Sie üben direkten Einfluss auf alle wichtigen Personalentscheidungen aus, auf alle Bereiche und Ebenen des Staates, bis hinunter in die Kommunen, in den wichtigsten Staatsbetrieben und staatsnahen Konzernen, einschließlich des nationalen Gasversorgers, des Stromversorgers, der Ukrainischen Eisenbahnen, des Rüstungskonzerns Ukroboronprom, der Ukrainischen Post und der Hafenverwaltung.

Eine unabhängige Justiz gibt es in der Ukraine schlicht nicht. Auf Forderung des Westens haben die Kiewer Machthaber Vertretern internationaler Organisationen ein Vorzugsrecht bei der Auswahl der Mitglieder der höchsten Justizorgane, des Justizrats und der Qualifikationskommission für Richter, gegeben.

Außerdem wird die Nationale Agentur für Korruptionsprävention unmittelbar von der US-Botschaft kontrolliert. Ebenso das Nationale Antikorruptionsbüro, die auf Korruptionsbekämpfung spezialisierte Staatsanwaltschaft und das Höchste Gericht für Korruptionsangelegenheiten. All das unter dem

hehren Vorwand, den Kampf gegen die Korruption noch effektiver zu machen. Na schön, aber wo sind die Ergebnisse? Die Korruption treibt nach wie vor die prächtigsten Blüten, sie ist noch schlimmer als früher.

Wissen die Ukrainer selbst von all diesen Steuerungsmethoden? Verstehen sie, dass ihr Land zu einem politischen und wirtschaftlichen Protektorat geworden ist, mehr noch, dass es in eine Kolonie mit einem Marionettenregime an der Spitze verwandelt wurde? Die Privatisierung des Staates hat dazu geführt, dass die „Regierung der Patrioten“, wie die Machthaber sich selbst nennen, jeden nationalen Charakter verloren hat und stattdessen konsequent auf einen kompletten Souveränitätsverlust zusteuert.

Auch die Politik der Entrussifizierung und Zwangsassimilation wird fortgesetzt. Die Verchovna Rada produziert am laufenden Band immer neue diskriminierende Gesetze. Gerade ist das Gesetz über die angestammten Völker der Ukraine in Kraft getreten. Menschen, die sich als Russen sehen und ihre Identität behalten wollen, ihre Sprache, ihre Kultur, wurde damit offen zu verstehen gegeben, dass sie in der Ukraine Ausländer sind.

Auf der Basis des Bildungsgesetzes und des Sprachengesetzes wird die russische Sprache aus den Schulen, aus dem gesamten öffentlichen Leben verbannt, selbst aus ganz normalen Läden. Das sogenannte Lustrationsgesetz über die „Säuberung“ des Staates erlaubt es, missliebige Beamte zu beseitigen.

Es mehren sich die Gesetze, auf deren Basis die ukrainischen Gewaltapparate die Freiheit des Worts, die Meinungsfreiheit unterdrücken und die Opposition verfolgen können. Weltweit kennt man die traurige Praxis einseitiger illegitimer Sanktionen gegen andere Staaten, gegen ausländische natürliche und juristische Personen. Die Ukraine aber hat ihre westlichen Taktgeber sogar noch übertrumpft und sich ein Sanktionsinstrument gegen eigene Bürger, Unternehmen, Fernsehsender, andere Medien, ja sogar gegen Parlamentsabgeordnete ausgedacht.

Auch die Abrechnung mit der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats geht weiter. Das ist keine emotionale Bewertung, davon zeugen konkrete Beschlüsse und Dokumente. Die ukrainischen Machthaber haben die Tragödie der Kirchenspaltung in zynischer Weise zu einem Instrument staatlicher Politik gemacht. Die Bitten von Bürgern der Ukraine, die Gesetze zurückzunehmen, welche die Rechte der Gläubigen verletzen, werden von der Führung des Landes ignoriert. Mehr noch, in der Verchovna Rada liegen bereits neue Gesetzesvorhaben, die sich gegen den Klerus und die Millionen von Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchat richten.

Die Krim ist ein eigenes Thema. Die Bewohner der Halbinsel haben eine freie Wahl getroffen: Sie wollen zu Russland gehören. Diesem eindeutigen, klaren Willen der Menschen haben die Kiewer Machthaber nichts entgegenzusetzen, deshalb setzen sie auf aggressive Aktionen, sie aktivieren extremistische Zellen, darunter solche radikaler islamischer Organisationen, auf eingeschleuste Terrorgruppen, die Anschläge auf Objekte der kritischen Infrastruktur verüben und russländische Staatsbürger entführen. Wir haben eindeutige Beweise, dass dieses aggressive Vorgehen mit Unterstützung westlicher Geheimdienste stattfindet.

Im März 2021 hat die Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet. Dieses Dokument kennt praktisch nur ein Thema: den Kampf gegen Russland. Sein Ziel ist es, ausländische Staaten in einen Konflikt mit unserem Land hineinzuziehen. Die Strategie sieht im Kern vor, auf der zu Russland gehörenden Krim und im Donbass einen terroristischen Untergrund zu schaffen. In ihr sind auch die Konturen eines hypothetischen Kriegs umrissen, dessen Ausgang, wie sich das die heutigen Kiewer Strategen so vorstellen, ich zitiere, „mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Ukraine günstig wäre“. Außerdem ist die Rede von – ich zitiere noch einmal, hören Sie bitte genau hin, wie man sich

heute in Kiew ausdrückt – „*militärischer Unterstützung der Weltgemeinschaft in der geopolitischen Auseinandersetzung mit der Russländischen Föderation*“. Das ist im Grunde nichts anderes als eine Vorbereitung zu Kampfhandlungen gegen unser Land, gegen Russland.

Wir wissen auch, dass es bereits Verlautbarungen gibt, wonach die Ukraine eigene Atomwaffen bauen will. Das ist kein leeres Geschwätz. Die Ukraine verfügt tatsächlich noch über die sowjetischen Technologien und Mittel zum Bau einer solchen Waffe, einschließlich der Flugzeuge und der operativ-taktischen Raketen vom Typ SS-21 Scarab, gleichfalls noch sowjetischer Bauart, ihre Reichweite liegt bei über 100 Kilometern. Aber sie arbeiten daran, sie auszuweiten, das ist nur eine Frage der Zeit. Die Kapazitäten aus sowjetischer Zeit sind da.

So ist es für die Ukraine viel leichter, in den Besitz taktischer Atomwaffen zu gelangen, als für einige andere Staaten, die – ich werde sie jetzt nicht nennen –, ebenfalls daran arbeiten. Besonders leicht wird es sein, wenn die Ukraine technologische Unterstützung aus dem Ausland erhält. Auch damit müssen wir rechnen.

Gelangt die Ukraine an Massenvernichtungswaffen, dann ändert sich die Lage in der Welt, in Europa, insbesondere für uns, für Russland, fundamental. Wir haben keine Wahl, wir müssen auf diese reale Gefahr reagieren, vor allem, weil – ich wiederhole es – die westlichen Schutzherren der Ukraine diese Entwicklung fördern könnten, um eine weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen. Wir sehen ja, unter welchem Hochdruck die Aufrüstung des Kiewer Regimes betrieben wird. Allein die USA haben seit 2014 Milliarden Dollar zu diesem Zweck aufgewendet, für Waffenlieferungen, Munition und die Ausbildung von Spezialisten. Seit einigen Monaten beobachten wir einen ununterbrochenen Strom von Waffenlieferungen in die Ukraine, demonstrativ, vor den Augen der gesamten Welt. Die ukrainische Armee und die Geheimdienste des Landes werden von ausländischen Beratern gelenkt, wir wissen das sehr genau.

In den letzten Jahren befanden sich unter dem Vorwand von Übungen praktisch pausenlos Militärkontingente der NATO auf dem Gebiet der Ukraine. Die Führungsstrukturen der ukrainischen Armee sind bereits in die der NATO integriert. Das bedeutet, dass das Kommando über die ukrainischen Streitkräfte, selbst für einzelne Armeeteile und Einheiten, direkt vom NATO-Hauptquartier übernommen werden kann.

Die USA und die NATO haben jede Zurückhaltung abgelegt und sind dazu übergegangen, sich das Territorium der Ukraine als potentiellen Kriegsschauplatz anzueignen. Die Stoßrichtung der regelmäßigen gemeinsamen Übungen ist ganz klar, sie richten sich gegen Russland. Allein im vergangenen Jahr nahmen daran 23 000 Soldaten mit mehr als 1000 Fahrzeugen und Geschützen teil.

Die Ukraine hat bereits ein Gesetz verabschiedet, das den Streitkräften anderer Staaten im Jahr 2022 die Teilnahme an multinationalen Übungen auf ihrem Territorium ermöglicht. Natürlich geht es vor allem um NATO-Truppen. Nicht weniger als zehn solcher Manöver sind in diesem Jahr geplant.

Es ist offensichtlich, dass solche Maßnahmen dazu dienen, den raschen Zuwachs an NATO-Verbänden auf dem Territorium der Ukraine zu verschleiern. Dies gilt umso mehr, als die mit Hilfe der Amerikaner modernisierten Flugbasen in Borispol', Ivano-Frankivsk, Čuguev, Odessa und anderswo es erlauben, in kürzester Zeit Truppen dorthin zu verlegen. Der Luftraum der Ukraine ist für die strategische Luftflotte wie für Aufklärungsflugzeuge der USA geöffnet, für Drohnen, die zur Überwachung des russländischen Territoriums verwendet werden.

Ich füge hinzu, dass das von den Amerikanern in Očakov errichtete Zentrum für Marineoperationen es ermöglicht, den Einsatz von NATO-Schiffen zu lenken, einschließlich des Einsatzes von Hochpräzisionswaffen gegen die russländische Schwarzmeer-Flotte und gegen unsere Infrastruktur an der ge-

samten Schwarzmeerküste.

Die USA hatten vor, solche Objekte auch auf der Krim zu errichten. Aber die Menschen auf der Krim und in Sevastopol haben diese Pläne vereitelt. Daran werden wir uns immer erinnern.

Aber wie gesagt, ein solches Zentrum gibt es bereits, es steht in Očakov. Ich erinnere daran, dass im 18. Jahrhundert die Soldaten Aleksandr Suvorovs um Očakov gekämpft haben. Dank ihres Heldentums wurde die Stadt russisch. Damals, im 18. Jahrhundert, erhielten die Küstenregionen des Schwarzen Meeres, die als Ergebnis der Kriege mit dem Osmanischen Reich an Russland fielen, den Namen „Neurussland“: Heute sollen diese Meilensteine der Geschichte in Vergessenheit geraten, und genauso die Namen der Staats- und Heeresführer des Russländischen Reichs, ohne deren Taten die heutige Ukraine viele ihrer großen Städte nicht hätte, nicht einmal einen Zugang zum Schwarzen Meer hätte sie.

Vor kurzem wurde in Poltava das Suvorov-Denkmal gestürzt. Was soll man dazu sagen? Ihr sagt euch von eurer Vergangenheit los? Vom sogenannten kolonialen Erbe des Russländischen Reichs? Na, dann aber bitte konsequent.

Weiter. Ich erinnere daran, dass Artikel 17 der Verfassung der Ukraine es verbietet, auf ihrem Territorium ausländische Militärbasen zu errichten. Wie sich zeigt, gilt das nur bedingt, man kann die Bestimmung problemlos ignorieren.

In der Ukraine gibt es mehrere Trainings- und Übungsmissionen der NATO-Länder. Dem Wesen nach sind das ausländische Militärbasen. Die Basen wurden einfach „Missionen“ genannt, und schon ist alles geritzt.

Den NATO-Beitritt hat Kiew schon lange zum strategischen Ziel erklärt. Ja, selbstverständlich hat jedes Land das Recht, sich für das Sicherheitssystem seiner Wahl zu entscheiden und militärische Bündnisse einzugehen. Alles kein Problem, wenn da nicht ein „Aber“ wäre. In internationalen Abkommen ist explizit das Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit verankert. Dazu gehört bekanntlich die Verpflichtung, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu erhöhen. Ich kann mich hier sowohl auf die Europäische Sicherheitscharta berufen, die die OSZE im Jahr 1999 in Istanbul verabschiedet hat, als auch auf die Astana-Deklaration der OSZE aus dem Jahr 2010.

Mit anderen Worten: Die Methoden zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit dürfen keine Bedrohung für andere Staaten darstellen. Ein NATO-Beitritt der Ukraine ist jedoch eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit Russlands.

Ich erinnere daran, dass bereits auf dem NATO-Gipfel im Jahr 2008 in Bukarest der Beitritt der Ukraine, und übrigens auch Georgiens, durchgedrückt werden sollte. Viele europäische Verbündete der USA verstanden schon damals, mit welchem Risiko das verbunden ist, aber sie waren gezwungen, sich dem Willen ihres größeren Partners zu beugen. Die Amerikaner benutzten sie einfach für ihre klar antirussländische Politik.

Eine Reihe von Mitgliedstaaten der Allianz blickt auch heute noch mit großer Skepsis auf den Beitritt der Ukraine zur NATO. Aus einigen europäischen Hauptstädten signalisiert man uns auch etwas wie „Warum regt ihr euch so auf? Das wird sicher nicht gleich morgen passieren.“ Dasselbe sagen uns eigentlich auch unsere amerikanischen Partner. „Na gut“, antworten wir, „wenn nicht morgen, dann übermorgen. Was ändert das in historischer Perspektive? Im Kern gar nichts.“

Wir kennen auch die ausdrücklich formulierte Position der US-Führung, wonach Kampfhandlungen im Osten der Ukraine einem NATO-Beitritt des Landes nicht im Wege stehen würden, wenn es die Kriterien der Allianz erfüllt und die Korruption besiegt.



Gleichzeitig versuchen sie immer wieder, uns davon zu überzeugen, dass die NATO ein friedliebendes und rein defensives Bündnis ist. Sie sei keine Bedrohung für Russland. Wieder sollen wir uns auf ihre Worte verlassen. Aber wir wissen, was solche Worte wert sind. Als 1990 die Frage der deutschen Wiedervereinigung erörtert wurde, sagten die USA der sowjetischen Führung zu, dass das Bündnisgebiet und die militärische Präsenz der NATO nicht einen Zentimeter nach Osten ausgedehnt würden. Und dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu einer Ausweitung der militärischen Organisation der NATO nach Osten führen würde. Das ist ein Zitat.

Sie haben eine Menge geredet, eine Menge mündlicher Zusicherungen gemacht, und am Ende waren es nichts als leere Worte. Später haben sie behauptet, die NATO-Mitgliedschaft der Staaten Mittel- und Osteuropas würde die Beziehungen zu Moskau verbessern, weil diesen Ländern mit schwierigem historischen Erbe so die Angst genommen würde, und so sogar ein Gürtel von Staaten entstehen würde, die Russland freundlich gesonnen sind.

Das Gegenteil ist eingetreten. Die Führungen einiger osteuropäischer Länder sind mit ihrer Russophobie hausieren gegangen, haben ihre Komplexe und Stereotypen, die Angst vor einer angeblichen russischen Bedrohung in das Bündnis hineingetragen und den Ausbau kollektiver Verteidigungsfähigkeiten gefordert, die sich in erster Linie gegen Russland richten sollen. Und all dies geschah in den 1990er und frühen 2000er Jahren, als die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen dank der Offenheit und unseres guten Willens auf einem hohen Niveau waren.

Russland hat all seine Verpflichtungen erfüllt, nicht zuletzt hat es seine Truppen aus Deutschland und den Staaten Mittel- und Osteuropas zurückgezogen. Damit hat es einen enormen Beitrag zur Überwindung des Erbes des Kalten Kriegs geleistet. Wir haben in der Folge immer wieder verschiedene Formen der Zusammenarbeit, unter anderem im NATO-Russland-Rat und in der OSZE vorgeschlagen.

Mehr noch, ich sage jetzt etwas, was ich niemals zuvor öffentlich gesagt habe, ich sage das zum ersten Mal. Als im Jahr 2000 US-Präsident Bill Clinton zu seinem letzten Besuch nach Moskau kam, habe ich ihn gefragt: „Und wie stehen die USA zu einer Aufnahme Russlands in die NATO?“ Ich werde nicht die Details dieses Gesprächs öffentlich machen, aber die Reaktion auf meine Frage wirkte äußerlich, sagen wir es so: überaus zurückhaltend. Wie die Amerikaner tatsächlich zu einem solchen Schritt standen, haben ihre realen Handlungen uns gegenüber gezeigt. Sie haben offen die Terroristen im Nordkaukasus unterstützt und unsere sicherheitspolitischen Forderungen und Sorgen in Bezug auf die Erweiterung der NATO missachtet und sind aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen. Und so weiter. Da fragt man doch: wozu, wozu all das, zu welchem Zweck? Na gut, ihr wollt uns nicht als Freund und Verbündeten sehen, aber warum müsst ihr uns zu einem Feind machen?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Es geht nicht um unsere politische Ordnung, und auch nicht um irgendetwas anderes, es geht darum, dass sie einfach kein so großes und unabhängiges Land wie Russland auf der Landkarte haben wollen. Dies ist die Antwort auf all die Fragen. Dies ist die Quelle der immer gleichen amerikanischen Russlandpolitik. Daher auch ihre Haltung zu allem, was wir im Bereich Sicherheitspolitik vorschlagen.

Heute genügt ein Blick auf die Karte, um zu sehen, wie die westlichen Staaten ihr Versprechen „gehalten haben“, dass sie keinen Vorstoß der NATO nach Osten zulassen. Sie haben uns schlicht betrogen. Fünf Erweiterungswellen haben wir bekommen, eine nach der anderen. 1999 wurden Polen, Tschechien und Ungarn aufgenommen, 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, 2009 Albanien und Kroatien, 2017 Montenegro und 2020 Nordmakedonien.

Im Ergebnis ist die Allianz, ihre militärische Infrastruktur, unmittelbar an die Grenzen Russlands vorgedrungen. Und dies ist einer der zentralen Gründe für die Krise der europäischen Sicherheit, es

hat sich absolut negativ auf das gesamte System der internationalen Beziehungen ausgewirkt, es hat zu einem Verlust des wechselseitigen Vertrauens geführt.

Und die Lage verschlechtert sich weiter, nicht zuletzt im strategischen Bereich. Im Rahmen des US-Projekts zur Schaffung einer globalen Raketenabwehr in Rumänien und Polen werden Abschussrampen für Abwehrraketen eingerichtet. Es ist wohlbekannt, dass diese Abschussrampen für Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ genutzt werden können, für Angriffswaffen also.

Außerdem arbeiten die USA an der Entwicklung der allseitig einsetzbaren „Standard Missile 6“, die sowohl gegen Flugzeuge und Raketen eingesetzt werden kann als auch zum Angriff auf Ziele am Boden und auf dem Wasser. Das angeblich defensive Raketenabwehrsystem der USA wird also ausgebaut, es erhält Angriffspotential.

Die uns zur Verfügung stehenden Informationen geben allen Anlass zur Annahme, dass die Entscheidung über einen Beitritt der Ukraine zum Nordatlantikpakt und über die Errichtung von NATO-Infrastruktur auf ihrem Territorium im Grundsatz bereits gefallen ist. Es ist nur eine Frage der Zeit. Es ist vollkommen klar, dass die militärische Bedrohung für Russland sich in diesem Fall drastisch, um ein Vielfaches erhöht. Insbesondere, und darauf weise ich ausdrücklich hin, steigt die Gefahr eines plötzlichen Angriffs auf unser Land massiv.

Um es klar zu sagen: In den US-Dokumenten zur strategischen Planung – ja, in schriftlichen Dokumenten – ist die Möglichkeit eines sogenannten Präventivschlags gegen die Raketensysteme des Gegners vorgesehen. Und wer der Hauptgegner der USA und der NATO ist, das wissen wir auch. Es ist Russland. In den Strategien der NATO wird unser Land offiziell ganz direkt als größte Gefahr für die euroatlantische Sicherheit bezeichnet. Und als Frontstaat für einen solchen Angriff wird die Ukraine dienen. Hätten unsere Vorfahren dies gehört, sie hätten es wohl einfach nicht geglaubt. Auch wir wollen es heute nicht glauben. Aber so ist es. Ich möchte, dass man das versteht, in Russland wie in der Ukraine.

Viele ukrainische Luftwaffenstützpunkte liegen unweit unserer Grenzen. Die dort stationierten taktischen Kampfflugzeuge der NATO, darunter Träger von Hochpräzisionswaffen, können unser Territorium bis zu einer Tiefe auf der Linie Volgograd-Kazan'-Samara-Astrachan' angreifen. Die Stationierung von Radarstationen in der Ukraine erlaubt der NATO, den Luftraum Russlands bis zum Ural zu kontrollieren.

Ein letztes: Seit die USA den INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen aufgekündigt haben, arbeitet das Pentagon ganz offen an der Entwicklung einer ganzen Reihe neuer bodengestützter Angriffswaffen, darunter ballistische Raketen mit einer Reichweite von bis zu 5500 Kilometern. Wenn solche Systeme in der Ukraine stationiert werden, können sie Ziele im gesamten europäischen Russland angreifen, ja sogar hinter dem Ural. Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ erreichen Moskau in 35 Minuten, ballistische Raketen, die aus dem Raum Charkov kommen, in 7-8 Minuten, und Hyperschall-Angriffssysteme in 4-5 Minuten. Das nennt man wohl, jemandem das Messer an den Hals halten. Und ich habe keinerlei Zweifel, dass sie diese Pläne umsetzen wollen, ebenso wie sie es immer wieder in den vergangenen Jahren getan haben, als die NATO nach Osten erweitert wurde, ihre militärische Infrastruktur und ihre Truppen in Richtung Russland vorgeschoben wurden, und unsere Sorgen, Proteste und Warnungen einfach ignoriert wurden. Sie haben, mit Verlaub, einfach darauf gepfiffen und das getan, was sie wollten und für notwendig hielten.

Und natürlich wollen sie auch weiter nach der bekannten Devise „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“ vorgehen. Ich sage es deutlich: Wir haben dem niemals zugestimmt und werden das auch in Zukunft nicht tun. Wobei Russland immer dafür eingetreten ist und auch heute dafür eintritt, dass noch die schwierigsten Probleme mit politischen und diplomatischen Mitteln gelöst werden, am Ver-

handlungstisch.

Wir wissen sehr wohl, welche kolossale Verantwortung wir für die regionale und globale Stabilität tragen. Bereits im Jahr 2008 haben wir eine Initiative für ein Europäisches Sicherheitsabkommen begonnen. Ziel war es, dass kein Staat und keine internationale Organisation im euroatlantischen Raum für die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer sorgt. Aber wir wurden mit unserem Vorschlag schon an der Tür abgewiesen. Man dürfe, so hieß es, Russland nicht erlauben, den Handlungsspielraum der NATO einzuschränken.

Mehr noch, man hat uns ganz offen gesagt, juristisch bindende Sicherheitsgarantien gäbe es nur für Mitglieder der Nordatlantik-Allianz.

Im Dezember vergangenen Jahres haben wir unseren westlichen Partnern einen Vorschlag für ein Abkommen zwischen der Russländischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über Sicherheitsgarantien gemacht, und zudem einen Vorschlag für ein Abkommen zwischen der Russländischen Föderation und den Mitgliedstaaten der NATO über Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit.

Als Antwort haben wir von den USA und der NATO viele allgemeine Worte erhalten. Es gab auch einen rationalen Kern, aber da ging es nur um zweitrangige Fragen, und das Ganze wirkte wie ein Versuch, von den eigentlichen Fragen abzulenken.

Wir haben darauf entsprechend reagiert, haben unterstrichen, dass wir bereit sind, den Verhandlungsweg zu beschreiten, jedoch unter der Bedingung, dass alle Fragen zusammenhängend betrachtet werden, in einem Paket, ohne dass die grundlegenden fundamentalen Vorschläge Russlands einfach herausgenommen werden. Dabei ging es um drei Schlüsselpunkte. Erstens: keine Fortsetzung der NATO-Erweiterung. Zweitens: keine Stationierung von US-Angriffswaffen an den Grenzen Russlands. Und schließlich: Rückzug der militärischen Kräfte und der Infrastruktur der Allianz in Europa auf die Positionen des Jahres 1997, als die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet wurde.

Genau diese zentralen Vorschläge wurden ignoriert. Unsere westlichen Partner haben, wie gesagt, erneut ihre auswendig gelernten Phrasen aufgesagt, dass jeder Staat das Recht habe, die Mittel zur Gewährleistung seiner Sicherheit selbst zu wählen, und jedem Militärbündnis und jeder Allianz seiner Wahl beitreten könne. An ihrer Position hat sich also nichts geändert. Immer wieder die gleichen Verweise auf die vielzitierte „Politik der offenen Tür“. Mehr noch, sie versuchen wieder, uns zu erpressen, drohen erneut mit Sanktionen, die sie übrigens ohnehin einführen werden, in dem Maße, in dem Russland seine Souveränität festigt und die Macht unserer Streitkräfte zunimmt. Ein Vorwand für eine neue Sanktionsattacke wird sich immer finden oder sie fabrizieren einfach einen, ganz unabhängig von der Situation in der Ukraine. Das Ziel ist eindeutig: Die Entwicklung Russlands bremsen. Und sie werden das, wie auch früher schon, auch ohne jeden formalen Anlass tun, allein deshalb, weil wir existieren, und weil wir niemals unsere Souveränität, unsere nationalen Interessen und unsere Werte aufgeben werden.

Ich sage es klar und direkt: In der gegenwärtigen Situation, in der die USA und die NATO unsere Vorschläge für einen gleichberechtigten Dialog über grundlegende Fragen faktisch unbeantwortet gelassen haben, in der das Ausmaß der Bedrohung, der unser Land ausgesetzt ist, erheblich wächst, hat Russland das volle Recht, mit Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit zu reagieren. Und genau das werden wir auch tun.

Was die Lage im Donbass betrifft, so sehen wir, dass die in Kiew regierende Führung immer wieder öffentlich erklärt, dass sie das Minsker Maßnahmenpaket zur Regulierung des Konflikts nicht erfüllen will, dass sie an einer friedlichen Lösung nicht interessiert ist. Vielmehr versucht sie erneut, wie schon 2014 und 2015, im Donbass einen Blitzkrieg zu führen. Womit diese Abenteuer endeten, das wissen wir.

Heute vergeht fast kein Tag, an dem keine Siedlung im Donbass beschossen wird. Die riesige Heeresgruppe, die dort zusammengezogen wurde, setzt Kampfdrohnen ein, schwere Technik, Raketen, Artillerie und Granatwerfer. Zivilisten werden ermordet, eine Blockade errichtet, Tag für Tag werden Menschen gequält, darunter Kinder, Frauen und Alte. Ein Ende ist, wie man bei uns sagt, nicht in Sicht.

Und die sogenannte zivilisierte Welt, zu deren einzigen Vertretern sich unsere Kollegen aus dem Westen eigenmächtig erklärt haben, will all das nicht bemerken, sie tut so, als gäbe es all diese Schrecken nicht, den Genozid, der an vier Millionen Menschen verübt wird, nur weil sie sich mit dem vom Westen unterstützten Staatsstreich in der Ukraine im Jahr 2014 nicht abfinden wollten, weil sie gegen den zur staatlichen Bewegung erhobenen aggressiven Steinzeit-Nationalismus und Neonazismus eingetreten sind. Weil sie für ihre elementaren Rechte kämpfen – für das Recht auf ihr Land, das Recht, in ihrer Sprache zu sprechen, das Recht auf Erhaltung ihrer Kultur und ihrer Traditionen.

Wie lange soll sich diese Tragödie noch fortsetzen? Wie lange kann man noch zuschauen? Russland hat alles getan, um die territoriale Integrität der Ukraine zu erhalten, hat all diese Jahre mit Nachdruck und Geduld für die Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Nr. 2202 vom 17. Februar 2015 gekämpft, in der das Minsker Maßnahmenpaket zur Regulierung der Situation im Donbass vom 12. Februar 2015 verankert ist.

Alles umsonst. Ein neuer Präsident, neue Abgeordnete in der Verchovna Rada, aber am Kern der Sache, am aggressiv nationalistischen Charakter des Regimes, das die Macht in Kiew an sich gerissen hat, daran hat sich nichts geändert. Dieses Regime ist voll und ganz und ohne Einschränkung ein Produkt des Staatsstreichs im Jahre 2014. Diejenigen, die damals den Weg der Gewalt beschritten haben, den Weg des Blutvergießens und der Gesetzlosigkeit, erkennen damals wie heute nur eine Möglichkeit zur Lösung der Donbass-Frage an: die militärische.

Daher halte ich es für unumgänglich, die längst überfällige Entscheidung zu treffen und unverzüglich die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk anzuerkennen.

Ich bitte die Föderalversammlung der Russländischen Föderation, diese Entscheidung zu unterstützen und anschließend die Verträge über Freundschaft und wechselseitige Hilfe mit den beiden Republiken zu ratifizieren. Diese beiden Dokumente sind in Vorbereitung und werden in kürzester Zeit unterzeichnet.

Und von denen, die in Kiew die Macht an sich gerissen haben und sich an sie klammern, fordern wir, dass sie die Kampfhandlungen unverzüglich einstellen. Andernfalls lastet die gesamte Verantwortung für ein mögliches weiteres Blutvergießen voll und ganz und ohne Einschränkung auf dem Gewissen des auf dem Territorium der Ukraine herrschenden Regimes.

Ich bin mir sicher, dass ich mir bei den heute getroffenen Entscheidungen der Unterstützung der Bürger Russlands, aller patriotischen Kräfte des Landes, gewiss sein kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Aus dem Russischen von Volker Weichsel,  
Redaktion Osteuropa, Berlin

Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/news/67828>

# Putin demonstriert russisches Großmachtgebaren

Eine Analyse von Sabine Adler vom 22.02.2022, DLF

*Die Rede des russischen Präsidenten sei alles andere als ein Freundschaftsgruß in Richtung Ukraine. Vielmehr lasse sie erkennen, welches Geschichtsverständnis Wladimir Putin habe, kommentiert Sabine Adler. Das müsse in den Hauptstädten anderer Ex-Sowjetrepubliken die Alarmglocken läuten lassen.*

Putins Darstellung, dass die Bolschewiken um den Revolutionsführer Lenin die Ukraine 1917 erst geschaffen hätten, ist eine Geschichtsfälschung. Richtig ist, dass schon etliche Zaren gegen alles Ukrainische vorgingen. Ukrainisch zu sprechen, gar zu unterrichten, verbot unter anderem Alexander I., der 1804 befand: Ukrainisch ist keine Sprache, sondern nur ein Dialekt. Wenn das stimmte, wäre Spanisch ein Dialekt des Französischen.

## Kampf gegen alles Ukrainische

Auch Alexanders Nachfolger, Alexander II. und Nikolaus II., hielten am strikten ukrainischen Sprachenverbot fest, zu Recht ahnend, dass sich eine Nation über die Sprache identifiziert. Ukrainer wurden auf Russisch unterrichtet, was vor allem die ukrainischen Bauern nicht sprachen und demnach nicht verstanden und somit nicht gut lernten. Die Folge war Analphabetismus. Karriere machte im Zarenreich, wer Russisch sprach.

Am 26. Januar 1918 erklärte sich die Ukraine für unabhängig, nur zwei Wochen später besetzte die Rote Armee Kiew. Die Sowjets wollten den Traum von der ukrainischen Unabhängigkeit beenden, bevor er Realität wird. Die wenigen kommunistischen Bolschewiki in der ukrainischen Hauptstadt bekamen schlagkräftige Unterstützung bei der Bekämpfung der Nationalisten.

Jeder, der noch öffentlich Ukrainisch sprach, riskierte, getötet zu werden. Alle ukrainischen Symbole wurden zerstört, sogar Straßenschilder auf Ukrainisch. Stalin war in der russischen kommunistischen Partei für Nationalitätenfragen zuständig. Er hielt Nationalismus für reine Ablenkung vom Sozialismus. Lenin, der Revolutionsführer, interessierte sich für die Ukraine nur als Kornkammer. 1919 marschierten sowjetische Truppen nach Kiew und setzten eine Sowjetregierung ein. Die Ukraine sollte Getreide liefern, so viel und so schnell wie möglich, denn Russland hungerte.

## Ukraine hat formal Anspruch auf Selbstbestimmung

Seine Darstellung, dass die Ukraine als „Wladimir-Lenin-Ukraine“ bezeichnet werden kann, ist falsch. Lenin hat bestenfalls aus der Unabhängigen Ukraine eine Sozialistische Ukrainische Sowjetrepublik gemacht. Allerdings interessierten sich die Sowjets so wenig wie Putin heute für deren nationale Befindlichkeiten, für sie war die SSR wichtig als Getreidelieferant und später als Waffenschmiede. Die Ukraine gehört zu den Gründungsrepubliken der Sowjetunion, denen formal – und da hat Putin Recht – der Anspruch auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession eingeräumt wird, was zunächst 1922 in der Deklaration über die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dann, nach Lenins Tod, in der Verfassung der UdSSR von 1924 verankert wurde.

Putin weiß aber auch, wie jeder ehemalige Sowjetbürger, dass dieses Recht niemals wirklich existierte. Doch es auch nur auf dem Papier einzuräumen, ist für ihn „Wahnsinn“. Der Ukraine und anderen Nationen derart großzügige Geschenke zu machen, von denen die glühendsten Nationalisten vorher nicht einmal zu träumen wagten, versteht er bis heute nicht. Dieses Geschichtsverständnis muss jetzt in den Hauptstädten anderer Ex-Sowjetrepubliken die Alarmglocken schellen lassen.

## **Zerfall der UdSSR für Putin größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts**

Putin betrachtet den Zerfall der Sowjetunion vor 30 Jahren nach wie vor als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Er verzeiht den bolschewistischen Führern, der Führung der Kommunistischen Partei nicht, denn, so sagt es Putin, „*sie haben den Zusammenbruch des historischen Russlands, der UdSSR, auf dem Gewissen*“. Weil jede Unionsrepublik ihre eigene Staatsbürgerschaft besaß und zudem das Recht hatte, sich abzuspalten. Über diese Staatsbürgerschaft der Menschen in der besetzten Ostukraine setzte sich Putin allerdings sofort hinweg, 700.000 Personen bekamen seit 2014 russische Pässe. So verfuhr er in Südossetien und Abchasien, die bis 2008 zu Georgien gehörten.

Wenn ausgerechnet Putin die Umverteilung von Macht und Eigentum unter den Oligarchenclans beklagt, und sogar fehlende unabhängige Gerichte, dann ist das Heuchelei pur. Schließlich gilt der Präsident als einer der reichsten Männer der Welt, der den wichtigsten Korruptionsjäger seines Landes, Alexej Nawalny, mit Prozessen und Lagerhaft überzieht, um das komplett intransparente Wirtschaftssystem zu schützen.

## **Falsche Behauptungen über Militäraktionen der Ukraine**

Die Menschen auf der Krim, die sich angeblich aus freien Stücken für die Zugehörigkeit zu Russland entschieden hätten, in einem verfassungswidrigen Referendum wohlbemerkt, wurden nicht gefragt, ob ihre Halbinsel zum Militärstützpunkt ausgebaut werden soll, der sie jetzt ist.

Putin behauptet und lässt behaupten, dass die Ukraine Militäraktionen gegen Russland plane, dass sie Atomwaffen baue. Dafür gibt es keinerlei Belege – wogegen erwiesen ist, dass Russland die Verpflichtung aus dem Budapester Memorandum von 1994 gebrochen hat, die Grenzen und die Souveränität der Ukraine zu achten, als Gegenleistung dafür, dass sie auf ihre Nuklearwaffen verzichtete.

Der Kremlherr beklagt, dass „*Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten*“ gestärkt werden darf und tut im gleichen Atemzug ebendies. In der Ostukraine 2014 Krieg anzuzetteln und jetzt mit einem erneuten Waffengang zu drohen, in dem er offenlässt, welche Grenzen der gerade von ihm anerkannten sogenannten Unabhängigen Volksrepubliken nun eigentlich gelten.

# Kriegserklärung

Die Ansprache des russländischen Präsidenten am Morgen des 24.2.2022

Sehr geehrte Bürger Russlands! Liebe Freunde!

Ich muss heute erneut auf die tragischen Ereignisse im Donbass und die Schlüsselfragen bei der Gewährleistung von Russlands eigener Sicherheit zurückkommen.

Ich beginne mit dem, worüber ich in meiner Ansprache vom 21. Februar gesprochen habe. Es geht um die Fragen, die uns besonders besorgen und beunruhigen, um die fundamentalen Bedrohungen für unser Land, die verantwortungslose Politiker aus dem Westen seit vielen Jahren auf grobe und ungenierte Weise vermehren. Ich spreche von der Erweiterung des NATO-Blocks nach Osten, vom Vorrücken seiner militärischen Infrastruktur an die Grenzen Russlands.

Es ist wohlbekannt, dass wir im Verlauf der vergangenen 30 Jahre beharrlich und mit Geduld versucht haben, die Führungen der NATO-Staaten von den Prinzipien der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa zu überzeugen. Als Antwort auf unsere Vorschläge haben wir stets entweder zynischen Betrug und Lügen erhalten, oder es wurde Druck auf uns ausgeübt, man wollte uns erpressen. Und währenddessen wurde die Nordatlantik-Allianz ungeachtet unserer Bedenken immer weiter vergrößert. Die Militärmaschine ist in Bewegung, und, wie gesagt, sie steht schon an unseren Grenzen.

Warum geschieht das alles? Woher kommt diese dreiste Art, so zu sprechen, als sei man auserwählt, unfehlbar, und als sei einem alles erlaubt? Woher diese verächtliche, abschätzige Haltung gegenüber unseren Interessen und vollkommen legitimen Forderungen?

Die Antwort ist klar, sie liegt offen zutage. Die Sowjetunion war Ende der 1980er Jahre geschwächt, und schließlich zerfiel sie. Der damalige Ablauf der Ereignisse ist für uns heute eine wertvolle Lektion, er hat gezeigt, dass die Lähmung von Macht und Willen der erste Schritt zum totalen Niedergang und Untergang ist. Kaum hatten wir für kurze Zeit das Selbstvertrauen verloren – schon war das globale Gleichgewicht der Kräfte gestört.

Dies hat dazu geführt, dass die geschlossenen Verträge und Abkommen heute faktisch außer Kraft sind. Überzeugungsversuche und Bitten helfen nicht weiter. Alles, was dem Hegemon, den Mächtigen, nicht passt, wird für archaisch, ausgedient, nutzlos erklärt. Und umgekehrt: Alles, was ihnen nützlich erscheint, wird als Wahrheit letzter Instanz präsentiert, es wird um jeden Preis durchgedrückt, dreist und mit allen Mitteln. Wer anderer Meinung ist, wird mit Gewalt in die Knie gezwungen.

Das betrifft nicht nur Russland und versetzt nicht nur uns in Sorge. Es geht um das gesamte System der internationalen Beziehungen und betrifft manchmal selbst die Verbündeten der USA. Nach dem Zerfall der Sowjetunion begann faktisch eine Neuverteilung der Welt, bei der die geltenden Regeln des Völkerrechts – die wichtigsten, grundlegenden wurden nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert und hielten im Wesentlichen dessen Ergebnisse fest – den selbsterklärten Siegern des „Kalten Kriegs“ auf einmal im Weg standen.

Natürlich musste man im praktischen Leben, in den internationalen Beziehungen, bei den Bestimmungen, die diese regeln, die veränderte Lage und das neue Gleichgewicht der Kräfte berücksichtigen. Doch dies hätte professionell geschehen müssen, schrittweise, mit Geduld, unter Berücksichtigung

und Achtung der Interessen aller Länder und im Bewusstsein für die Verantwortung, die man trägt. Aber nein. Stattdessen Euphorie über die absolute Übermacht, eine Art von neuem Absolutismus, dazu kamen noch der niedrige Bildungsstand und die Überheblichkeit derjenigen, die all diese nur für sie vorteilhaften Entscheidungen planten, trafen und durchdrückten.

Nach Beispielen muss man nicht lange suchen. Erst die ohne Zustimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durchgeführte blutige Militäroperation gegen Belgrad, bei der mitten in Europa Kampfflugzeuge und Raketen eingesetzt wurden. Wochenlange, pausenlose Bombardements von friedlichen Städten, von lebensnotwendiger Infrastruktur. Man muss an diese Fakten erinnern, denn einige unserer westlichen Kollegen denken an diese Ereignisse nur ungern zurück, und wenn wir sie erwähnen, dann ist nicht mehr von Völkerrecht die Rede, sondern von Umständen, die so ausgelegt werden, wie man es gerade braucht.

Dann kam der Irak an die Reihe, dann Libyen, dann Syrien. Der illegitime Einsatz militärischer Gewalt gegen Libyen, die Verdrehung sämtlicher Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu dem Thema hat zur völligen Zerstörung dieses Staates geführt, und die Folge war, dass dort ein riesiger Herd des internationalen Terrorismus entstand, dass das Land in eine humanitäre Katastrophe gestürzt wurde, in den Abgrund eines jahrelangen, bis heute nicht beendeten Bürgerkriegs. Die Tragödie, der Hunderttausende, Millionen Menschen nicht nur in Libyen, sondern in der gesamten Region ausgeliefert wurden, hat eine Massenmigration aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Europa ausgelöst.

Ein ähnliches Schicksal erwartete auch Syrien. Die Militäraktionen der westlichen Koalition auf dem Territorium Syriens ohne Zustimmung der syrischen Regierung und ohne Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen waren nichts anderes als eine Aggression, eine Intervention.

Besondere Bedeutung kommt in dieser Reihe natürlich dem Einmarsch in den Irak zu, für den es ebenfalls keinerlei rechtliche Grundlage gab. Als Vorwand wurden „zuverlässige Informationen“ über Massenvernichtungswaffen im Irak genommen, die den USA angeblich vorlagen. Zum Beweis hielt der amerikanische Außenminister vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit ein Reagenzglas mit weißem Pulver hoch und behauptete, dies sei die Chemiewaffe, die im Irak entwickelt werde. Später zeigte sich: Das war alles konstruiert, eine Finte, es gab keine Chemiewaffen im Irak. Man kann es kaum glauben, aber Fakt bleibt Fakt. Es wurde dreist gelogen – auf höchster Staatsebene, auf der hohen Bühne der Vereinten Nationen. Und das Ergebnis: unzählige Opfer, Zerstörung, eine unglaubliche Terrorwelle.

Generell entsteht der Eindruck, dass praktisch überall, in den vielen Regionen der Welt, wo die USA versuchen, ihre Ordnung zu etablieren, klaffende, nicht verheilende Wunden übrigbleiben, Schwären des internationalen Terrorismus und Extremismus. Was ich genannt habe, waren nur die himmelschreiendsten, aber bei weitem nicht die einzigen Beispiele für die Missachtung des Völkerrechts.

In dieselbe Kategorie fällt auch das Versprechen an unser Land, dass die NATO um keinen Zoll nach Osten erweitert würde. Ich sage es noch einmal: Sie haben uns betrogen, oder volkstümlicher ausgedrückt: Sie haben uns einfach reingelegt. Oft heißt es ja, Politik sei eine schmutzige Sache. Das mag sein, aber doch nicht in diesem Ausmaß, nicht zu diesem Grad. Wer so mit gezinkten Karten spielt, verstößt nicht nur gegen die Prinzipien der internationalen Beziehungen, er verletzt vor allem die allgemeinen Normen von Moral und Anstand. Wo sind hier Gerechtigkeit und Wahrheit? Nichts als blanke Lüge und Heuchelei.

Übrigens sprechen auch amerikanische Politiker, Politologen und Journalisten davon, dass in den USA in den letzten Jahren ein regelrechtes „Imperium der Lüge“ errichtet wurde. Dem kann man nur zustimmen, genau so ist es. Aber reden wir es nicht klein: Die USA sind gleichwohl ein großes Land, eine systembildende Großmacht. Ihre vielen Satelliten unterwerfen sich ihnen willig und singen zu jedem



beliebigen Anlass ihr Lied. Mehr noch: Sie kopieren auch ihr Verhalten, übernehmen mit Begeisterung die Regeln, die man ihnen vorsetzt. Man kann daher mit vollem Recht und voller Gewissheit sagen, dass dieser gesamte sogenannte westliche Block, den die USA nach ihrem Bilde erschaffen haben, nichts anderes ist als eben das: ein „Reich der Lüge“.

Was unser Land betrifft, so haben sie nach dem Zerfall der Sowjetunion trotz der nie dagewesenen Offenheit des neuen modernen Russland, trotz unserer Bereitschaft zu ehrlicher Zusammenarbeit mit den USA und anderen westlichen Partnern, trotz der Abrüstung, die nahezu ausschließlich wir betrieben haben, trotz alledem haben sie versucht, uns fertigzumachen, zu erledigen, uns endgültig zu vernichten. Genau so hat es sich abgespielt, in den 1990er und frühen 2000er Jahren, als der sogenannte kollektive Westen massiv den Separatismus und die Söldnerbanden im Süden Russlands unterstützt hat. Wie viele Tote, welche riesigen Verluste uns das damals gebracht hat, welche Prüfungen wir bestehen mussten, bevor es gelang, dem internationalen Terrorismus im Kaukasus endgültig das Rückgrat zu brechen – wir haben es im Gedächtnis und werden es nie vergessen.

Und im Grunde haben diese Versuche des Westens, uns für seine eigenen Interessen einzuspannen, nie aufgehört: Er versucht, unsere traditionellen Werte zu zerstören und uns seine Pseudowerte aufzudrängen, die uns, unser Volk, von innen zerfressen sollen, all diese Ideen, die er bei sich bereits aggressiv durchsetzt und die auf direktem Weg zu Verfall und Entartung führen, denn sie widersprechen der Natur des Menschen. Dazu wird es nicht kommen, das hat noch niemand je geschafft. Auch jetzt wird es nicht gelingen.

Wir haben trotz all dem im Dezember 2021 noch einmal einen Versuch unternommen, mit den USA und ihren Verbündeten ein Abkommen über Sicherheit in Europa und über eine Absage an jegliche NATO-Erweiterung zu schließen. Vergeblich. Die Haltung der USA ist unverändert. Sie halten es nicht für notwendig, mit Russland in einer für uns absolut entscheidenden Frage zu einer Verständigung zu kommen, sie verfolgen ihre Ziele und missachten unsere Interessen.

Natürlich beginnen wir uns in dieser Situation zu fragen: Was sollen wir nun tun, was erwartet uns? Wir wissen aus der Geschichte sehr gut, dass die Sowjetunion im Jahr 1940 und noch Anfang 1941 auf jede erdenkliche Weise versucht hat, einen Krieg abzuwenden oder wenigstens hinauszuzögern. Sie hat buchstäblich alles unternommen, um den potentiellen Aggressor nicht zu provozieren, sie hat auf die allerwichtigsten, eindeutig notwendigen Vorbereitungen zur Abwehr des unvermeidlichen Überfalls verzichtet. Und das, was schließlich doch noch unternommen wurde, kam katastrophal zu spät.

Die Folge war, dass das Land nicht darauf vorbereitet war, sich mit ganzer Kraft dem Vordringen des nationalsozialistischen Deutschland entgegenzustellen, das unsere Heimat ohne Kriegserklärung am 22. Juni 1941 überfiel. Es gelang, den Feind zu stoppen, und später auch, ihn zu besiegen. Aber der Preis war gewaltig. Der Versuch, den Aggressor am Vorabend des Großen Vaterländischen Kriegs zu besänftigen, hat sich als Fehler erwiesen, der unser Volk teuer zu stehen kam. In den ersten Monaten des Krieges verloren wir riesige, strategisch wichtige Gebiete und Millionen Menschen. Ein zweites Mal dürfen und werden wir einen solchen Fehler nicht begehen.

Diejenigen, die die Weltherrschaft für sich beanspruchen, erklären öffentlich, ungestraft und, ich betone das, vollkommen grundlos Russland, also uns, zu ihrem Feind. Tatsächlich verfügen sie gegenwärtig über ein großes finanzielles, technologisches und militärisches Potential. Wir wissen das und analysieren die pausenlosen wirtschaftlichen Drohungen an unsere Adresse ebenso objektiv wie unsere Möglichkeiten, dieser dreisten und fortgesetzten Erpressung zu widerstehen. Ich wiederhole: Wir bewerten sie ohne Illusionen, absolut realistisch.

Was den militärischen Bereich betrifft, so ist das heutige Russland selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Verlust eines erheblichen Teils ihres Potentials weiter eine der stärksten Atomkräfte

der Welt. Mehr noch, bei einigen der modernsten Waffenarten liegt es sogar vorn. Daher soll sich jeder absolut im Klaren darüber sein, dass ein direkter Angriff auf unser Land zu Vernichtung und schrecklichen Folgen für jeden denkbaren Aggressor führt.

Gleichzeitig geht der technologische Fortschritt rasch weiter, auch in der Rüstung. Mal liegt eine Seite vorn, mal die andere. Die militärische Aneignung von Gebieten, die direkt an unser Land grenzen, würde dagegen auf Jahrzehnte hinaus Fakten schaffen, wenn wir sie zulassen, vielleicht auch für immer. Für Russland wäre das eine immer weiter wachsende, absolut inakzeptable Bedrohung.

Bereits heute wird die Lage für unser Land durch die Erweiterungsrounden der NATO mit jedem Jahr schlechter und gefährlicher. Mehr noch, in den vergangenen Tagen hat die Führung der NATO offen davon gesprochen, dass das Vorrücken der Infrastruktur der Allianz in Richtung unserer Grenzen unbedingt beschleunigt und forciert werden müsse. Mit anderen Worten: sie nehmen eine noch härtere Position ein. Wir können nicht mehr einfach nur zuschauen, was da geschieht. Es wäre absolut verantwortungslos.

Ein weiteres Vordringen der Infrastruktur der Nordatlantik-Allianz, die bereits begonnene militärische Aneignung des ukrainischen Staatsgebiets: das ist für uns inakzeptabel. Natürlich geht es dabei nicht um die NATO an sich, als Organisation. Sie ist nur ein Instrument der amerikanischen Außenpolitik. Das Problem besteht darin, dass in Gebieten direkt an unseren Grenzen, Gebieten wohlgemerkt, die historisch zu uns gehören, ein uns feindlich gesinntes „Anti-Russland“ geschaffen wird, das vollständig unter externer Kontrolle steht, in dem sich mehr und mehr NATO-Staaten festsetzen und das mit modernsten Waffen hochgerüstet wird.

Für die USA und ihre Verbündeten ist das eine sogenannte Containment-Politik: Russland wird zurückgedrängt, und das bringt klare geopolitische Gewinne ein. Für unser Land aber ist es letztlich eine Frage von Leben oder Tod. Es geht darum, ob unser Volk in der Geschichte eine Zukunft hat. Das ist keine Übertreibung. Genau darum geht es. Um eine reale Gefahr nicht nur für unsere Interessen, sondern für die schiere Existenz unseres Staates, für seine Souveränität. Genau das ist die rote Linie, von der ich mehrfach gesprochen habe. Sie haben sie überschritten.

In diesem Zusammenhang komme ich zur Lage im Donbass. Wir sehen, dass die Kräfte, die sich 2014 in der Ukraine an die Macht geputscht haben und ihre Positionen bislang mit Hilfe von im Grunde rein dekorativen Wahlprozeduren behaupten, einer friedlichen Konfliktlösung endgültig eine Absage erteilt haben. Acht Jahre lang, acht endlose Jahre lang haben wir alles Menschenmögliche getan, um den Konflikt auf friedlichem, politischem Weg zu lösen. Es war alles vergeblich.

Ich habe schon in meiner letzten Ansprache gesagt, man kann nicht ohne Mitgefühl mitansehen, was dort geschieht. Es war einfach unmöglich, noch länger zuzuschauen. Dieser Albtraum – der Genozid an Millionen Menschen, die dort leben und deren einzige Hoffnung Russland ist, also wir sind – dieser Albtraum musste auf der Stelle beendet werden. Es waren die Wünsche und Gefühle, das Leid der Menschen dort, die uns vor allem anderen zu unserem Entschluss motiviert haben, die Volksrepubliken im Donbass anzuerkennen.

Eines möchte ich zudem betonen. Die führenden NATO-Länder unterstützen im Interesse ihrer eigenen Ziele auf jede mögliche Weise die extremen Nationalisten und Neonazis in der Ukraine, und diese Leute werden den Menschen auf der Krim und in Sevastopol' niemals verzeihen, dass sie sich in einer freien Wahl für die Wiedervereinigung mit Russland entschieden haben.

Sie werden natürlich die Hand nach der Krim ausstrecken, und natürlich werden sie, wie schon im Donbass, einen Krieg anfangen, sie werden morden, so wie seinerzeit auch die nationalistischen ukrainischen Banden und ihre Strafkommandos, Hitlers Handlanger im Großen Vaterländischen Krieg, un-

schuldige Menschen ermordet haben. Und sie erheben ganz offen Anspruch auf eine ganze Reihe weiterer russländischer Gebiete.

Die ganze Entwicklung der Ereignisse und die Analyse der vorliegenden Informationen zeigt, dass Russland der Konfrontation mit diesen Kräften nicht ausweichen kann. Es ist nur eine Frage der Zeit: Sie bereiten sich vor, sie warten auf einen günstigen Moment. Jetzt fordern sie auch noch eigene Nuklearwaffen. Das werden wir nicht zulassen.

Ich sage es nicht zum ersten Mal: Russland hat die neuen geopolitischen Realitäten nach dem Zerfall der Sowjetunion akzeptiert. Wir respektieren alle neugegründeten Staaten im postsowjetischen Raum, und das wird auch so bleiben. Wir respektieren heute und in Zukunft ihre Souveränität – ein Beispiel dafür ist die Hilfe, die wir Kasachstan geleistet haben, als es in einer tragischen Situation seine Staatlichkeit und Integrität bedroht sah. Aber Russland kann sich nicht sicher fühlen, es kann sich nicht entwickeln, nicht leben mit der ständigen Bedrohung, die heute von der Ukraine ausgeht.

Ich erinnere daran, dass wir in den Jahren 2000-2005 die Terroristen im Kaukasus militärisch in die Schranken gewiesen und die Integrität unseres Staats verteidigt haben, wir haben Russland gerettet. 2014 haben wir die Menschen auf der Krim und in Sevastopol' unterstützt. 2015 haben wir unsere Streitkräfte eingesetzt, um dem Eindringen von Terroristen aus Syrien nach Russland einen verlässlichen Riegel vorzuschieben. Eine andere Möglichkeit, uns zu verteidigen, hatten wir nicht.

Heute geschieht wieder dasselbe. Man lässt uns, Ihnen und mir schlicht keine andere Möglichkeit, Russland und unsere Leute zu verteidigen. Es bleibt nur der Schritt, zu dem wir uns heute gezwungen sehen.

Die Umstände verlangen entschlossenes und rasches Handeln. Die Volksrepubliken im Donbass haben ein Hilfesuch an Russland gerichtet.

Ich habe deshalb in Übereinstimmung mit Artikel 51 Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen, mit Zustimmung des Russländischen Föderationsrats und in Erfüllung der von der Föderationsversammlung ratifizierten Freundschafts- und Beistandsverträge mit der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik den Beschluss gefasst, einen militärischen Spezialeinsatz durchzuführen.

Er dient dem Schutz jener Menschen, die seit acht Jahren den Schikanen und dem durch das Kiewer Regime verübten Genozid ausgesetzt sind. Um sie zu schützen, streben wir die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine an. Diejenigen, die sich dieser unzähligen blutigen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, darunter auch Staatsbürger der Russländischen Föderation, schuldig gemacht haben, werden wir vor Gericht bringen.

Es ist dabei nicht unser Ziel, ukrainische Territorien zu besetzen. Wir werden niemandem irgendetwas mit Gewalt aufzwingen. Andererseits werden im Westen, so hören wir, in letzter Zeit immer öfter Stimmen laut, die finden, die vom totalitären sowjetischen Regime unterzeichneten Verträge, die das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs festgeschrieben haben, sollten nicht mehr eingehalten werden. So so, und wie soll man darauf wohl reagieren?

Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und die Opfer, die unser Volk für den Sieg über den Nazismus gebracht hat, sind uns heilig. Gleichzeitig achten wir die hohen Werte der Freiheits- und Menschenrechte, auf der Basis jener Realität, die sich in den Jahrzehnten seit dem Krieg entwickelt hat. Dies gilt auch für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das in Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen verbrieft ist.

Ich erinnere daran, dass niemand je die Menschen, die in den verschiedenen Gebieten der heutigen

Ukraine leben, gefragt hat, wie sie ihr Leben einrichten wollen, weder bei der Gründung der Sowjetunion noch nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Prinzip unserer Politik dagegen ist: Freiheit, freie Wahl für jedermann, selbst über die eigene Zukunft und die seiner Kinder zu entscheiden. Wir halten es für äußerst wichtig, dass dieses Recht, das Recht auf Entscheidungsfreiheit, von allen Völkern in Anspruch genommen werden kann, die auf dem Gebiet der heutigen Ukraine leben, von allen, die dies wünschen.

In diesem Zusammenhang wende ich mich auch an die Bürger der Ukraine. Im Jahr 2014 musste Russland die Bewohner der Krim und Sewastopols vor denen beschützen, die Sie selbst als „kleine Nazis“ bezeichnen. Die Menschen auf der Krim und in Sewastopol haben ihre Wahl getroffen. Sie wollten Teil ihrer historischen Heimat sein, Teil Russlands, und wir haben das unterstützt. Anders konnten wir, wie gesagt, gar nicht handeln.

Die heutigen Ereignisse haben nichts damit zu tun, dass wir den Interessen der Ukraine und des ukrainischen Volks schaden wollen. Es geht vielmehr darum, Russland selbst vor denen zu schützen, die die Ukraine zur Geisel gemacht haben und versuchen, sie für den Kampf gegen unser Land und sein Volk zu missbrauchen.

Ich sage es noch einmal: Unser Vorgehen dient der Selbstverteidigung gegen die Gefahren, die uns drohen, und gegen ein noch größeres Unglück als das, was heute geschieht. So schwer es auch fällt, ich bitte Sie, dies zu verstehen, und rufe zu gemeinsamem Handeln auf, damit wir diese tragische Seite der Geschichte möglichst rasch umblättern und gemeinsam nach vorne schauen können, in eine Zukunft, in der wir niemandem mehr erlauben werden, sich in unsere Angelegenheiten, unser Verhältnis einzumischen, sondern unsere Beziehungen eigenständig gestalten – auf eine Weise, die die notwendigen Voraussetzungen für die Überwindung aller Probleme schafft, so dass wir ungeachtet bestehender Staatsgrenzen von innen heraus als geeintes Ganzes gestärkt werden. Daran glaube ich, an genau diese gemeinsame Zukunft.

Ich muss mich auch an die Soldaten der Streitkräfte der Ukraine wenden.

Kameraden! Eure Väter und Großväter haben nicht dafür gegen die Nationalsozialisten gekämpft und unsere gemeinsame Heimat verteidigt, damit die heutigen Neonazis in der Ukraine die Macht an sich reißen. Ihr habt dem ukrainischen Volk Treue geschworen, nicht der antinationalen Junta, die die Ukraine ausraubt und genau jenes Volk erniedrigt.

Widersetzt Euch ihren verbrecherischen Befehlen. Ich rufe Euch auf, unverzüglich die Waffen niederzulegen und nach Hause zu gehen. In aller Klarheit: Alle Soldaten der ukrainischen Armee, die diese Forderung erfüllen, können die Kampfzone ungehindert verlassen und zu ihren Familien heimkehren.

Ich unterstreiche nochmals mit Nachdruck: Alle Verantwortung für ein mögliches Blutvergießen lastet voll und ganz auf dem Gewissen des auf dem Gebiet der Ukraine herrschenden Regimes.

Und jetzt einige wichtige, sehr wichtige Worte an alle, die versucht sein könnten, sich von außen in den Gang der Ereignisse einzumischen. Wer immer sich uns in den Weg stellt oder gar unser Land, unser Volk bedroht, muss wissen, dass Russlands Antwort augenblicklich erfolgen wird, und sie wird Folgen für Sie haben, wie Sie sie in ihrer Geschichte noch nicht erlebt haben. Wir sind auf alle Entwicklungen vorbereitet. Alle notwendigen Entscheidungen sind getroffen. Ich hoffe, meine Worte werden gehört.

Sehr geehrte Bürger Russlands,

das Wohl, ja die Existenz ganzer Staaten und Völker, ihr Erfolg und ihre Lebensfähigkeit speisen sich immer aus dem mächtigen Wurzelsystem ihrer eigenen Kultur und ihrer Werte, aus den Erfahrungen und Traditionen ihrer Vorfahren. Ebenso hängen sie natürlich von der Fähigkeit ab, sich rasch an eine sich stetig wandelnde Welt anzupassen, sowie von der Geschlossenheit der Gesellschaft, ihrer Bereit-

schaft, sich zu konsolidieren, alle Kräfte zu sammeln und zu einen, um vorwärts zu schreiten.

Macht braucht man immer, zu jeder Zeit. Aber es gibt verschiedene Arten von Macht. Die Politik des „Imperiums der Lüge“, von dem ich eingangs gesprochen habe, beruht vor allem auf einer primitiven, grobschlächtigen Macht – „was man nicht im Kopf hat, braucht man in den Armen“, sagt man dazu bei uns.

Wir aber wissen, dass wahre Stärke sich aus Gerechtigkeit und Wahrheit speist, und diese sind auf unserer Seite. Und da das so ist, kann man wohl kaum leugnen, dass die Kraft und die Bereitschaft zum Kampf die Grundlage für Unabhängigkeit und Souveränität sind, dass sie jenes unerlässliche Fundament darstellen, auf dem allein man die eigene Zukunft aufbauen kann, das eigene Haus, die Familie, die Heimat.

Sehr geehrte Landsleute!

Ich bin sicher, dass die treu ihrem Land dienenden Soldaten und Offiziere der Streitkräfte Russlands ihre Pflicht professionell und mit Mut erfüllen werden. Ich zweifle nicht daran, dass alle Ebenen des Staatsapparats reibungslos und effektiv arbeiten werden, die Spezialisten, die für die Widerstandskraft unserer Volkswirtschaft, unseres Finanzsystems und unserer Sozialsysteme verantwortlich sind, die Chefs unserer Unternehmen, die gesamte russländische Wirtschaft. Ich erwarte eine geschlossene patriotische Haltung von allen Parlamentsparteien und allen gesellschaftlichen Kräften.

Letztendlich, und so war es stets in der Geschichte, liegt das Schicksal Russlands in den starken Händen seines multinationalen Volks. Das heißt, die getroffenen Entscheidungen werden umgesetzt, die vorgegebenen Ziele erreicht, und die Sicherheit unserer Heimat ist zuverlässig garantiert.

Ich glaube fest an Ihre Unterstützung und an jene unbesiegbare Kraft, die unsere Liebe zum Vaterland uns verleiht.

Moskau, den 24. Februar 2022

<http://kremlin.ru/events/president/news/67843>

Aus dem Russischen von Volker Weichsel und Olga Radetzkaja  
Redaktion Osteuropa, Berlin